

MEMORIAL
Journal Officiel
du Grand-Duché de
Luxembourg



MEMORIAL
Amtsblatt
des Großherzogtums
Luxembourg

RECUEIL DES SOCIÉTÉS ET ASSOCIATIONS

Le présent recueil contient les publications prévues par la loi modifiée du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales et par loi modifiée du 21 avril 1928 sur les associations et les fondations sans but lucratif.

C — N° 325

4 mai 2000

SOMMAIRE

Ace Fashion S.A., Luxembourg	page 15584	I.T. & C. Europe S.A., Luxembourg	15590
Agestalux S.A., Luxembourg	15591	Jope Finance (Luxembourg) S.A.H., Luxembourg	15590
Ajax S.A., Luxembourg	15600	Karlix S.A., Luxembourg	15600
Allianz Horizont Fonds	15572	Lorraine Investments Luxembourg S.A., Luxem-	
Amati International S.A., Luxembourg	15586	bourg	15589
Anthylis S.A., Luxembourg	15587	Mazfin S.A., Luxembourg	15588
Arabella S.A., Luxembourg	15594	Megatown International S.A., Luxembourg	15588
BSI-Multinvest, Sicav, Luxembourg	15554	Mercolec S.A., Luxembourg	15596
Camberly Holding S.A., Luxembourg	15596	Mineta S.A.H., Luxembourg	15596
Capel-Cure Myers International Fund, Sicav, Lu-		Nord-Sud Invest Holding S.A., Luxembourg	15594
xembourg	15597	Oriflame S.A. Luxembourg, Luxembourg	15595
Carnegie Fund, Fonds Commun de Placement . .	15573	Pacific Finance (Bijoux) S.A.H., Luxembourg	15599
Celestine Charter S.A., Luxembourg	15566	Parc Merveilleux S.A., Bettembourg	15597
C.F.I., Compagnie Foncière et Industrielle S.A.,		Pégase S.A.H., Luxembourg	15595
Luxembourg	15587	Racing Betting System Holding S.A., Luxembourg	15594
Compagnie Financière Ottomane, Luxembourg	15593	Rania Holdings S.A., Luxembourg	15587
Cordius Allocation S.A., Sicav, - O.P.C.V.M.,		RMF Umbrella, Sicav, Luxembourg	15598
Bruxelles	15584	Salux S.A.H., Luxembourg	15587
Doragren S.A.H., Luxembourg	15592	Scandi Finance Holding S.A., Luxembourg	15583
Elterberg S.A., Luxembourg	15589	SIMINTER, Société Immobilière Internationale	
Faune Holding S.A., Luxembourg	15591	S.A.H., Luxembourg	15586
Finagro S.A., Luxembourg	15589	Sofipugas Holding S.A., Luxembourg	15599
Fineza S.A.H., Luxembourg	15586	Standard S.A., Strassen	15596
General Investments and Capital Holdings S.A.,		Sunbelt International Resources S.A.H., Luxem-	
Luxembourg	15600	bourg	15589
Holkem S.A.H., Luxembourg	15591	Sunin, S.à r.l., Luxembourg	15582, 15583
Immodolux S.A. Holding, Luxembourg	15585	Technology Venture Partners S.A., Luxembourg	15595
Independence Holding S.A., Luxembourg-Kirchberg	15594	TIB Holding S.A., Luxembourg	15586
ING International, Sicav, Strassen	15590	Tibur S.A., Luxembourg	15593
Internautic S.A., Luxembourg	15588	Torride S.A., Luxembourg	15585
Invest-India S.A.H., Luxembourg	15588	Tyrus S.A., Luxembourg	15593
Invest International Holdings S.A., Luxembourg	15592	Viarenta S.A., Luxembourg	15592
Italinvest S.A., Luxembourg	15599		

BSI-MULTINVEST, Investmentgesellschaft mit Variablem Kapital.

Gesellschaftssitz: L-2951 Luxemburg, 50, avenue J. F. Kennedy.

—
STATUTEN

Im Jahre zweitausend, am einundzwanzigsten März.

Vor dem unterzeichneten Notar Edmond Schroeder, mit dem Amtswohnsitz in Mersch.

Sind erschienen

1.- BSI A.G., eine Gesellschaft mit Sitz in CH-6901 Lugano (Schweiz), Via Magatti, 2, hier vertreten durch Herrn Dieter Steberl, Privatbeamter, wohnhaft in Bettembourg, aufgrund einer Vollmacht unter Privatschrift.

2.- Dr. Jan Jacob van Troostenburg de Bruyn, Direktor BSI A.G., wohnhaft in CH-6877 Coldrerio, Via al Bongio, 24C, hier vertreten durch Herrn Dieter Steberl, vorgeannt, aufgrund einer Vollmacht unter Privatschrift.

Die oben aufgeführten Vollmachten werden, nachdem sie durch die Komparenten und dem instrumentierenden Notar, ne varietur gezeichnet wurden, zusammen mit den Gesellschaftssatzungen zur Einregistrierung vorgelegt.

Vorgenannte Personen ersuchten den unterzeichneten Notar, die Satzungen einer von ihnen zu gründenden Aktiengesellschaft als Investmentgesellschaft mit variablem Kapital («SICAV») wie folgt zu beurkunden:

Titel I.- Name, Sitz, Dauer, Zweck**Art. 1. Name.**

Zwischen den gegenwärtigen Zeichnern von Aktien und den nachfolgenden Eigentümern zukünftig auszugebender Aktien besteht eine Aktiengesellschaft in der Form einer Investmentgesellschaft mit variablem Kapital (société d'investissement à capital variable) (SICAV) unter dem Namen BSI-MULTINVEST.

Art. 2. Sitz.

Der Sitz der Gesellschaft befindet sich in Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg.

Filialen oder sonstige Büros können durch einfachen Beschluß des Verwaltungsrates sowohl im Großherzogtum Luxemburg als auch im Ausland (jedoch nicht in den Vereinigten Staaten von Amerika, deren Territorien und Besitztümern) errichtet werden.

Sollten nach Ansicht des Verwaltungsrates außergewöhnliche politische oder militärische Ereignisse vorliegen oder bevorstehen, welche die normale Geschäftstätigkeit der Gesellschaft an ihrem Sitz oder die ungestörte Kommunikation mit diesem Sitz oder zwischen dem Sitz und dem Ausland beeinträchtigen, so kann bis zur vollständigen Behebung dieser anormalen Umstände der Sitz zeitweilig ins Ausland verlegt werden; diese provisorische Maßnahme hat jedoch keine Auswirkung auf die Staatsangehörigkeit der Gesellschaft, die ungeachtet einer solchen zeitweiligen Sitzverlegung eine luxemburgische Gesellschaft bleibt.

Art. 3. Dauer.

Die Gesellschaft wird auf unbestimmte Zeit errichtet.

Art. 4. Zweck.

Ausschließlicher Zweck der Gesellschaft ist die Anlage der ihr verfügbaren Gelder in Wertpapieren und anderen gesetzlich zulässigen Vermögenswerten mit dem Ziel der Beteiligung ihrer Aktionäre an den Erträgen aus der Verwaltung ihres Vermögens und unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung.

Die Gesellschaft kann im weitesten Sinne und im Rahmen des Gesetzes vom 30. März 1988 über die Organismen für gemeinsame Anlagen alle Maßnahmen ergreifen und alle Geschäfte durchführen, die sie im Rahmen der Erfüllung und Entwicklung ihres Gesellschaftszweckes für angebracht erachtet.

Titel II.- Gesellschaftskapital, Aktien, Netto-Inventarwert**Art. 5. Kapital, Aktienkategorien.**

Das Aktienkapital der Gesellschaft wird durch voll eingezahlte Aktien ohne Nennwert verkörpert und entspricht jederzeit dem Gesamtwert der Netto-Aktiva der Gesellschaft gemäß Artikel 11 nachfolgend. Das Mindestkapital entspricht gemäß den gesetzlichen Vorschriften dem Gegenwert in Euro von fünfzig Millionen Luxemburger Franken (LUF 50.000.000,-). Das Anfangskapital beträgt 100.000,- Euro und ist in 1.000 voll eingezahlte Aktien ohne Nennwert eingeteilt. Das Mindestkapital der Gesellschaft muß innerhalb von sechs Monaten nach Zulassung der Gesellschaft als Organismus für gemeinsame Anlagen gemäß den Bestimmungen des Luxemburger Rechts erreicht werden.

Die gemäß den Bestimmungen in Artikel 7 nachfolgend ausgegebenen Aktien können nach Wahl des Verwaltungsrates unterschiedlichen Kategorien angehören. Der Erlös aus der Ausgabe von Aktien einer Aktienkategorie wird in Wertpapieren und anderen gesetzlich zulässigen Vermögenswerten entsprechend der vom Verwaltungsrat für jeden Teilfonds (wie nachfolgend definiert) festgelegten Anlagepolitik unter Berücksichtigung der gesetzlich vorgesehenen oder vom Verwaltungsrat festgelegten Anlagebeschränkungen angelegt.

Der Verwaltungsrat entscheidet über die Bildung gesonderter Vermögen («Teilfonds») im Sinne von Artikel 111 des Gesetzes vom 30. März 1988. Im Verhältnis der Aktionäre untereinander werden diese Vermögen ausschließlich der/den Aktienkategorie(n) zugeteilt, die an dem jeweiligen Teilfonds ausgegeben werden. Innerhalb eines Teilfonds können eine oder mehrere Aktienkategorien ausgegeben werden, die sich insbesondere durch ihre Ausschüttungspolitik und Kommissionsstruktur unterscheiden können.

Zur Bestimmung des Kapitals der Gesellschaft werden die Netto-Aktiva, welche den betreffenden Aktienkategorien zuzuordnen sind in Euro konvertiert, sofern sie nicht bereits auf Euro lauten und das Kapital insgesamt entspricht der Summe der Netto-Aktiva aller Aktienkategorien.

Art. 6. Form der Aktien.

(1) Der Verwaltungsrat legt fest, ob die Gesellschaft Inhaber- und/oder Namensaktien sowie ob sie per Teilfonds eine oder mehrere Aktienkategorien, die sich insbesondere in Bezug auf die Ausschüttungspolitik und die Kommissionsstruktur unterscheiden, ausgibt. Wenn Zertifikate über Inhaberaktien ausgegeben werden, so wird diese Ausgabe in der Form erfolgen, wie sie vom Verwaltungsrat vorgegeben wird; die Zertifikate werden auf ihrer Vorderseite den Vermerk enthalten, daß sie nicht an eine Person aus oder mit Wohnsitz in den Vereinigten Staaten von Amerika oder an amerikanische Staatsbürger oder an eine juristische Person, welche von oder für eine Person aus den Vereinigten Staaten von Amerika errichtet worden ist (entsprechend der Definition in Artikel 10 dieser Satzung), übertragen werden können.

Alle von der Gesellschaft ausgegebenen Namensaktien werden im Aktionärsregister eingetragen, welches von der Gesellschaft oder von einer oder mehreren, von der Gesellschaft damit betrauten Personen geführt wird; die Eintragung muß den Namen jedes Eigentümers von Namensaktien, seinen gewöhnlichen Aufenthalt oder gewählten Wohnsitz, wie der Gesellschaft mitgeteilt, die Zahl der von ihm gehaltenen Namensaktien und den auf jede dieser Aktien eingezahlten Betrag enthalten.

Das Eigentum an Namensaktien wird durch den Eintrag im Aktionärsregister begründet. Die Gesellschaft entscheidet, ob eine Urkunde über diesen Eintrag an den Aktionär ausgestellt wird oder ob dieser eine schriftliche Bestätigung über seine Stellung als Aktionär der Gesellschaft erhält.

Im Falle der Ausgabe von Inhaberaktien, können, auf Antrag des Eigentümers der jeweiligen Aktien, Namensaktien in Inhaberaktien und Inhaberaktien in Namensaktien umgetauscht werden. Der Umtausch von Namensaktien in Inhaberaktien erfolgt durch die Annullierung gegebenenfalls ausgegebener Urkunden über die Namensaktien und die Ausgabe eines oder mehrerer Aktienzertifikate über die Inhaberaktien an ihrer Stelle sowie durch einen entsprechenden Eintrag im Aktionärsregister, welcher die Annullierung feststellt. Der Umtausch von Inhaberaktien in Namensaktien erfolgt durch die Annullierung der Zertifikate über die Inhaberaktien und gegebenenfalls durch die Ausgabe von Zertifikaten über Namensaktien an ihrer Stelle sowie durch einen entsprechenden Eintrag im Aktionärsregister, der diese Ausgabe feststellt. Die Kosten für einen Umtausch können durch Beschluß des Verwaltungsrates dem Aktionär belastet werden.

Vor der Ausgabe von Inhaberaktien und dem Umtausch von Namens- in Inhaberaktien kann der Verwaltungsrat der Gesellschaft genügende Garantien verlangen, damit diese Ausgabe oder dieser Umtausch nicht den Besitz der Aktien durch «U.S.-Personen» im Sinne der Definition in nachstehend Artikel 10 zur Folge hat.

Aktienzertifikate werden von zwei Verwaltungsratsmitgliedern unterzeichnet. Beide Unterschriften können handschriftlich, durch Druck oder als Faksimile erfolgen. Eine der beiden Unterschriften kann von einer zu diesem Zweck vom Verwaltungsrat bestimmten Person stammen; in diesem Fall muß die Unterschrift handschriftlich erfolgen. Die Gesellschaft kann vorläufige Zertifikate in der vom Verwaltungsrat zu bestimmenden Form ausgeben.

(2) Soweit Inhaberaktien ausgegeben werden, erfolgt deren Übertragung durch Übergabe des entsprechenden Aktienzertifikates.

Die Übertragung von Namensaktien erfolgt:

(i) soweit Aktienzertifikate ausgegeben wurden, durch die Rückgabe des oder der Zertifikate über die Namensaktien und aller anderer von der Gesellschaft angeforderter Übertragungsunterlagen bzw.

(ii) soweit keine Zertifikate ausgegeben wurden, durch Eintragung einer schriftlichen Übertragungserklärung in das Aktionärsregister, die durch den Übertragenden und den Empfänger oder ordnungsgemäß hierzu Bevollmächtigte datiert und unterzeichnet sein muß. Jede Übertragung von Namensaktien wird im Aktionärsregister eingetragen und diese Eintragung muß von einem oder mehreren Verwaltungsratsmitgliedern oder Generalbevollmächtigten der Gesellschaft oder von einer oder mehreren hierzu von dem Verwaltungsrat ermächtigten Personen unterzeichnet sein.

(3) Jeder Aktionär, der ein Zertifikat über Namensaktien erhalten möchte, muß der Gesellschaft eine Adresse angeben, an welche alle Mitteilungen und Informationen versandt werden können. Diese Adresse wird ihrerseits im Aktionärsregister vermerkt.

Soweit ein Aktionär der Gesellschaft keine Adresse angibt, erfolgt ein entsprechender Vermerk im Aktionärsregister und der Gesellschaftssitz oder eine andere, von der Gesellschaft festgelegte Adresse wird als Adresse des Aktionärs angenommen, bis der Gesellschaft von dem Aktionär eine andere Adresse mitgeteilt wird. Der Aktionär kann die im Aktionärsregister eingetragene Adresse jederzeit durch schriftliche Erklärung an den Sitz der Gesellschaft oder an jede andere, von der Gesellschaft festgelegte Adresse ändern.

(4) Sofern ein Aktionär der Gesellschaft gegenüber darlegen kann, daß sein Aktienzertifikat verloren, beschädigt oder zerstört wurde, kann auf Antrag und zu den Bedingungen und unter den Garantien, welche die Gesellschaft bestimmt und die insbesondere den Abschluß einer Versicherung einschließen können, ohne daß dies jedoch die Forderung anderer Garantien durch die Gesellschaft ausschliesse, ein Duplikat ausgegeben werden. Mit Ausgabe des neuen Zertifikates, auf dem dessen Charakter als Duplikat erwähnt ist, verliert das ursprüngliche Aktienzertifikat seinen Wert.

Beschädigte Zertifikate können von der Gesellschaft annulliert und durch neue Zertifikate ersetzt werden.

Die Gesellschaft kann nach Ermessen dem Aktionär die Kosten eines Duplikates oder eines neuen Zertifikates auferlegen sowie alle anderen zu Lasten der Gesellschaft im Zusammenhang mit der Ausgabe des Ersatzzertifikates und seiner Eintragung im Aktionärsregister oder im Zusammenhang mit der Vernichtung des alten Zertifikates angefallenen angemessenen Auslagen verlangen.

(5) Die Gesellschaft anerkennt lediglich einen einzigen Eigentümer pro Aktie. Wenn das Eigentum an einer Aktie zur gesamten Hand besteht, geteilt oder strittig ist, so müssen die Personen, welche ein Recht an der Aktie behaupten, einen einzigen Vertreter bestellen, welcher die Rechte an der Aktie gegenüber der Gesellschaft wahrnimmt. Die Gesellschaft kann die Ausübung aller Rechte an der Aktie suspendieren, bis ein solcher Vertreter bestellt ist.

(6) Die Gesellschaft kann beschließen, Bruchteilsaktien auszugeben. Der Bruchteil einer Aktie verleiht kein Stimmrecht, gibt jedoch ein Recht auf einen entsprechenden Bruchteil an dem der betreffenden Aktienklasse zuzuordnenden Nettovermögenswert. Im Hinblick auf Inhaberaktien werden ausschließlich Zertifikate über ganze Aktien ausgegeben.

Art. 7. Ausgabe von Aktien.

Der Verwaltungsrat ist ermächtigt, zu jeder Zeit und ohne Einschränkung neue, voll eingezahlte Aktien auszugeben, ohne den bestehenden Aktionären ein Vorzugsrecht im Hinblick auf die auszugebenden Aktien zu verleihen. Der Verwaltungsrat kann die Häufigkeit der Ausgabe der Aktien an einem Teilfonds einschränken; der Verwaltungsrat kann insbesondere beschließen, daß Aktien an einem Teilfonds lediglich während eines oder mehrerer bestimmter Zeiträume oder in jeglichem anderen Rhythmus entsprechend den Bestimmungen in den Verkaufsunterlagen für die Aktien ausgegeben werden.

Im Rahmen des Zeichnungsangebotes der Aktien an der Gesellschaft entspricht der Preis pro angebotener Aktie dem Netto-Inventarwert pro Aktie der betreffenden Aktienkategorie, wie dieser entsprechend den Bestimmungen in nachstehend Artikel 11 zum Bewertungstag (gemäß der Definition in nachstehend Artikel 12) nach den vom Verwaltungsrat festgelegten Bedingungen und Modalitäten ermittelt wird. Dieser Preis kann um einen Prozentsatz, welcher die von der Gesellschaft veranschlagten Kosten und Auslagen im Zusammenhang mit der Anlage des Ertrages aus der Ausgabe der Aktien abdeckt, sowie um die vom Verwaltungsrat von Zeit zu Zeit festgelegte Verkaufsprovision erhöht werden. Der so bestimmte Verkaufspreis wird innerhalb einer vom Verwaltungsrat bestimmten Frist, die fünf Werktage ab dem einschlägigen Bewertungstag nicht überschreitet, zu entrichten sein.

Der Verwaltungsrat kann jedem Verwaltungsratsmitglied, jedem Direktor oder Generalbevollmächtigten sowie jedem anderen ordnungsgemäß hierzu Ermächtigten die Aufgabe übertragen, Zeichnungsanträge und Zahlungen auf den Aktienpreis neu auszugebender Aktien entgegenzunehmen sowie die Aktien an die entsprechenden Zeichner auszuliefern. Die Gesellschaft kann Aktien gegen Naturaleinlagen von Wertpapieren und anderen gesetzlich zulässigen Vermögenswerten, die im Einklang mit der Anlagepolitik des betreffenden Teilfonds stehen müssen, ausgeben, wobei die vom Luxemburger Recht aufgestellten Bedingungen und insbesondere die Verpflichtung zur Erstellung eines Wertgutachtens durch den von der Gesellschaft bestellten Wirtschaftsprüfer zu beachten sind.

Art. 8. Rücknahme von Aktien.

Jeder Aktionär kann von der Gesellschaft entsprechend den vom Verwaltungsrat festgelegten Modalitäten und nach dem vom Verwaltungsrat aufgestellten Verfahren, wie diese Modalitäten und dieses Verfahren in den Verkaufsunterlagen der Aktien aufgeführt sind, sowie innerhalb der gesetzlichen Grenzen und der Grenzen dieser Satzung, die Rücknahme aller oder eines Teils seiner Aktien verlangen.

Der Rücknahmepreis entspricht dem Netto-Inventarwert pro Aktie der entsprechenden Aktienkategorie, wie dieser gemäß Artikel 11 nachfolgend ermittelt wird, abzüglich der Kosten und (gegebenenfalls) Provisionen zu dem in den Verkaufsunterlagen der Aktien festgelegten Satz. Dieser Rücknahmepreis kann entsprechend der Bestimmung durch den Verwaltungsrat auf die nächste Einheit der entsprechenden Währung auf- oder abgerundet werden.

Der Rücknahmepreis wird innerhalb der vom Verwaltungsrat entsprechend den in den Verkaufsunterlagen der Aktien aufgeführten Bedingungen und Modalitäten bestimmten Frist, die fünf Werktage ab dem jeweiligen Bewertungstag nicht überschreiten darf, ausbezahlt, vorausgesetzt, daß die Aktienzertifikate (soweit ausgegeben) und die Übertragungsunterlagen, unbeschadet der Bestimmung in Artikel 12 dieser Satzung, bei der Gesellschaft eingegangen sind.

Sofern ein Rücknahmeantrag zur Folge hätte, daß die Zahl oder der gesamte Netto-Inventarwert der von einem Aktionär in einer Aktienkategorie gehaltenen Aktien unter eine Zahl oder einen Wert fielen, welche(n) der Verwaltungsrat festgelegt hat, kann die Gesellschaft diesen Aktionär dazu verpflichten, alle der entsprechenden Kategorie zugehörigen Aktien zur Rücknahme anzubieten.

Darüber hinaus kann der Verwaltungsrat dann, wenn an einem bestimmten Bewertungstag die entsprechend den Bestimmungen dieses Artikels eingereichten Rücknahmeanträge und die entsprechend den Bestimmungen des nachstehenden Artikels 9 eingereichten Umtauschanträge eine bestimmte, im Hinblick auf die Zahl der im Umlauf befindlichen Aktien einer Aktienkategorie vom Verwaltungsrat festgelegte Schwelle überschreiten, beschließen, daß die Rücknahme oder der Umtausch aller oder eines Teils dieser Aktien für eine vom Verwaltungsrat festgelegte Frist und zu vom Verwaltungsrat unter Berücksichtigung der Interessen der Gesellschaft festgelegten Bedingungen verschoben wird. Diese Anträge auf Rücknahme oder Umtausch von Aktien werden an dem dieser Frist folgenden Bewertungstag vorrangig gegenüber den später an diesem Bewertungstag eingereichten Anträgen behandelt.

Alle zurückgenommenen Aktien werden annulliert.

Art. 9. Umtausch von Aktien.

Jeder Aktionär kann den Umtausch der von ihm an einer Aktienkategorie gehaltenen Aktien in Aktien einer anderen Aktienkategorie beantragen, wobei der Verwaltungsrat Einschränkungen insbesondere im Hinblick auf die Häufigkeit, die Modalitäten und die Bedingungen solcher Umtauschanträge erlassen und sie insbesondere der Zahlung von Kosten und Lasten, deren Betrag er festlegt, unterwerfen kann. Die Bedingungen, Einschränkungen, Kosten und Lasten im Hinblick auf solche Umtauschanträge werden in den Verkaufsunterlagen der Aktien aufgeführt.

Der Preis für den Umtausch von Aktien an einer Aktienkategorie in Aktien einer anderen Aktienkategorie wird unter Bezugnahme auf den jeweiligen Netto-Inventarwert der beiden betroffenen Aktienkategorien auf der Grundlage der am nämlichen Bewertungstag erfolgten Berechnungen ermittelt.

Sofern ein Umtausch von Aktien zur Folge hätte, daß die Zahl oder der gesamte Netto-Inventarwert der von einem Aktionär in einer Aktienkategorie gehaltenen Aktien unter eine Zahl oder einen Wert fielen, welche(n) der Verwaltungsrat festgelegt hat, kann die Gesellschaft diesen Aktionär dazu verpflichten, alle der entsprechenden Kategorie zugehörigen Aktien zum Umtausch anzubieten.

Aktien, deren Umtausch in Aktien einer anderen Aktienkategorie durchgeführt wurde, werden annulliert.

Art. 10. Einschränkung in Bezug auf das Eigentum an Aktien.

Die Gesellschaft kann den Besitz ihrer Aktien im Hinblick auf jede Person, Firma oder Gesellschaft einschränken oder untersagen, wenn nach Ansicht der Gesellschaft ein solcher Besitz für die Gesellschaft schädlich sein könnte, wenn ein

solcher Besitz eine Verletzung luxemburger oder ausländischer Rechts- oder Verwaltungsvorschriften nach sich zöge oder wenn die Gesellschaft aufgrund eines solchen Besitzes einem anderen als dem luxemburger Recht (einschließlich jedoch ohne Beschränkung hierauf Steuerrecht) unterläge.

Insbesondere jedoch ohne Beschränkung hierauf kann sie das Eigentum von Angehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika entsprechend der in diesem Artikel vorgenommenen Definition einschränken oder untersagen und sie kann zu diesem Zweck,

A. die Ausgabe von Aktien und die Eintragung einer Aktienübertragung verweigern, sofern diese Ausgabe oder diese Übertragung offenbar zur Folge hätten, daß die Aktie in das Eigentum eines Angehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika übergeht; und

B. von jeder im Register der Namensaktien eingetragenen Person oder von jeder anderen Person, welche ihre Eintragung beantragt, verlangen, daß diese Person der Gesellschaft sämtliche von der Gesellschaft für notwendig erachteten Informationen und Urkunden liefert und eventuell durch eine eidesstattliche Versicherung unterlegt, welche Schlußfolgerungen darauf zulassen, ob die Aktien einem Angehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika wirtschaftlich zuzuordnen sind oder in dessen wirtschaftliches Eigentum gelangen; und

C. auf jeder Generalversammlung jedem Angehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika das Stimmrecht verweigern; und

D. einen Aktionär zum Verkauf seiner Aktien veranlassen und den Nachweis verlangen, daß dieser Verkauf 30 Tage nach der Veranlassung auch durchgeführt wurde, sofern die Gesellschaft den Eindruck hat, daß ein Angehöriger der Vereinigten Staaten von Amerika allein oder zusammen mit anderen Personen wirtschaftlicher Eigentümer der Aktien an der Gesellschaft ist. Sofern der betreffende Aktionär dieser Verpflichtung nicht nachkommt, kann die Gesellschaft die Gesamtheit der von diesem Aktionär gehaltenen Aktien zwangsweise zurückkaufen oder diesen Rückkauf veranlassen, wobei das nachfolgende Verfahren eingehalten wird:

(1) Die Gesellschaft leitet dem Aktionär, welcher die Titel besitzt oder im Register der Namensaktien als Eigentümer der Aktien erscheint, eine Mitteilung («Rückkaufmitteilung») zu; die Rückkaufmitteilung spezifiziert die zurückzukaufenden Wertpapiere, das Verfahren, nach dem der Rückkaufpreis bestimmt wird und den Namen des Käufers.

Die Rückkaufmitteilung wird an den Aktionär per Einschreiben erfolgen, der an die letzte bekannte oder im Register der Namensaktien eingetragene Adresse des Aktionärs adressiert wird. Der betreffende Aktionär ist verpflichtet, unverzüglich das oder die Zertifikat(e), welche(s) die in der Rückkaufmitteilung bezeichneten Aktien vertritt oder vertreten, einzureichen.

Unmittelbar nach Geschäftsschluß des Tages, welcher in der Rückkaufmitteilung bezeichnet wird, ist der betreffende Aktionär nicht mehr Eigentümer der in der Rückkaufmitteilung bezeichneten Aktien; sofern es sich um Namensaktien handelt, wird sein Name aus dem Register getilgt; sofern es sich um Inhaberaktien handelt, werden die Zertifikate, welche diese Aktien vertreten, in den Büchern der Gesellschaft für ungültig erklärt.

(2) Der Preis, zu welchem die in der Rückkaufmitteilung bezeichneten Aktien zurückgekauft werden («Rückkaufpreis») wird auf der Grundlage des Netto-Inventarwertes pro Aktie der betreffenden Aktienkategorie zu dem vom Verwaltungsrat für den Rückkauf der Aktien bestimmten Bewertungstag, welcher unmittelbar dem Datum der Rückkaufmitteilung vorangeht oder unmittelbar die Einreichung der Zertifikate über die bezeichneten Aktien nachfolgt, berechnet, wobei unter Berücksichtigung der in vorstehendem Artikel 8 aufgeführten Grundsätze der niedrigere Preis zugrundegelegt wird und ein Abzug der ebenfalls vorgesehenen Provisionen erfolgt.

(3) Die Zahlung des Rückkaufpreises an den ehemaligen Aktionär erfolgt in einer Währung, welche der Verwaltungsrat für die Zahlung des Rückkaufpreises der Aktien der betreffenden Aktienkategorie bestimmt; der Preis wird von der Gesellschaft bei einer Bank in Luxemburg oder im Ausland (entsprechend den Angaben in der Rückkaufmitteilung) hinterlegt, nach Bestimmung des definitiven Rückkaufpreises und Einreichung des oder der in der Rückkaufmitteilung angegebenen Aktienzertifikat(e) einschließlich der noch nicht fälligen Ertragsscheine. Unmittelbar ab Bekanntgabe der Rückkaufmitteilung kann der ehemalige Eigentümer der in der Rückkaufmitteilung aufgeführten Aktien kein Recht an seinen Aktien oder einen Anspruch gegen die Gesellschaft oder ihre Vermögenswerte mehr geltend machen, mit Ausnahme des Rechtes des als Eigentümer der Aktien erscheinenden Aktionärs, den hinterlegten Preis (zinslos) bei der Bank nach tatsächlicher Rückgabe des oder der Zertifikates/Zertifikate zu erhalten. Sofern der Rückkaufpreis nicht innerhalb von fünf Jahren nach dem in der Rückkaufmitteilung bezeichneten Datum beansprucht wurde, kann der Preis nicht mehr eingefordert werden und verfällt zugunsten des für die betreffende(n) Aktienkategorie(n) errichteten Teilfonds. Der Verwaltungsrat ist in vollem Umfang berechtigt, in regelmäßigen Abständen die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen um im Namen der Gesellschaft sämtliche Handlungen zu genehmigen, die diesen Verfall gewährleisten.

(4) Die Ausübung der in vorliegendem Artikel übertragenen Befugnisse durch die Gesellschaft kann in keinem Falle mit der Begründung, daß das Eigentum an den Aktien im Zusammenhang mit einer bestimmten Person nicht ausreichend nachgewiesen worden sei, oder daß einer anderen Person die Aktie zustünde, die durch die Rückkaufmitteilung seitens der Gesellschaft nicht zugelassen worden sei, in Frage gestellt oder unwirksam gemacht werden, vorausgesetzt, daß die Gesellschaft ihre Befugnisse nach Treu und Glauben ausübt.

Der Begriff «Angehöriger der Vereinigten Staaten von Amerika» gemäß den Bestimmungen dieser Satzung bezeichnet jeden Bürger oder Einwohner der Vereinigten Staaten von Amerika sowie jede Gesellschaft oder Vereinigung, welche nach den Gesetzen eines Staates, Staatenbundes, Gebietes oder eines Besitztums der Vereinigten Staaten von Amerika organisiert oder gegründet wurde sowie Rechtsnachfolgegemeinschaften oder Trusts, deren Einkunftsquelle außerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika für das gesamte Eigentum der amerikanischen Steuer auf die von dieser Rechtsnachfolgegemeinschaft oder diesem Trust zahlbaren amerikanischen Einkommenssteuer mit zugrunde gelegt wird, sowie jede Firma, Gesellschaft oder andere Unternehmenseinheit, sofern das Eigentum daran, unabhängig von Staatszugehörigkeit, dem Wohnort, der Lage oder dem Aufenthalt nach den geltenden Bestimmungen des Einkommensteuer-

rechts der Vereinigten Staaten von Amerika einem oder mehreren Angehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika oder sonstigen Personen, welche als Angehörige der Vereinigten Staaten von Amerika gemäß «Regulation S» des «United States Securities Act» von 1933 oder gemäß den Bestimmungen des «United States Internal Revenue Code» von 1986 einschließlich nachfolgender Änderungen und Ergänzungen zugeordnet werden kann.

Der Begriff «Angehörige der Vereinigten Staaten von Amerika» gemäß der Verwendung in dieser Satzung ist nicht auf die Zeichner von Aktien in einer Gesellschaft im Zusammenhang mit ihrer Gründung anzuwenden, vorausgesetzt, daß dieser Zeichner die Aktien mit dem Ziel des Wiederverkaufs hält.

Art. 11. Berechnung des Netto-Inventarwertes pro Aktie.

Der Netto-Inventarwert pro Aktie einer jeden Aktienkategorie wird in der Fondswährung des Teilfonds (entsprechend der Festlegung in den Verkaufsunterlagen der Aktien) bestimmt und durch Division der Netto-Vermögenswerte der Gesellschaft, welche jeder Aktienkategorie zuzuordnen sind und welche durch den Abzug der, der jeweiligen Aktienkategorie am betreffenden Bewertungstag zuzuordnenden Verbindlichkeiten von den dieser Aktienkategorie zuzuordnenden Vermögenswerten bestimmt werden, durch die Zahl der zu diesem Zeitpunkt im Umlauf befindlichen Aktien dieser Aktienkategorie am Bewertungstag unter Berücksichtigung der nachstehend beschriebenen Bewertungsregeln ermittelt. Der so ermittelte Netto-Inventarwert pro Aktie wird zu der nächsten Einheit der betreffenden Währung entsprechend der Bestimmung durch den Verwaltungsrat auf- oder abgerundet. Wenn seit dem Zeitpunkt der Bestimmung des Netto-Inventarwertes eine wesentliche Änderung der Kurse auf den Märkten, auf welchen ein wesentlicher Teil der Anlagen der Gesellschaft, die der betreffenden Aktienkategorie zuzuordnen sind, gehandelt oder notiert wird, erfolgt, kann die Gesellschaft die erste Bewertung annullieren und eine zweite Bewertung im Interesse der Gesamtheit der Aktionäre der Gesellschaft vornehmen.

Die Bewertung des Nettovermögens der jeweiligen Teilfonds erfolgt nach dem folgenden Verfahren.

I. Die Vermögenswerte der Gesellschaft umfassen:

1. Alle Kassenbestände und Termingelder einschließlich fälliger oder aufgelaufener Zinsen;
2. Sichtwechsel, und Sichtforderungen (einschließlich der Erträge aus dem Verkauf von Wertpapieren, deren Preis noch nicht erhalten wurde);
3. sämtliche Wertpapiere, Anteile, Aktien, Anleihen, Options- oder Zeichnungsrechte und sonstige Anlagen in Wertpapieren, welche im Eigentum der Gesellschaft stehen oder von der Gesellschaft eingegangen wurden (wobei die Gesellschaft Anpassungen vornehmen kann, die nicht im Widerspruch zu nachfolgend (a) stehen dürfen, um Marktschwankungen der Wertpapiere durch Handelspraktiken wie Ex-Dividende, Ex-Recht oder ähnliche Praktiken gerecht zu werden);
4. sämtliche zu Gunsten der Gesellschaft noch ausstehenden Bar- oder Naturaldividenden und Barausschüttungen soweit die Gesellschaft hiervon zumutbarerweise Kenntnis haben konnte;
5. sämtliche fälligen oder aufgelaufenen Zinsen auf Wertpapiere, welche im Eigentum der Gesellschaft stehen, es sei denn, daß diese Zinsen im Hauptbetrag des entsprechenden Wertpapiers enthalten sind;
6. Gründungskosten der Gesellschaft einschließlich der Kosten der Aktienaussgabe, soweit diese nicht abgeschrieben sind;
7. der Liquidationswert aller offenen Terminkontrakte, Kauf- oder Verkaufsoptionen der Gesellschaft;
8. sonstige Vermögenswerte jeglicher Art, einschließlich vorausbezahlter Auslagen.

Der Wert dieser Vermögenswerte wird wie folgt bestimmt:

(a) Barguthaben und Termingelder, Sichtwechsel, und Sichtforderungen, im voraus bezahlte Auslagen, erklärte oder fällige und noch nicht eingeforderte Dividenden oder Zinsen werden zum jeweiligen Nominalwert bewertet.

Sofern es sich als unwahrscheinlich erweist, daß dieser Wert vollständig erhalten werden kann, wird der Wert unter Berücksichtigung eines Abschlages bestimmt, wie ihn die Gesellschaft für angemessen hält, um den tatsächlichen Wert der entsprechenden Vermögenswerte widerzuspiegeln;

(b) der Wert aller Wertpapiere, welche an einer Börse gehandelt oder notiert werden, bestimmt sich nach dem anwendbaren Schlußkurs am entsprechenden Bewertungstag;

(c) der Wert aller Wertpapiere, welche auf einem anderen geregelten Markt, dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, der anerkannt und für das Publikum offen ist («geregelte Markt»), gehandelt werden, bestimmt sich nach dem letzten Preis am entsprechenden Bewertungstag;

(d) soweit Wertpapiere am Bewertungstag nicht an einer Börse oder auf einem anderen geregelten Markt notiert oder gehandelt werden oder soweit für Wertpapiere, welche an einer Börse oder einem anderen geregelten Markt notiert oder gehandelt werden, der gemäß den Bestimmungen unter vorstehend (b) oder (c) ermittelte Preis den wahren Wert dieser Wertpapiere nicht widerspiegelt, werden diese Wertpapiere auf der Grundlage des wahrscheinlichen Verkaufswertes bewertet, wie er gewissenhaft und nach Treu und Glauben geschätzt wird;

(e) alle sonstigen Vermögenswerte und Vermögensgegenstände werden zu ihrem voraussichtlichen Realisierungswert, wie er gewissenhaft und nach bestem Wissen und Gewissen nach den vom Verwaltungsrat aufgestellten Verfahren bestimmt wird, bewertet.

Der Wert aller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, welche nicht auf die Währung des entsprechenden Teilfonds lauten, wird in die Währung dieses Teilfonds zum geltenden Marktkurs entsprechend der Festlegung durch die Depotbank umgerechnet. Wenn solche Kurse nicht verfügbar sind, wird der Umrechnungskurs gewissenhaft und nach bestem Wissen und Gewissen entsprechend dem vom Verwaltungsrat aufgestellten Verfahren bestimmt.

Der Verwaltungsrat kann nach freiem Ermessen jegliche andere Bewertungsmethode anwenden, wenn er der Ansicht ist, daß eine solche Bewertung den voraussichtlichen Realisierungswert eines von der Gesellschaft gehaltenen Vermögenswertes besser widerspiegelt.

II. Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft umfassen:

- (1) Sämtliche Kredite, fälligen Wechsel und Kontoverbindlichkeiten;
- (2) alle aufgelaufenen Zinsen auf von der Gesellschaft gegebenen Anleihen (einschließlich Gebühren und Kosten im Zusammenhang mit diesen Anleihen);
- (3) alle aufgelaufenen oder zahlbaren Kosten (einschließlich Verwaltungskosten, Managementgebühren, einschließlich eventueller Performance Fees, Depotbankgebühren, sowie der Gebühren für Vertreter der Gesellschaft);
- (4) sämtliche bekannten fälligen oder nicht fälligen Verbindlichkeiten, einschließlich fällige vertragliche Verbindlichkeiten auf Barzahlung oder Naturalleistung, einschließlich des Betrages der von der Gesellschaft erklärten aber noch nicht gezahlten Dividenden;
- (5) eine angemessene Rückstellung für Steuern auf das Kapital und den Ertrag bis zum Bewertungstag gemäß der Festsetzung durch den Verwaltungsrat und gegebenenfalls sämtliche anderen vom Verwaltungsrat zugelassenen oder gebilligten Rückstellungen sowie gegebenenfalls ein Betrag, welchen der Verwaltungsrat als ausreichende Rückstellung betrachtet, um jeglichen Haftungsforderungen gegen die Gesellschaft gerecht werden zu können;
- (6) sämtliche sonstigen Verbindlichkeiten der Gesellschaft, gleich welcher Herkunft entsprechend der allgemein anerkannten Buchführungsgrundsätzen. Für die Bewertung des Betrages dieser sonstigen Verbindlichkeiten berücksichtigt die Gesellschaft alle von ihr zu tragenden Ausgaben, einschließlich, jedoch nicht abschließend, der Gründungskosten und der Kosten für spätere Satzungsänderungen, zahlbarer Gebühren zu Gunsten der Manager unter Einschluß eventueller Performance Fees, Kosten der Wirtschaftsprüfer und Buchhalter, der Depotbank und ihrer Korrespondenzbanken, der Domiziliarstellen, der Verwaltungsstellen, der Transferstellen, aller Zahlstellen der Registerstellen, der Plazierungs- und Notierungsstellen (so erforderlich) sowie ständiger Vertreter an Orten, an welchen die Gesellschaft einer Registrierungspflicht unterliegt, Vergütungen aller anderen Angestellten der Gesellschaft, Vergütungen der Verwaltungsratsmitglieder sowie deren angemessene Spesen, deren Versicherungs- und angemessene Reisekosten und Kosten im Zusammenhang mit der Rechtsberatung und der Prüfung der Jahreskonten der Gesellschaft, Kosten für Anträge auf Registrierung bei Behörden und Börsen in Luxemburg und im Ausland, Kosten für die Vorbereitung und den Druck des Verkaufsprospektes, von Informationsunterlagen und regelmäßigen Berichten, Kosten von Berichten an die Aktionäre, Steuern und ähnliche Abgaben, Kosten im Zusammenhang mit dem Kauf und dem Verkauf von Vermögenswerten, Kosten für Finanz- und Bankdienstleistungen sowie Maklergebühren, Kosten für Post, Telefon und Telex und sämtliche sonstigen Verwaltungskosten. Zum Zwecke der Bewertung des Betrages dieser Verbindlichkeiten kann die Gesellschaft Verwaltungskosten und sonstige regelmäßige oder periodische Kosten auf der Grundlage eines Schätzwertes für ein Jahr oder eine sonstige Periode berücksichtigen.

III. Die Vermögenswerte werden wie folgt zugeteilt (Teilfondsbildung):

Der Verwaltungsrat bildet einen Teilfonds für eine Aktienkategorie und kann ein Teilfonds für zwei oder mehrere Aktienkategorien in der folgenden Art und Weise bilden:

- (a) wenn mehrere Aktienkategorien an einem bestimmten Teilfonds gebildet werden, so unterscheiden sie sich insbesondere durch die Ausschüttungspolitik und die Kommissionsstruktur;
- (b) der Ertrag aus der Ausgabe von Aktien einer Aktienkategorie wird in den Büchern der Gesellschaft dem für diese Kategorie gebildeten Teilfonds zugeordnet, wobei dann, wenn an diesem Teilfonds zwei Aktienkategorien ausgegeben wurden und im Umlauf befindlich sind, der Betrag der Gegenleistung den Anteil der entsprechenden Aktienkategorie an dem Nettovermögen des Teilfonds proportional erhöht;
- (c) Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, Einkünfte und Kosten im Zusammenhang mit einem Teilfonds werden der oder den Aktienkategorie(n), welche an diesem Teilfonds besteht/bestehen, zugeordnet;
- (d) Vermögenswerte, welche sich von anderen Vermögenswerten ableiten, werden in den Büchern demselben Teilfonds zugeordnet, dem der ursprüngliche Vermögenswert zuzuordnen ist und bei jeder Neubewertung eines Vermögenswertes wird der Zuwachs oder die Verminderung im Wert dieses Vermögenswertes dem entsprechenden Teilfonds zugeordnet;
- (e) sofern die Gesellschaft eine Verbindlichkeit eingeht, welche einem Vermögenswert eines bestimmten Teilfonds zuzuordnen ist oder ein Geschäft im Zusammenhang mit einem Vermögenswert eines bestimmten Teilfonds vornimmt, so wird diese Verbindlichkeit diesem Teilfonds zugeordnet;
- (f) Sofern eine Verbindlichkeit der Gesellschaft nicht einem bestimmten Teilfonds zugeordnet werden kann, wird die Verbindlichkeit allen Teilfonds im Verhältnis des jeweiligen Netto-Inventarwertes oder in anderer Weise, wie dies vom Verwaltungsrat gewissenhaft und nach bestem Wissen und Gewissen entschieden wird, zugeordnet.
- (g) nach Ausschüttungen an die Inhaber von Aktien einer Aktienkategorie wird der Nettowert der entsprechenden Aktienkategorie um den Betrag dieser Ausschüttungen vermindert. Alle vorerwähnten Bewertungsregeln und Bestimmungen werden im Einklang mit den allgemein anerkannten Grundsätzen der Buchführung interpretiert.

Sofern nicht Böswilligkeit, grobe Fahrlässigkeit oder ein offenkundiger Irrtum vorliegen, ist jede Entscheidung im Zusammenhang mit der Berechnung des Netto-Inventarwertes, welche vom Verwaltungsrat oder einer Bank, Gesellschaft oder einer sonstigen vom Verwaltungsrat bezeichneten Organisation vorgenommen wird, endgültig und für die Gesellschaft, die bestehenden, ehemaligen oder zukünftigen Aktionäre bindend.

IV. Für die Zwecke dieses Artikels gilt folgendes:

1. Jede Aktie der Gesellschaft, welche gemäß Artikel 8 dieser Satzung zurückgekauft werden soll, wird bis zu dem Zeitpunkt des Bewertungstages, welcher vom Verwaltungsrat im Hinblick auf die Bewertung festgesetzt ist, als ausgegebene und bestehende Aktie behandelt und ihr Preis wird ab diesem Zeitpunkt und bis zur Zahlung des Preises als Verbindlichkeit der Gesellschaft betrachtet;
2. jede von der Gesellschaft aufgrund von eingegangenen Zeichnungsanträgen auszugebende Aktie wird dem Zeitpunkt des Bewertungstages, welcher vom Verwaltungsrat für die Bewertung festgesetzt wurde, als ausgegeben betrachtet und ihr Preis wird bis zum Zahlungseingang als Forderung der Gesellschaft behandelt; und

3. sämtliche Vermögensanlagen, Barguthaben und andere Vermögenswerte eines Teilfonds, welche in einer anderen Währung als derjenigen, auf die der Teilfonds lautet, ausgedrückt sind, werden unter Berücksichtigung der geltenden Wechselkurse zu dem Datum und zur Stunde der Bestimmung des Netto-Inventarwertes pro Aktie bewertet.

Sofern die Gesellschaft an einem Bewertungstag einen Vertrag abgeschlossen hat mit dem Ziel:

- einen Vermögenswert zu erwerben, so werden der für diesen Vermögenswert zu zahlende Betrag als Verbindlichkeit der Gesellschaft, der Wert des Vermögenswertes dagegen als Vermögenswert der Gesellschaft behandelt;
- einen Vermögenswert zu veräußern, so wird der für diesen Vermögenswert zu erhaltende Betrag als Vermögenswert der Gesellschaft betrachtet und der zu liefernde Vermögenswert wird nicht mehr in den Aktiva der Gesellschaft bilanziert;
- wobei der Wert von der Gesellschaft geschätzt wird, soweit die genaue Art der Gegenleistung oder des entsprechenden Vermögenswertes zum Bewertungstag nicht bekannt sind.

Art. 12. Häufigkeit und zeitweilige Aussetzung der Berechnung des Netto-Inventarwertes pro Aktie sowie der Ausgabe, Rücknahme und des Umtauschs von Aktien.

Der Netto-Inventarwert pro Aktie einer jeden Aktienkategorie sowie Ausgabe-, Rücknahme- und Umtauschpreis werden von der Gesellschaft oder von einem von ihr dazu Beauftragten regelmäßig, mindestens jedoch zweimal pro Monat in dem vom Verwaltungsrat zu bestimmenden Rhythmus ermittelt, wobei der Tag oder Moment der Berechnung des Netto-Inventarwertes pro Aktie in dieser Satzung als «Bewertungstag» bezeichnet wird.

Die Gesellschaft kann die Berechnung des Netto-Inventarwertes pro Aktie sowie die Ausgabe, die Rücknahme und den Umtausch von Aktien einer Aktienkategorie in eine andere Aktienkategorie unter den nachfolgend beschriebenen Umständen aussetzen:

(a) Wenn eine oder mehrere Börsen oder andere Märkte, auf welchen ein wesentlicher Teil der betreffenden Aktienkategorie zuzurechnenden Vermögens der Gesellschaft regelmäßig notiert oder gehandelt wird, aus anderen Gründen als aufgrund allgemeiner Feiertage geschlossen sind, oder wenn die Transaktionen dort ausgesetzt oder Beschränkungen unterworfen wurden, vorausgesetzt, daß diese Schließung, Einschränkung oder Aussetzung die Bewertung der dort notierten oder gehandelten Vermögenswerte der Gesellschaft beeinträchtigt;

(b) wenn nach Ansicht des Verwaltungsrates eine Notlage vorliegt, aufgrund welcher die Gesellschaft über Vermögensanlagen, die einer bestimmten Aktienkategorie zuzuordnen sind, nicht verfügen oder diese Vermögensanlagen nicht bewerten kann; oder

(c) wenn Kommunikations- oder Berechnungsmittel, die zur Bestimmung von Preis oder Wert der einer Aktienkategorie zuzuordnenden Vermögensanlage oder der Kurse auf einer Börse oder an einem anderen Markt, außer Funktion sind; oder

(d) solange die Gesellschaft nicht in ausreichendem Umfang Gelder zur Zahlung auf Rücknahmen der Aktien einer Kategorie aufbringen kann oder solange der Übertrag der betreffenden Gelder im Zusammenhang mit dem Erwerb von Vermögensanlagen oder der Zahlung für die Rücknahme von Aktien nach Ansicht des Verwaltungsrates nicht zu üblichen Wechselkursen erfolgen kann; oder

(e) wenn der Wert einer Vermögensanlage der Gesellschaft aus irgendeinem anderen Grund nicht mit der notwendigen Geschwindigkeit oder Genauigkeit ermittelt oder bestimmt werden kann; oder

(f) mit Veröffentlichung der Einberufung einer Generalversammlung, welche über die Auflösung der Gesellschaft entscheiden soll.

Eine solche Aussetzung wird von der Gesellschaft, wenn sie dies für angemessen hält, veröffentlicht und den Aktionären, die einen Zeichnungs-, Rücknahme- oder Umtauschantrag im Hinblick auf Aktien, deren Netto-Inventarwertberechnung ausgesetzt wurde, gestellt haben, mitgeteilt.

Während der Aussetzung der Netto-Inventarwertberechnung können Anträge auf Zeichnung, Rücknahme oder Umtausch von Aktien widerrufen werden, sofern ein derartiger Widerruf bei der Gesellschaft vor Ablauf dieser Aussetzungsfrist eingeht.

Die Aussetzung im Hinblick auf eine Aktienkategorie hat keine Auswirkung auf die Berechnung des Netto-Inventarwertes, des Ausgabe-, Rücknahme- oder Umtauschpreises der anderen Aktienkategorien.

Titel III.- Verwaltung und Aufsicht

Art. 13. Verwaltungsratsmitglieder.

Die Gesellschaft wird von einem Verwaltungsrat verwaltet, der sich aus mindestens drei Mitgliedern, die keine Aktionäre sein müssen, zusammensetzt. Die Amtszeit der Verwaltungsratsmitglieder beträgt höchstens 6 Jahre.

Die Verwaltungsratsmitglieder werden von den Aktionären an ihrer Generalversammlung gewählt, welche auch die Zahl der Verwaltungsratsmitglieder sowie deren Vergütungen festlegt.

Die Verwaltungsratsmitglieder werden mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden oder vertretenen Aktien gewählt.

Jedes Verwaltungsratsmitglied kann jederzeit auf Beschluß der Generalversammlung begründet oder unbegründet abberufen oder ersetzt werden.

Im Falle eines freigewordenen Verwaltungsratsmandates können die übrigen Verwaltungsratsmitglieder diese Stelle zeitweilig besetzen; die Aktionäre fassen auf der nachfolgenden Sitzung einen endgültigen Beschluß über diese Bestellung.

Art. 14. Verwaltungsratssitzungen.

Der Verwaltungsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und gegebenenfalls einen oder mehrere stellvertretende(n) Vorsitzende(n). Er kann einen Sekretär wählen, der kein Verwaltungsratsmitglied sein muß und der die Protokolle der Verwaltungsratssitzungen und Generalversammlungen der Aktionäre erstellt. Der Verwaltungsrat tritt auf Einberufung des Vorsitzenden oder zweier Verwaltungsratsmitglieder an dem in der Einberufung angegebenen Ort zusammen.

Der Verwaltungsratsvorsitzende leitet die Verwaltungsratssitzungen und die Hauptversammlungen der Aktionäre. In seiner Abwesenheit bestimmt die Generalversammlung oder der Verwaltungsrat mehrheitlich ein anderes Verwaltungsratsmitglied oder, im Falle der Generalversammlung, eine beliebige andere Person, um solche Versammlungen oder Sitzungen zu leiten.

Der Verwaltungsrat kann gegebenenfalls Direktoren oder andere Generalbevollmächtigte, darunter einen Generaldirektor, beigeordnete Generaldirektoren sowie sonstige Direktoren und Generalbevollmächtigte, wie sie für die erfolgreiche Geschäftsführung der Gesellschaft für notwendig erachtet werden, ernennen. Derartige Ernennungen können vom Verwaltungsrat jederzeit widerrufen werden. Direktoren und Generalbevollmächtigte müssen nicht Verwaltungsratsmitglieder oder Aktionäre der Gesellschaft sein. Die Direktoren und Generalbevollmächtigten verfügen über die ihnen vom Verwaltungsrat erteilten Befugnisse und erfüllen die ihnen vom Verwaltungsrat zugewiesenen Aufgaben, soweit diese Satzung keine anderweitigen Bestimmungen trifft.

Die Einberufung einer Verwaltungsratssitzung erfolgt schriftlich an alle Verwaltungsratsmitglieder mindestens vierundzwanzig Stunden vor dem vorgesehenen Sitzungstermin, außer im Falle einer Dringlichkeit, in welchem Falle Natur und Gründe für diese Dringlichkeit in der Einberufung aufgeführt werden. Die Einberufung ist entbehrlich, wenn jedes Verwaltungsratsmitglied dem schriftlich durch Telefon, Telex, Telefax oder ein ähnliches Kommunikationsmittel zugestimmt hat. Eine individuelle Einberufung ist entbehrlich im Hinblick auf Verwaltungsratssitzungen, die zu einer Zeit und an einem Ort abgehalten werden, wie diese in einem zuvor bereits getroffenen Verwaltungsratsbeschuß festgelegt wurden.

Jedes Verwaltungsratsmitglied kann ein anderes Verwaltungsratsmitglied schriftlich, per Telegramm oder per Telex zu seinem Stellvertreter auf einer Verwaltungsratssitzung bestellen. Ein Verwaltungsratsmitglied kann mehrere seiner Kollegen vertreten.

Jedes Verwaltungsratsmitglied kann an einer Verwaltungsratssitzung im Rahmen einer Telephonkonferenz oder vermittels anderer, ähnlicher Kommunikationsmittel, die sicherstellen, daß alle an einer solchen Sitzung teilnehmenden Personen die jeweils anderen Personen hören können, teilnehmen. Die Teilnahme an einer Sitzung in dem vorbezeichneten Weg steht der physischen Teilnahme an einer Sitzung gleich.

Die Verwaltungsratsmitglieder können Handlungen nur im Rahmen ordnungsgemäß einberufener Verwaltungsratssitzungen vornehmen. Die Verwaltungsratsmitglieder können die Gesellschaft nicht durch ihre individuelle Unterschrift verpflichten, sofern sie nicht durch einen Verwaltungsratsbeschuß hierzu ermächtigt wurden.

Der Verwaltungsrat kann rechtswirksam nur Beschlüsse treffen und Handlungen vornehmen, wenn wenigstens die Mehrheit der Verwaltungsratsmitglieder oder eine andere vom Verwaltungsrat festgelegte Zahl an Verwaltungsratsmitgliedern anwesend oder vertreten sind.

Die Beschlüsse des Verwaltungsrates werden protokolliert und die entsprechenden Protokolle werden durch den Leiter der Verwaltungsratssitzung unterzeichnet. Abschriften der Auszüge solcher Protokolle, die vor Gericht oder anderweitig vorgelegt werden müssen, werden durch den Leiter der Verwaltungsratssitzung oder durch zwei Verwaltungsratsmitglieder rechtswirksam unterzeichnet.

Beschlüsse werden durch Mehrheitsbeschuß der anwesenden oder vertretenen Verwaltungsratsmitglieder gefaßt. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Der Verwaltungsrat kann einstimmige Entscheidungen im Wege eines Umlaufbeschlusses treffen, wobei die Zustimmung auf einem oder mehreren Schriftstück(en) sowie durch Telefon, Telegramm, Telex, Telefax oder andere, ähnliche Kommunikationsmittel, deren Inhalt allerdings schriftlich zu bestätigen ist, erfolgen kann; die Gesamtheit der Unterlagen bildet das Protokoll zum Nachweis des getroffenen Beschlusses.

Art. 15. Befugnisse des Verwaltungsrates.

Der Verwaltungsrat verfügt über die weitestgehenden Vollmachten, um die Geschäftstätigkeiten auszurichten und zu führen sowie um Verfügungs- und Verwaltungshandlungen im Rahmen des Gesellschaftszweckes vorzunehmen, vorbehaltlich der Beachtung der Anlagepolitik gemäß Artikel 18 nachfolgend.

Sämtliche nicht ausdrücklich durch das Gesetz oder diese Satzung der Generalversammlung zugewiesenen Aufgaben sind dem Verwaltungsrat übertragen.

Art. 16. Verpflichtung der Gesellschaft gegenüber Dritten.

Gegenüber Dritten wird die Gesellschaft rechtswirksam durch die gemeinsame Unterschrift zweier Verwaltungsratsmitglieder oder durch die alleinige oder gemeinsame Unterschrift der vom Verwaltungsrat hierzu ermächtigten Person(en) verpflichtet.

Art. 17. Übertragung von Befugnissen.

Der Verwaltungsrat der Gesellschaft kann seine Befugnisse im Rahmen der täglichen Geschäftsführung im Zusammenhang mit den Vermögensanlagen der Gesellschaft (einschließlich der Unterschriftsbefugnis) sowie die Vertretung der Gesellschaft im Zusammenhang mit dieser Geschäftsführung an ein oder mehrere Verwaltungsratsmitglieder oder an eine oder mehrere natürliche oder juristische Person(en), die keine Verwaltungsratsmitglieder sein müssen und die die vom Verwaltungsrat bestimmten Befugnisse haben und diese, vorbehaltlich der Ermächtigung des Verwaltungsrates weiterdelegieren können, übertragen.

Der Verwaltungsrat kann auch durch notarielle oder privatschriftliche Urkunde Sondervollmachten gewähren.

Art. 18. Anlagepolitik und Anlagebeschränkungen.

Der Verwaltungsrat ist befugt, auf der Grundlage des Prinzips der Risikosteuerung, die Anlagepolitik, die für jeden Teilfonds der Gesellschaft zu beachtenden Anlagestrategien sowie die Richtlinien der Verwaltung und Geschäftsführung unter Beachtung der in den geltenden Gesetzen und Vorschriften vorgesehenen oder vom Verwaltungsrat festgesetzten Anlagebeschränkungen zu bestimmen.

Dies vorausgesetzt kann der Verwaltungsrat bestimmen, daß die Anlagen der Gesellschaft in nachfolgend beschriebener Weise erfolgen:

(i) die Anlage kann in Wertpapieren erfolgen, die an einer Börse zur amtlichen Notiz oder auf einem anderen geregelten Markt, der anerkannt für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist («Geregelter Markt»), in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union (EU) zugelassen sind oder gehandelt werden;

(ii) die Anlage kann des weiteren in Wertpapieren erfolgen, die an einer Börse zur amtlichen Notiz oder auf einem anderen Geregelten Markt in Ost- oder Westeuropa, Asien, Ozeanien, Nord- oder Südamerika und Afrika zugelassen sind oder gehandelt werden; die Anlage kann des weiteren in neu ausgegebenen Wertpapieren erfolgen, falls die Ausgabebedingungen vorsehen, daß die Zulassung zur amtlichen Notiz an einer der Börsen bzw. an einem Geregelten Markt wie vorbeschrieben beantragt wird und unter der Voraussetzung, daß diese Zulassung spätestens ein Jahr nach der Ausgabe erfolgt;

(iii) bis zu 100% des Nettovermögens eines jeden Teilfonds können, unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung in Wertpapieren angelegt werden, soweit diese Wertpapiere von einem Mitgliedstaat der EU, von dessen Gebietskörperschaften, von einem anderen Mitgliedstaat der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung («OECD») oder von einer internationalen Körperschaft des öffentlichen Rechts, in der ein oder mehrere Mitgliedstaat(en) der EU Mitglied(er) ist/sind, ausgegeben oder garantiert werden, sofern diese Wertpapiere dann, wenn die Gesellschaft von den hier aufgeführten Bestimmungen Gebrauch macht, im Hinblick auf jeden Teilfonds mindestens sechs verschiedenen Emissionen zuzuordnen sind und vorausgesetzt weiter, daß die Wertpapiere einer Emission nicht mehr als 30% des Gesamt-Nettovermögens des betreffenden Teilfonds darstellen;

(iv) Die Gesellschaft kann bis zu 5% des Nettovermögens eines Teilfonds in Anteilen anderer OGA des offenen Typs anlegen, soweit diese als Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren («OGAW») im Sinne der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 20. Dezember 1985 (85/611/EWG) anzusehen sind.

Wenn der entsprechende OGAW mit der Gesellschaft im Rahmen einer gemeinschaftlichen Verwaltung oder Kontrolle oder über eine wesentliche direkte oder indirekte Beteiligung verbunden ist, kann die Anlage in Anteilen eines solchen OGA nur erfolgen, wenn es sich um einen OGA handelt, der nach den Grundsätzen seiner Verkaufs- und Gründungsunterlagen seine Anlagepolitik auf einen bestimmten geographischen oder wirtschaftlichen Bereich konzentriert und wenn der Gesellschaft keine Gebühren oder Kosten im Zusammenhang mit dem Erwerb von Anteilen an einem solchen OGA belastet werden.

(v) die Anlage kann des weiteren in allen sonstigen Wertpapieren, Instrumenten oder sonstigen Vermögenswerten im Rahmen der innerhalb der geltenden Gesetze und Vorschriften vom Verwaltungsrat bestimmten Anlagebeschränkungen erfolgen.

Die Gesellschaft kann auf (i) Instrumente und Techniken, die Wertpapiere zum Gegenstand haben, zurückgreifen, vorausgesetzt, daß der Rückgriff auf solche Instrumente und Techniken im Rahmen einer verantwortungsvollen Verwaltung des Portefeuilles erfolgt sowie auf (ii) Techniken und Instrumente zur Absicherung von Wechselkursrisiken im Rahmen der Verwaltung des Portefeuilles.

Art. 19. Entschädigung der Verwaltungsratsmitglieder.

Die Gesellschaft kann jedes Verwaltungsratsmitglied, jeden Direktor oder jeden Generalbevollmächtigten und dessen Erben, Testamentsvollstrecker und sonstige Rechtsinhaber für angemessene Kosten in Verbindung mit jeglicher Klage oder jeglichem Verfahren, im Zusammenhang mit welche(n) eine solche Person aufgrund ihrer Position als Verwaltungsratsmitglied, Direktor oder Generalbevollmächtigter der Gesellschaft oder- auf deren Verlangen der Gesellschaft hin - jeglicher anderen Gesellschaft, an der die Gesellschaft Aktionär oder gegenüber der die Gesellschaft Gläubiger ist und gegenüber welcher diese Person kein Recht auf eine Entschädigung hat, betroffen ist, entschädigen, außer im Zusammenhang mit Angelegenheiten, in denen eine solche Person aufgrund einer solchen Klage oder in einem solchen Verfahren wegen Nachlässigkeit oder grober Fahrlässigkeit endgültig verurteilt wird. Im Falle eines außergerichtlichen Übereinkommens erfolgt die Entschädigung nur, nachdem der Gesellschaft von ihrem Rechtsberater bestätigt wurde, daß sich das zu entschädigende Verwaltungsratsmitglied bzw. der zu entschädigende Direktor oder Generalbevollmächtigte keine Pflichtverletzung hat zuschulden kommen lassen. Der vorstehend beschriebene Anspruch schließt weitere, im Rahmen der Stellung als Verwaltungsratsmitglied, Direktor oder Generalbevollmächtigter geltend zu machende Ansprüche nicht aus.

Art. 20. Entgegenstehendes Interesse.

Kein Vertrag und kein sonstiges Geschäft zwischen der Gesellschaft und anderen Gesellschaften oder Firmen wird beeinträchtigt oder unwirksam durch den Umstand, daß ein oder mehrere Verwaltungsratsmitglied(er), Direktor(en) oder Generalbevollmächtigte(r) der Gesellschaft an einer solchen Gesellschaft beteiligt oder Mitglied(er) des Verwaltungsrats, Gesellschafter, Direktor(en), Generalbevollmächtigte(r) oder Angestellte(r) dieser Gesellschaften, oder Firmen ist/sind. Ein Verwaltungsratsmitglied, Direktor oder Generalbevollmächtigter der Gesellschaft, der gleichzeitig Verwaltungsratsmitglied, Direktor, Generalbevollmächtigter oder Angestellter einer anderen Gesellschaft oder Firma ist, mit der die Gesellschaft vertraglich oder anderweitig in Geschäftsbeziehung tritt, wird auf Grund dieser Zugehörigkeit zur betreffenden Gesellschaft oder Firma nicht daran gehindert, über alle mit einem solchen Vertrag oder Geschäft verbundenen Fragen zu beraten, darüber abzustimmen oder zu handeln.

Falls ein Mitglied des Verwaltungsrats, ein Direktor oder ein Generalbevollmächtigter der Gesellschaft an einem Geschäft der Gesellschaft ein entgegenstehendes Interesse hat, muß er dies dem Verwaltungsrat mitteilen und er wird im Hinblick auf dieses Geschäft nicht an Beratungen und Abstimmungen teilnehmen. Bericht hierüber erfolgt an die nächstfolgenden Generalversammlung.

Der Ausdruck «entgegenstehendes Interesse» im Sinne des vorhergehenden Satzes, bezieht sich nicht auf Geschäftsbeziehungen oder Interessen, die lediglich in irgendeiner Weise oder aus irgendeinem Grund im Zusammenhang mit der Depotbank, dem Manager oder jeglicher anderen Person, Gesellschaft oder juristischen Einheit, wie diese der Verwaltungsrat von Zeit zu Zeit nach freiem Ermessen festlegt, stehen.

Art. 21. Aufsicht.

Die in dem von der Gesellschaft aufgestellten Jahresbericht enthaltenen Buchungsdaten werden von einem Wirtschaftsprüfer geprüft, welcher von der Generalversammlung ernannt und dessen Vergütung von der Gesellschaft getragen wird.

Der Wirtschaftsprüfer erfüllt sämtliche von dem Gesetz vom 30. März 1988 über Organismen für gemeinsame Anlagen vorgeschriebenen Aufgaben.

Titel IV.- Generalversammlung

Art. 22. Generalversammlungen.

Die Generalversammlung der Aktionäre der Gesellschaft vertritt die Gesamtheit der Aktionäre der Gesellschaft. Dort gefaßte Beschlüsse binden alle Aktionäre unabhängig davon, welche Aktienkategorie sie halten. Die Generalversammlung verfügt über die umfassenden Befugnisse, Handlungen im Zusammenhang mit den Geschäften der Gesellschaft anzuordnen, vorzunehmen oder zu genehmigen.

Die Generalversammlung wird durch den Verwaltungsrat einberufen.

Sie kann auch auf Ersuchen der Aktionäre, die wenigstens ein Fünftel des Gesellschaftskapitals vertreten, einberufen werden.

Die jährliche Generalversammlung tritt entsprechend den Bestimmungen des luxemburgischen Rechts an dem in der Einberufung angegebenen Ort in Luxemburg-Stadt am ersten Montag im Monat Mai um 14.00 Uhr zusammen. Die erste Generalversammlung findet am 7. Mai 2001 in Luxemburg-Stadt um 14.00 Uhr statt.

Ist dieser Tag ein gesetzlicher oder Bankfeiertag in Luxemburg, so tritt die Generalversammlung am nächstfolgenden Werktag zusammen.

Weitere Generalversammlungen können an den Orten und zu der Zeit, wie in der Einladung angegeben, abgehalten werden.

Die Aktionäre treten auf Einberufung des Verwaltungsrates aufgrund einer Mitteilung, welche die Tagesordnung enthält und wenigstens acht Tage vor der Versammlung an jeden Inhaber von Namensaktien an dessen im Aktionärsregister eingetragene Adresse versandt werden muß, zusammen; ein Nachweis über diese Mitteilungen an die Inhaber von Namensaktien muß auf der Versammlung nicht erbracht werden. Die Tagesordnung wird vom Verwaltungsrat vorbereitet, außer in den Fällen, in welchen die Versammlung auf schriftlichen Antrag der Aktionäre entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen einberufen wird, in welchem Falle der Verwaltungsrat eine zusätzliche Tagesordnung vorbereiten kann.

Falls Inhaberaktien ausgegeben wurden, werden die Einladungen außerdem entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations, in einer oder mehreren Luxemburger Zeitung(en) sowie in anderen Zeitungen entsprechend der Bestimmung durch den Verwaltungsrat veröffentlicht.

Wenn alle Aktien als Namensaktien ausgegeben wurden und Veröffentlichungen nicht erfolgten, können die Einladungen lediglich durch Einschreiben an die Adressen der Aktionäre erfolgen.

Immer wenn alle Aktionäre anwesend oder vertreten sind und erklären, sich als ordnungsgemäß geladen zu betrachten und von der zur Beratung unterbreiteten Tagesordnung im voraus Kenntnis gehabt zu haben, kann die Generalversammlung ohne Einladung stattfinden.

Der Verwaltungsrat kann weitere Bedingungen aufstellen, die von den Aktionären zu erfüllen sind, um an einer Generalversammlung teilzunehmen.

Die auf einer Generalversammlung zu behandelnden Fragen sind auf die in der Tagesordnung (welche sämtliche gesetzlich erforderlichen Angaben enthält) aufgeführten und damit in Zusammenhang stehenden Punkte beschränkt.

Jede Aktie, unabhängig davon, welcher Kategorie sie zuzuordnen ist, verleiht eine Stimme entsprechend den Bestimmungen des Luxemburger Rechts und dieser Satzung. Ein Aktionär kann sich auf jeder Generalversammlung durch einen Bevollmächtigten, der nicht Aktionär sein muß und Verwaltungsratsmitglied sein kann, aufgrund einer schriftlich erteilten Vollmacht vertreten lassen.

Vorbehaltlich anderweitiger Bestimmungen im Gesetz oder in dieser Satzung können die Beschlüsse der Generalversammlung mit einfacher Mehrheit der anwesenden oder vertretenen Aktionäre getroffen werden.

Art. 23. Generalversammlungen der Aktionäre eines Teilfonds.

Aktionäre einer oder der an einem Teilfonds ausgegebenen Aktienkategorie(n) können zu jeder Zeit Generalversammlungen abhalten, die über Angelegenheiten entscheiden sollen, die ausschließlich diesen Teilfonds betreffen.

Die Bestimmungen des Artikels 22, Absätze 2, 3, 7, 8, 9, 10 und 11 sind auf solche Generalversammlungen entsprechend anwendbar.

Jede Aktie verleiht das Recht auf eine Stimme entsprechend den Bestimmungen des Luxemburger Rechts und dieser Satzung. Die Aktionäre können auf solchen Versammlungen persönlich anwesend sein oder sich aufgrund einer schriftlich erteilten Vollmacht durch einen Bevollmächtigten, der nicht Aktionär sein muß und Verwaltungsratsmitglied sein kann, vertreten lassen.

Vorbehaltlich anderweitiger Bestimmungen durch das Gesetz oder diese Satzung werden die Beschlüsse auf einer Generalversammlung der Aktionäre eines Teilfonds mit einfacher Mehrheit der Stimmen der anwesenden oder vertretenen Aktionäre gefaßt.

Jeder Beschluß der Generalversammlung der Aktionäre der Gesellschaft, welcher die Rechte der Aktionäre einer bestimmten Aktienkategorie im Verhältnis zu den Rechten der Aktionäre einer anderen Aktienkategorie verändert, wird

den Aktionären dieser Aktienkategorie(n) entsprechend den Bestimmungen gemäß Artikel 68 des Gesetzes vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaften einschließlich nachfolgender Änderungen und Ergänzungen zum Beschluß unterbreitet.

Art. 24. Schließung und Verschmelzung von Teilfonds.

Sofern der Wert der Vermögenswerte eines Teilfonds aus irgendeinem Grund unter einen Wert fällt, welchen der Verwaltungsrat als Mindestwert erachtet, unterhalb dessen der Teilfonds nicht mehr in wirtschaftlich effizienter Weise verwaltet werden kann oder sofern eine Veränderung der wirtschaftlichen oder politischen Situation eingetreten ist, die den jeweiligen Teilfonds betrifft und wesentliche ungünstige Auswirkungen auf die Anlagen dieses Teilfonds hat, kann der Verwaltungsrat beschließen, alle Aktien der betreffenden Kategorie(n) dieses Teilfonds zu ihrem Netto-Inventarwert an dem Bewertungstag, an welchem dieser Beschluß in Kraft tritt (unter Berücksichtigung der Kurse und tatsächlich angefallenen Kosten im Zusammenhang mit der Realisierung der Vermögenswerte) zwangsweise zurückzukaufen. Die Gesellschaft wird die Aktionäre der betroffenen Kategorie(n) vor dem Inkrafttreten des Zwangsrückkaufes informieren. Die entsprechende Mitteilung wird die Gründe und das Verfahren des Rückkaufes angeben. Inhaber von Namensaktien werden schriftlich unterrichtet. Die Gesellschaft wird die Inhaber von Inhaberaktien durch eine Veröffentlichung in den vom Verwaltungsrat bestimmten Zeitungen in Kenntnis setzen.

Vorbehaltlich einer anderweitigen Entscheidung im Interesse der Aktionäre oder im Interesse der Gewährleistung der Gleichbehandlung aller Aktionäre, können die Aktionäre des betroffenen Teilfonds vor dem Zeitpunkt der Wirksamkeit dieses Zwangsrückkaufes weiterhin die Rücknahme oder den Umtausch ihrer Aktien kostenfrei verlangen.

Unbeschadet der dem Verwaltungsrat vorstehend übertragenen Befugnisse kann die Generalversammlung der Aktionäre des oder der an einem Teilfonds ausgegebenen Aktienkategorien beschließen, alle an diesem Teilfonds ausgegebenen Aktien dieser Kategorie(n) gegen Zahlung ihres Netto-Inventarwertes des Bewertungstages, an welchem dieser Beschluß in Kraft tritt (unter Berücksichtigung der Kurse und tatsächlich angefallenen Kosten im Zusammenhang mit der Realisierung der Vermögenswerte) zurückzunehmen. Für eine solche Versammlung ist kein Anwesenheitsquorum erforderlich und die Beschlüsse können mit einfacher Mehrheit der auf dieser Versammlung anwesenden oder vertretenen Aktien getroffen werden.

Vermögenswerte, die anlässlich einer derartigen Rücknahme nicht an ihre Berechtigten ausgezahlt werden konnten, werden während sechs Monaten nach der Rücknahme bei der Depotbank hinterlegt; nach dieser Frist werden diese Vermögenswerte auf die Caisse des Consignations zugunsten der Berechtigten übertragen.

Alle derartig zurückgenommenen Aktien werden annulliert.

Unter den vorstehend im ersten Absatz dieses Artikels beschriebenen Umständen kann der Verwaltungsrat entscheiden, die Vermögenswerte eines Teilfonds in einen anderen Teilfonds der Gesellschaft oder in einen anderen Luxemburger Organismus für gemeinsame Anlagen, welcher gemäß Teil I des Gesetzes von 1988 errichtet wurde, oder in einen Teilfonds eines solchen anderen Organismus für gemeinsame Anlagen («neuer Teilfonds») einzubringen und die Aktien der betreffenden Aktienkategorie(n) als Aktien einer oder mehrerer Aktienkategorie(n) (nach einer Aufteilung oder Konsolidierung, so erforderlich und unter Zahlung aller Beträge, welche Aktienbruchteilen entsprechen, an die Aktionäre) neuzubewerten. Diese Entscheidung wird in derselben Weise wie im ersten Absatz dieses Artikels beschrieben einen Monat vor Inkrafttreten der Verschmelzung veröffentlicht (wobei die Veröffentlichung unter anderem die Charakteristika des neuen Teilfonds aufführt), um den Aktionären, die dies wünschen, die Rücknahme oder den Umtausch ohne weitere Kosten während dieser Frist zu ermöglichen.

Unbeschadet der dem Verwaltungsrat vorstehend übertragenen Befugnisse kann die Generalversammlung der Aktionäre des oder der an einem Teilfonds ausgegebenen Aktienkategorie(n) beschließen, mehrere Teilfonds der Gesellschaft zu verschmelzen. Für eine solche Versammlung ist kein Anwesenheitsquorum erforderlich und die Beschlüsse können mit einfacher Mehrheit der auf dieser Versammlung anwesenden oder vertretenen Aktien getroffen werden. Die Einbringung der einem Teilfonds zuzuordnenden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in einen anderen Organismus für gemeinsame Anlagen gemäß Absatz 5 dieses Artikels oder in einen Teilfonds eines solchen Organismus für gemeinsame Anlagen muß durch einen Beschluß der Aktionäre der an dem betreffenden Teilfonds ausgegebenen Aktienkategorie(n) gebilligt werden, wobei auf der jeweiligen Versammlung wenigstens 50% der an diesem Teilfonds ausgegebenen und im Umlauf befindlichen Aktien anwesend oder vertreten sein müssen und die Billigung durch wenigstens zwei Drittel der anwesenden oder vertretenen Aktien ausgesprochen werden muß. Im Falle einer Verschmelzung eines Teilfonds, können die Aktionäre dieses Teilfonds während einer Frist von einem Monat kostenlos den Rückkauf oder den Umtausch ihrer Aktien in Aktien eines anderen Teilfonds fordern. Sofern eine solche Verschmelzung mit einem anderen Luxemburger Organismus für gemeinsame Anlagen des vertragsrechtlich organisierten Typs (fonds commun de placement) erfolgt, binden die auf der Versammlung getroffenen Entscheidungen lediglich die Aktionäre, welche für die Verschmelzung gestimmt haben.

Art. 25. Geschäftsjahr.

Das Geschäftsjahr beginnt normalerweise am 1. Januar und endet am 31. Dezember desselben Kalenderjahres. Das erste Geschäftsjahr endet am 31. Dezember 2000.

Art. 26. Ausschüttungen.

Im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen entscheidet die Generalversammlung der Aktionäre der an einem Teilfonds ausgegebenen Aktien der entsprechenden Aktienkategorie(n) auf Vorschlag des Verwaltungsrates über die Ergebnisverwendung und kann eine Ausschüttung beschließen oder den Verwaltungsrat dazu ermächtigen, Ausschüttungen zu beschließen.

Im Hinblick auf jede ausschüttungsberechtigte Aktienkategorie kann der Verwaltungsrat unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen die Zahlung von Zwischendividenden beschließen. Die Zahlung aller Ausschüttungsbeträge erfolgt auf Namensaktien an die im Aktienregister angegebene Adresse und auf Inhaberaktien gegen Vorlage des Ertrags Scheines bei der oder den hierzu von der Gesellschaft bezeichneten Stelle(n).

Ausschüttungen können nach Wahl des Verwaltungsrates in jeder Währung sowie zu dem Zeitpunkt und an dem Ort, wie sie vom Verwaltungsrat von Zeit zu Zeit bestimmt werden, ausbezahlt werden.

Der Verwaltungsrat kann, unter Berücksichtigung der von ihm aufgestellten Bedingungen und Modalitäten Natural- statt Barausschüttungen beschließen.

Jede erklärte Ausschüttung, welche vom Berechtigten nicht innerhalb von fünf Jahren nach Zuteilung eingefordert wurde, kann nicht mehr eingefordert werden und verfällt zugunsten der bzw. denjeweiligen Aktienkategorie(n) entsprechenden Teilfonds.

Auf von der Gesellschaft erklärte und zugunsten des Berechtigten bereitgestellte Ausschüttungen werden keine Zinsen bezahlt.

Titel V.- Schlußbestimmungen

Art. 27. Auflösung der Gesellschaft.

Die Gesellschaft kann zu jeder Zeit durch eine Entscheidung der Generalversammlung, welche unter Beachtung der Anwesenheitsquoten und Mehrheiten, wie sie nachfolgend in Artikel 29 vorgesehen sind, aufgelöst werden. Die Auflösung der Gesellschaft muß vom Verwaltungsrat der Generalversammlung vorgeschlagen werden, sobald das Gesellschaftskapital unter zwei Drittel des Mindestkapitals gemäß Artikel 5 dieser Satzung gefallen ist. Die Versammlung entscheidet in diesem Falle ohne Anwesenheitsquorum und mit der einfachen Mehrheit der auf dieser Versammlung anwesenden oder vertretenen Aktien.

Die Auflösung der Gesellschaft muß vom Verwaltungsrat der Generalversammlung außerdem vorgeschlagen werden, sobald das Gesellschaftskapital unter ein Viertel des Mindestkapitals gemäß Artikel 5 dieser Satzung gefallen ist; in diesem Falle entscheidet die Versammlung ohne Anwesenheitsquorum und mit den Stimmen der Aktionäre, welche ein Viertel der auf der Versammlung anwesenden oder vertretenen Aktien vertreten. Die Einberufung zu diesen Generalversammlungen muß so erfolgen, daß die entsprechende Versammlung innerhalb von vierzig Tagen nach der Feststellung daß das Nettovermögen der Gesellschaft unter ein Drittel bzw. ein Viertel des Mindestkapitals gefallen ist, abgehalten werden kann.

Art. 28. Liquidation.

Nach der Auflösung der Gesellschaft erfolgt deren Liquidation durch einen oder mehrere Liquidatoren, die natürliche oder juristische Personen sein können und von der Generalversammlung ernannt werden, welche auch über ihre Befugnisse und Entschädigung entscheidet.

Art. 29. Satzungsänderung.

Die vorliegende Satzung kann durch eine Generalversammlung unter Beachtung der vom Gesetz vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaften einschließlich nachfolgender Änderungen und Ergänzungen aufgestellten Anwesenheitsquoten und Mehrheitserfordernisse geändert werden.

Art. 30. Klarstellung.

Bezeichnungen in männlicher Form schließen Bezeichnungen in weiblicher Form ein und die Bezeichnung «Person» umfaßt auch Gesellschaften, Vereinigungen oder sonstige Personengruppen unabhängig davon, ob diese als Gesellschaften oder Vereinigungen im Rechtssinne verfaßt sind oder nicht.

Art. 31. Anzuwendende Rechtsvorschriften.

Für sämtliche in dieser Satzung nicht spezifisch geregelten Fragen sind die Bestimmungen des Gesetzes vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaften und die Bestimmungen des Gesetzes vom 30. März 1988 über Organismen für gemeinsame Anlagen einschließlich der nachfolgenden Änderungen und Ergänzungen dieser Gesetze einschlägig.

Kapitalzeichnung

Die Aktien wurden wie folgt gezeichnet:

Aktionäre	Gezeichnetes Kapital	Anzahl der Aktien
1.- BSI A.G., vorgenannt	99.900,- EUR	999
2.- Dr. Jan Jacob van Troostenburg de Bruyn, vorgenannt	100,- EUR	1
Total:	100.000,- EUR	1.000

Alle Aktien wurden voll eingezahlt. Demzufolge steht der Gesellschaft der Betrag von einhunderttausend Euro (100.000,- EUR) zur Verfügung, was dem unterzeichneten Notar nachgewiesen wurde.

Bescheinigung

Der unterzeichnete Notar bescheinigt, dass die Bedingungen von Artikel 26 des Gesetzes vom 10. August 1915 über die Handelsgesellschaften erfüllt sind.

Schätzung der Gründungskosten

Die Gründer schätzen die Kosten, Gebühren und jedwelche Auslagen, welche der Gesellschaft aus Anlass gegenwärtiger Gründung erwachsen, auf zweihunderttausend Luxemburger Franken (200.000,- LUF).

Schätzung des Kapitals

Für alle Zwecke wird das Kapital der Gesellschaft geschätzt auf vier Millionen dreiunddreissigtausendneuhundertneunzig Luxemburger Franken (4.033.990,- LUF).

Ausserordentliche Generalversammlung

Sodann haben die Erschienenen sich zu einer ausserordentlichen Generalversammlung der Aktionäre, zu der sie sich als ordentlich einberufen betrachten, zusammengefunden und einstimmig folgende Beschlüsse gefasst.

1.- Die Anschrift der Gesellschaft lautet:

- L-2951 Luxembourg, 50, avenue J.F. Kennedy.

Die Gründungsversammlung ermächtigt den Verwaltungsrat, eine neue Anschrift der Gesellschaft innerhalb der Gemeinde des Gesellschaftssitzes zu wählen.

2.- Die Zahl der Verwaltungsratsmitglieder wird auf vier und diejenige der Wirtschaftsprüfer auf einen festgesetzt.

3.- Zu Verwaltungsratsmitgliedern werden ernannt:

a) Dr. Alfredo Gysi, Präsident der Generaldirektion, BSI A.G., Lugano, Vorsitzender des Verwaltungsrates;

b) Dr. Gianni Aprile, Generaldirektor BSI A.G., Lugano;

c) Dr. Jan van Troostenburg de Bruyn, Direktor BSI A.G., Lugano;

d) Herr Christian Schaack, Vorstandsmitglied, BANQUE GENERALE DU LUXEMBOURG S.A. Luxembourg;

4.- Zum Wirtschaftsprüfer wird ernannt:

- ARTHUR ANDERSEN S.C., mit Gesellschaftssitz in L-2180 Luxembourg, 6, rue Jean Monnet.

5.- Die Mandate des Verwaltungsrates und dasjenige des Wirtschaftsprüfers erfallen sofort nach der Generalversammlung des Jahres 2001.

6.- Die Versammlung ermächtigt den Verwaltungsrat die tägliche Geschäftsführung an ein oder mehrere Verwaltungsratsmitglieder zu übertragen.

Worüber Urkunde, aufgenommen und geschlossen zu Luxembourg, am Datum wie eingangs erwähnt.

Und nach Vorlesung alles Vorstehenden an die Komparenten, alle dem Notar nach Namen, Vornamen, Stand und Wohnort bekannt, haben alle mit Uns, Notar, gegenwärtige Urkunde unterschrieben.

Gezeichnet: D. Steberl, E. Schroeder.

Enregistré à Mersch, le 22 mars 2000, vol. 413, fol. 33, case 4. – Reçu 50.000 francs.

Le Receveur (signé): Muller.

Für gleichlautende Ausfertigung, zwecks Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations, erteilt.

Luxembourg, den 22. März 2000.

E. Schroeder.

(16981/228/831) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 23 mars 2000.

CELESTINE CHARTER S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1325 Luxembourg, 15, rue de la Chapelle.

STATUTS

L'an deux mille, le quatre avril.

Par-devant Nous, Maître Jean-Joseph Wagner, notaire de résidence à Sanem (Luxembourg).

Ont comparu:

1.- FALCON INVEST HOLDINGS LTD, une société de droit des Iles Vierges Britanniques, avec siège social à Tortola, Road Town, Mill Mall P.O. Box 964, Iles Vierges Britanniques, ici représentée par Monsieur Dirk A. Martens, administrateur, demeurant à Luxembourg, en vertu d'une procuration sous seing privé, lui délivrée.

La prédite procuration, paraphée ne varietur par les comparants et le notaire instrumentant, restera annexée au présent acte pour être soumise en même temps aux formalités de l'enregistrement.

2.- NAVILUX S.A., une société anonyme de droit luxembourgeois, avec siège social à L-1528 Luxembourg, 5, boulevard de la Foire,

ici représentée par Monsieur Renaud Florent, directeur, demeurant à Luxembourg,

agissant en sa qualité de directeur de ladite société, avec les pouvoirs les plus étendus pour agir au nom de la société en toutes circonstances et l'engager valablement par sa signature individuelle.

Lesquels comparants, ès qualités qu'ils agissent, ont requis le notaire instrumentant d'arrêter ainsi qu'il suit les statuts d'une société anonyme que les parties prémentionnées déclarent constituer entre elles.

Dénomination - Siège - Durée - Objet - Capital

Art. 1^{er}. Entre les personnes ci-avant désignées et toutes celles qui deviendraient dans la suite propriétaires des actions ci-après créées, il est formé une société anonyme sous la dénomination de CELESTINE CHARTER S.A.

Art. 2. Le siège de la société est établi à Luxembourg-Ville.

Par décision de l'assemblée générale des actionnaires, la société pourra établir des filiales, succursales, agences ou sièges administratifs aussi bien dans le Grand-Duché de Luxembourg qu'à l'étranger.

Sans préjudice des règles du droit commun en matière de résiliation contractuelle, au cas où le siège de la société est établi par contrat avec des tiers, le siège de la société pourra être transféré sur décision unanime du conseil d'administration à tout endroit de la commune du siège. Le siège social pourra être transféré dans toute localité du pays par décision de l'assemblée.

Lorsque des événements extraordinaires d'ordre politique, économique ou social, de nature à compromettre l'activité normale au siège social ou la communication aisée de ce siège avec l'étranger, se sont produits ou sont imminents, le siège social pourra être transféré à l'étranger jusqu'à cessation complète de ces circonstances anormales, sans que toutefois cette mesure ne puisse avoir d'effet sur la nationalité de la société, laquelle, nonobstant ce transfert provisoire du siège, restera luxembourgeoise.

Pareille déclaration de transfert du siège social sera faite et portée à la connaissance des tiers par l'un des organes exécutifs de la société ayant qualité de l'engager pour les actes de gestion courante et journalière.

Art. 3. La société est établie pour une durée illimitée.

Art. 4. La société a pour objet l'achat, la vente, l'affrètement, le frètement et la gestion de navires de mer, ainsi que les opérations financières et commerciales s'y rattachant directement ou indirectement.

Art. 5. Le capital souscrit est fixé à quatre cent cinquante mille euros (EUR 450.000,-), représenté par mille (1.000) actions d'une valeur nominale de quatre cent cinquante euros (EUR 450,-) chacune.

Les actions sont nominatives ou au porteur, au choix de l'actionnaire.

La société peut, dans la mesure où et aux conditions auxquelles la loi le permet, racheter ses propres actions.

Le capital souscrit de la société peut être augmenté ou réduit par décision de l'assemblée générale des actionnaires statuant comme en matière de modification des statuts.

Administration - Surveillance

Art. 6. La société est administrée par un conseil, composé de trois membres au moins, actionnaires ou non, nommés pour un terme qui ne peut excéder six ans par l'assemblée générale des actionnaires et toujours révocables par elle.

En cas de vacance d'une place d'administrateur nommé par l'assemblée générale, les administrateurs restants ainsi nommés ont le droit d'y pourvoir provisoirement; dans ce cas, l'assemblée générale, lors de sa première réunion, procède à l'élection définitive.

Art. 7. Le conseil d'administration élit parmi ses membres un président. En cas d'empêchement du président, l'administrateur désigné à cet effet par les administrateurs présents le remplace.

Le conseil d'administration se réunit sur la convocation du président ou sur la demande de deux administrateurs.

Le conseil ne peut valablement délibérer et statuer que si la majorité de ses membres est présente ou représentée, le mandat entre administrateurs étant admis.

Les administrateurs peuvent émettre leur vote sur les questions à l'ordre du jour par lettre, télégramme, télex ou téléfax, ces trois derniers étant à confirmer par écrit.

Une décision prise par écrit, approuvée et signée par tous les administrateurs, produira effet au même titre qu'une décision prise à une réunion du conseil d'administration.

Art. 8. Toutes les décisions du conseil sont prises à la majorité absolue. En cas d'égalité des voix, le président de l'assemblée aura une voix prépondérante.

Art. 9. Les procès-verbaux des séances du conseil d'administration sont signés par les membres présents aux séances.

Les copies ou extraits seront certifiés conformes par un administrateur ou par un mandataire.

Art. 10. Le conseil d'administration est investi des pouvoirs les plus étendus pour faire tous actes d'administration et de disposition qui rentrent dans l'objet social. Il a dans sa compétence tous les actes qui ne sont pas réservés expressément par la loi du 10 août 1915 telle que modifiée et par les statuts à l'assemblée générale.

Art. 11. Le conseil d'administration pourra déléguer tout ou partie des ses pouvoirs de gestion journalière à des administrateurs ou à des tierces personnes qui ne doivent pas nécessairement être actionnaires de la société. La délégation à un administrateur est subordonnée à l'autorisation préalable de l'assemblée générale.

Art. 12. Vis-à-vis des tiers la société est engagée en toutes circonstances par les signatures conjointes de deux administrateurs ou par la signature individuelle d'un délégué du conseil dans les limites de ses pouvoirs. La signature d'un seul administrateur sera toutefois suffisante pour représenter valablement la société dans ses rapports avec les administrations publiques.

Art. 13. La société est surveillée par un ou plusieurs commissaires, actionnaires ou non, nommés par l'assemblée générale qui fixe leur nombre et leur rémunération.

La durée du mandat de commissaire est fixée par l'assemblée générale. Elle ne pourra cependant dépasser six années.

Assemblée générale

Art. 14. L'assemblée générale réunit tous les actionnaires. Elle a les pouvoirs les plus étendus pour décider des affaires sociales. Les convocations se font dans les formes et délais prévus par la loi.

Art. 15. L'assemblée générale annuelle se réunit dans la commune du siège social, à l'endroit indiqué dans la convocation, le deuxième mardi du mois de juillet à 11.00 heures.

Si la date de l'assemblée tombe un jour férié, elle se réunit le premier jour ouvrable qui suit.

Art. 16. Une assemblée générale extraordinaire peut être convoquée par le conseil d'administration ou par le(s) commissaire(s). Elle doit être convoquée sur la demande écrite d'actionnaires représentant le cinquième du capital social.

Art. 17. Chaque action donne droit à une voix.

La société ne reconnaît qu'un propriétaire par action. Si une action de la société est détenue par plusieurs propriétaires en propriété indivise, la société aura le droit de suspendre l'exercice de tous les droits y attachés jusqu'à ce qu'une seule personne ait été désignée comme étant à son égard propriétaire.

Année sociale - Répartition des bénéfices

Art. 18. L'année sociale commence le premier janvier et finit le trente et un décembre de chaque année.

Le conseil d'administration établit les comptes annuels tels que prévus par la loi.

Il remet ces pièces un mois au moins avant l'assemblée générale ordinaire aux commissaires.

Art. 19. L'excédent favorable du bilan, déduction faite des charges et des amortissements, forme le bénéfice net de la société. Sur ce bénéfice il est prélevé cinq pour cent pour la formation du fonds de réserve légale; ce prélèvement cessera d'être obligatoire lorsque la réserve aura atteint dix pour cent du capital social.

Le solde est à la disposition de l'assemblée générale.

Le conseil d'administration pourra verser des acomptes sur dividendes sous l'observation des règles y relatives.

L'assemblée générale peut décider que les bénéfices et réserves distribuables seront affectés à l'amortissement du capital sans que le capital exprimé soit réduit.

Dissolution - Liquidation

Art. 20. La société peut être dissoute par décision de l'assemblée générale, statuant suivant les modalités prévues pour les modifications des statuts.

Lors de la dissolution de la société, la liquidation s'effectuera par les soins d'un ou plusieurs liquidateurs, personnes physiques ou morales, nommés par l'assemblée générale qui détermine leurs pouvoirs.

Disposition générale

Art. 21. La loi du 10 août 1915 et ses modifications ultérieures trouveront leur application partout où il n'y a pas été dérogé par les statuts.

Dispositions transitoires

Le premier exercice social commence le jour de la constitution de la société et se terminera le 31 décembre 2000.

La première assemblée générale se tiendra en 2001.

Les premiers administrateurs et les premiers commissaires sont élus par l'assemblée générale extraordinaire des actionnaires suivant immédiatement la constitution de la société.

Par dérogation à l'article 7 des statuts, le premier président du conseil d'administration est désigné par l'assemblée générale extraordinaire désignant le premier conseil d'administration de la société.

Souscription et paiement

Les actions ont été souscrites comme suit:

1.- FALCON INVEST HOLDINGS LTD, prédésignée, neuf cent quatre-vingt-dix-neuf actions	999
2.- NAVILUX S.A., prédésignée, une action	1
Total: mille actions	1.000

Ces actions ont été libérées intégralement par des versements en espèces, de sorte que la somme de quatre cent cinquante mille euros (EUR 450.000,-) se trouve dès à présent à la libre disposition de la société, ainsi qu'il en a été justifié au notaire instrumentant qui le constate expressément.

Constatation

Le notaire instrumentaire a constaté que les conditions exigées par l'article 26 de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciale ont été accomplies.

Evaluation des frais

Les parties ont évalué les frais incombant à la société du chef de sa constitution à environ deux cent soixante mille francs luxembourgeois.

Pro fisco

Pour les besoins de l'enregistrement, il est constaté que le montant du capital social souscrit à hauteur de quatre cent cinquante mille euros (EUR 450.000,-) est l'équivalent de dix-huit millions cent cinquante-deux mille neuf cent cinquante-cinq francs luxembourgeois (LUF 18.152,955,-).

Assemblée générale extraordinaire

Et immédiatement après la constitution de la société, les actionnaires, ès qualités qu'ils agissent, représentant l'intégralité du capital social et se considérant dûment convoqués, se sont réunis en assemblée générale et ont pris, à l'unanimité les décisions suivantes:

Première résolution

Le nombre des administrateurs est fixé à trois (3) et celui des commissaires à un (1).

Sont appelés aux fonctions d'administrateur, leur mandat expirant à l'issue de la première assemblée générale appelée à délibérer sur les comptes sociaux:

1) Monsieur Albert Matzinger, directeur, demeurant à CH-1166 Perroy VD, route Suisse 69.

2) Monsieur Richard Francis Patrick Arnold, directeur, demeurant à CH-1245 Collonge-Bellerive GE, Chemin de la Savonnière 23.

3) NAVILUX S.A., société anonyme, avec siège social à L-1528 Luxembourg, 5, boulevard de la Foire.

L'assemblée générale extraordinaire nomme Monsieur Albert Matzinger, prénommé, aux fonctions de premier président du conseil d'administration.

Deuxième résolution

Est appelée aux fonctions de commissaire aux comptes, son mandat expirant à l'issue de l'assemblée générale appelée à délibérer sur les comptes sociaux du premier exercice:

La société anonyme de droit luxembourgeois AUDIEX S.A., établie et ayant son siège social à L-1510 Luxembourg, 57, avenue de la Faïencerie.

Troisième résolution

L'adresse du siège social de la société est fixée à L-1325 Luxembourg, 15, rue de la Chapelle.

Quatrième résolution

L'assemblée autorise le conseil d'administration à nommer un ou plusieurs administrateurs-délégués parmi ses membres.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture, les comparants prémentionnés, agissant ès dites qualités, ont signé avec le notaire instrumentant, le présent acte.

Le notaire soussigné, qui connaît la langue anglaise, déclare par la présente qu'à la demande des comparants ci-avant, le présent acte est rédigé en langue française, le texte étant suivi d'une version anglaise, et qu'à la demande des mêmes comparants et en cas de divergences entre le texte français et le texte anglais, la version française primera.

Suit la traduction en langue anglaise du texte qui précède:

In the year two thousand, on the fourth day of April.

Before Us, Maître Jean-Joseph Wagner, notary, residing in Sanem (Luxembourg).

There appeared:

1.- The company FALCON INVEST HOLDINGS LTD, a company organised under the laws of the British Virgin Islands, having its registered office in Tortola, Road Town, Mill Mall, P.O. Box 964, British Virgin Islands, here represented by Mr Dirk A. Martens, director, residing in Luxembourg, by virtue of a proxy given to him under private seal.

The prenamed proxy, after having been signed ne varietur by the appearing persons and the undersigned notary, shall remain annexed to the present deed for the purpose of registration.

2.- The company NAVILUX S.A., a company organised under the laws of Luxembourg, having its registered office in L-1528 Luxembourg, 5, boulevard de la Foire,

here represented by Mr Renaud Florent, directeur, residing in Luxembourg,

acting in his capacity as manager of the said company with the broadest powers to act on behalf of it in all circumstances and to engage the beforementioned company by his individual signature.

Such appearing parties, acting in the hereabove stated capacities, have drawn up the following articles of a joint stock company which they intend to organise among themselves.

Name - Registered offices - Duration - Object - Capital

Art. 1. Between the above-mentioned persons and all those that may become owners of the shares created hereafter, a joint stock company («société anonyme») is herewith organised under the name of CELESTINE CHARTER S.A.

Art. 2. The registered office is in Luxembourg City.

The company may establish branches, subsidiaries, agencies or administrative offices in the Grand Duchy of Luxembourg as well as in foreign countries by a simple decision of the board of directors.

Without prejudice of the general rules of law governing the termination of contracts in case the registered office of the company has been determined by contract with third parties, the registered office may be transferred to any other place within the Municipality of the registered office by a simple decision of the board of directors. The registered office may be transferred to any other municipality of the Grand Duchy of Luxembourg by a decision of the shareholders' meeting.

If extraordinary events either political, economic or social that might create an obstacle to the normal activities at the registered offices or to easy communications of these offices with foreign countries should arise or be imminent, the registered offices may be transferred to another country till the complete cessation of these abnormal circumstances. This measure, however, shall not affect the nationality of the company, which will keep its Luxembourg nationality, notwithstanding the provisional transfer of its registered offices.

One of the executive organs of the company, which has powers to commit the company for acts of daily management, shall make this declaration of transfer of the registered offices and inform third persons.

Art. 3. The company is established for an unlimited period.

Art. 4. The purposes for which the company is formed are the buying and the selling, the chartering in and the chartering out, and the management of seagoing ships, as well as the financial and the commercial operations that relate directly and indirectly to such activities.

Art. 5. The subscribed capital of the company is fixed at four hundred and fifty thousand euros (EUR 450,000.-), divided into one thousand (1,000) shares with a par value of four hundred and fifty euros (EUR 450.-) each.

The shares are in registered or bearer form, at the option of the shareholders, subject to the restriction foreseen by law.

The company may, to the extent and under the terms permitted by law, redeem its own shares.

The subscribed capital of the company may be increased or reduced by a decision of the general meeting of shareholders voting with the same quorum as for the amendment of the articles of incorporation.

Management - Supervision

Art. 6. The company is administered by a board of not less than three officers, shareholders or not, who are appointed for a term which may not exceed six years by the General Meeting of shareholders and who can be dismissed at any time.

If the post of a director elected by the General Meeting becomes vacant, the remaining directors thus elected may provisionally appoint a replacement; in this case, the next General Meeting will proceed to the final election.

Art. 7. The board of directors chooses among its members a Chairman. If the chairman is unable to be present, his place will be taken by one of the directors present at the meeting, designated to that effect by the board.

The meetings of the board of directors are convened by the chairman or by any two directors.

The board can only validly debate and take decisions if the majority of its members are present or represented, proxies between directors being permitted.

The directors may cast their vote on the points of the agenda by letter, cable, telex or telefax, confirmed by letter.

Resolutions in writing approved and signed by all directors shall have the same effect as resolutions voted at the directors' meetings.

Art. 8. All decisions by the board shall require an absolute majority. In case of an equality of votes, the chairman of the meeting has a casting vote.

Art. 9. The minutes of the meetings of the board of directors shall be signed by all the directors having assisted at the debates.

The copies or extracts shall be certified conform by one director or by a proxy.

Art. 10. The board of directors is vested with the broadest powers to perform all acts of administration and disposition in the company's interest. All powers not expressly reserved to the general shareholders' meeting by the law of August 10th, 1915, as subsequently modified, or by the present articles of incorporation of the company, fall within the competence of the board of directors.

Art. 11. The board of directors may delegate all or parts of its powers concerning the daily management to members of the board of directors or to third persons who need not be shareholders of the company. Delegation of daily management to a member of the board is subject to previous authorisation by the General Meeting of shareholders.

Art. 12. Towards third parties the company is in all circumstances committed by the joint signatures of two directors or by the single signature of a delegate of the board acting within the limits of his powers. In their current relations with the public administrations, the company is validly represented by one director, whose signature legally commits the company.

Art. 13. The company is supervised by one or several statutory auditors, shareholders or not, who are appointed by the General Meeting which determines their number and their remuneration, and who can be dismissed at any time.

The duration of the term of office of an auditor is fixed by the General Meeting. It may not, however, exceed six years.

General meeting

Art. 14. The General Meeting represents the whole body of the shareholders. It has the most extensive powers to decide of the affairs of the company. The convening notices are made in the form and delay prescribed by law.

Art. 15. The annual General Meeting is held in the municipality of the registered office at the place specified in the convening notice on the second Tuesday of the month of July, at 11.00 am.

If such day is a legal holiday, the General Meeting will be held on the next following business day.

Art. 16. The directors or the auditors may convene an extraordinary General Meeting. It must be convened at the written request of shareholders representing one fifth of the company's capital.

Art. 17. Each share entitles to the casting of one vote. The company will recognise only one holder for each share; in case a share is held by more than one person, the company has the right to suspend the exercise of all rights attached to that share until one person has been appointed as sole owner in relation to the company.

Business year - Distribution of profits

Art. 18. The business year begins on January first and ends on December 31st of each year.

The board of directors draws up the annual accounts according to the legal requirements.

It submits these documents to the statutory auditors at least one month before the Statutory General Meeting.

Art. 19. The surplus of the year, after deduction of all charges and costs of amortisation, represents the net profit of the company. At least five per cent of this net profit shall be allocated to the legal reserve fund. Such deduction will cease to be compulsory when the reserve fund reaches ten per cent of the subscribed capital.

The remaining balance is at the disposal of the General Meeting.

Advances on dividends may be paid by the board of directors in compliance with the legal requirements.

The General Meeting can decide to assign profits and distributable reserves to the amortisation of the capital, without reducing the corporate capital.

Dissolution - Liquidation

Art. 20. The company may be dissolved by a decision of the General Meeting voting with the same quorum as for the amendment of the articles of incorporation.

Should the company be dissolved, the liquidation will be carried out by one or several liquidators, legal or physical bodies, appointed by the General Meeting which will specify their powers and remunerations.

General dispositions

Art. 21. The law of August 10, 1915 on Commercial Companies as subsequently amended shall apply insofar as these articles of incorporation do not provide for the contrary.

Transitory dispositions

The first financial year begins on the date of incorporation of the company and ends on December 31st, 2000.

The first annual general meeting shall be held in 2001

The first directors and the first auditor(s) are elected by the extraordinary general shareholders' meeting that shall take place immediately after the incorporation of the company.

By deviation from article 7 of the articles of incorporation, the first chairman of the board of directors is designated by the extraordinary general shareholders' meeting that designates the first board of directors of the company.

Subscription and payment

The one thousand (1,000) shares have been subscribed to as follows:

1.- FALCON INVEST HOLDINGS LTD, prementioned, nine hundred and ninety-nine shares	999
2.- NAVILUX S.A., prementioned, one share	1
Total: one thousand shares	1,000

The subscribed shares have been entirely paid up in cash, so that the company has now at its disposal the sum of four hundred and fifty thousand euros (EUR 450,000.-) as was certified to the notary executing this deed.

Verification

The notary executing this deed declares that the conditions enumerated in Art. 26 of the law on commercial companies of August 10th, 1915 have been fulfilled and expressly bears witness to their fulfilment.

Expenses

The amount of the expenses for which the company is liable as a result of its formation is approximately two hundred and sixty thousand Luxembourg francs.

Pro fisco

For the purposes of registration, the subscribed share capital in the amount of four hundred and fifty thousand euros (EUR 450,000.-) is stated to be the equivalent of eighteen million hundred and fifty-two thousand nine hundred fifty-five Luxembourg francs (LUF 18,152,955.-).

Extraordinary general meeting

The above-named parties, acting in the hereabove stated capacities, representing the whole of the subscribed capital and considering themselves to be duly convened, then held an extraordinary general meeting and unanimously passed the following resolutions:

First resolution

The number of directors is fixed at three (3) and the number of auditors at one (1).

The following have been elected as directors, their mandate expiring at the end of the first General Meeting which will be called to deliberate on the accounts.

- 1) Mr Albert Matzinger, director, residing in CH-1166 Perroy VD, 69, route Suisse.
- 2) Mr Richard Francis Patrick Arnold, director, residing in CH-1245 Collonge-Bellerive GE, 23, chemin de la Savonnière.
- 3) NAVILUX S.A., a company organised under the laws of Luxembourg with its registered office at L-1528 Luxembourg, 5, boulevard de la Foire.

Mr Albert Matzinger, prenamed, has been elected first chairman of the board of directors by the extraordinary general meeting.

Second resolution

The following has been elected statutory auditor, its mandate expiring at the end of the first Annual General Meeting: The company organised under the laws of Luxembourg, AUDIEX S.A., having its registered office at L-1510 Luxembourg, 57, avenue de la Faïencerie.

Third resolution

The company's registered office is located at L-1325 Luxembourg, 15, rue de la Chapelle.

Fourth resolution

The board of directors is authorised to delegate the daily management to one or several of its members.

The undersigned notary, who understands and speaks English, states herewith that on request of the above appearing persons, the present deed is worded in French followed by a English translation; on the request of the same appearing persons and in case of divergences between the French and the English text, the French version will be binding.

Whereof the present notarial deed was drawn up in Luxembourg, on the day named at the beginning of the document.

The document having been read to the persons appearing, all of whom are known to the notary by their surnames, names, civil status and residences, the said persons appearing signed together with Us, the notary, the present original deed.

Signé: D. A. Martens, R. Florent, J.-J. Wagner.

Enregistré à Esch-sur-Alzette, le 4 avril 2000, vol. 849, fol. 33, case 1. – Reçu 181.530 francs.

Le Receveur (signé): M. Ries.

Pour expédition conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Belvaux, le 4 avril 2000.

J.-J. Wagner.

(19528/239/375) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 7 avril 2000.

Allianz Horizont Fonds.

Die ALLIANZ ASSET MANAGEMENT LUXEMBOURG S.A. (die «Verwaltungsgesellschaft») hat mit Zustimmung der CREDIT AGRICOLE INDOSUEZ LUXEMBOURG S.A. (die «Depotbank») beschlossen, im Allgemeinen Verwaltungsreglement Artikel 5 Ziffer 1, Artikel 6 Ziffer 1 sowie Artikel 10 Ziffer 3, 4, 6 und 8 zu modifizieren.

Dementsprechend wurde das Allgemeine Verwaltungsreglement, das am 7. Dezember 1999 im Wege eines Änderungsbeschlusses erstmals geändert wurde, des Sondervermögens Allianz Horizont Fonds, das am 13.10.1999 nach Teil II des Luxemburger Gesetzes vom 30. März 1988 über Organismen für gemeinsame Anlagen aufgelegt wurde, wie folgt geändert:

I. In Artikel 5 Ziffer 1 wurde ein neuer Satz 2 mit folgenden Wortlaut hinzugefügt: «Dem Käufer werden unverzüglich nach Eingang des Kaufpreises bei der Depotbank Anteile in entsprechender Höhe übertragen.»

II. In Artikel 6 Ziffer 1 wurden in Satz 2 die beiden Wörter «Eingang des» ersatzlos gestrichen sowie der letzte Teilsatz geringfügig modifiziert. Satz 2 heisst nun wie folgt:

«Die Zahlung des Rücknahmepreises erfolgt unverzüglich, spätestens aber innerhalb von drei Bankarbeitstagen nach dem entsprechenden Bewertungstag bzw. spätestens innerhalb von 7 Kalendertagen nach Eingang des vollständigen Rücknahmeantrages bei der Verwaltungsgesellschaft, der Register- und Transferstelle, einer Zahlstelle oder einer Vertriebsstelle.»

III. In Artikel 10 Ziffer 3 wurde der Wortlaut von Satz 2 wie folgt geändert:

«Die Depotbank kann unter ihrer Verantwortung (nach Massgabe des Gesetzes vom 30. März 1988 über Organismen für gemeinsame Anlagen) und mit Einverständnis der Verwaltungsgesellschaft andere Banken im Ausland und/oder Wertpapiersammelstellen mit der Verwahrung von Investmentanteilen und anderen gesetzlich zulässigen Vermögenswerten der Fonds beauftragen, sofern diese an einer ausländischen Börse zugelassen oder in ausländische organisierte Märkte einbezogen sind oder es sich um sonstige ausländische Vermögensgegenstände handelt, die nur im Ausland lieferbar sind.»

IV. Ebenfalls unter Ziffer 3 von Artikel 10 wurden unmittelbar an den vorgenannten Wortlaut ein neuer Satz 3 und 4 eingefügt, die da lauten:

«Die Anlage von Vermögenswerten des Fonds in Form von Einlagen bei anderen Kreditinstituten sowie Verfügungen über diese Einlagen bedürfen der Zustimmung der Depotbank. Die Depotbank darf einer solchen Anlage oder Verfügung nur zustimmen, wenn diese mit den gesetzlichen Vorschriften, dem Prospekt, dem Allgemeinen Verwaltungsreglement und dem Sonderreglement vereinbar ist. Die Depotbank ist verpflichtet, den Bestand der bei anderen Kreditinstituten verwahrten Einlagen zu überwachen.»

V. In Artikel 10 Ziffer 4 Spiegelstrich 2 wurde der Begriff «Wertpapiere» durch den Begriff «Investmentanteile» ersetzt, so dass der Wortlaut dieses Spiegelstriches 2 nunmehr wie folgt lautet:

«aus den Sperrkonten den Kaufpreis für Investmentanteile und sonstige gesetzlich zulässige Vermögenswerte zahlen, die für den jeweiligen Fonds erworben worden sind, sowie gegebenenfalls Einschüsse beim Abschluss von Termingeschäften zahlen;»

VI. In Artikel 10 Ziffer 6 wurde der Passus «in diesem Allgemeinen Verwaltungsreglement, dem Sonderreglement und» eingefügt sowie der letzte Teilsatz geringfügig modifiziert, so dass es nunmehr heisst:

«Die Depotbank zahlt der Verwaltungsgesellschaft aus den Sperrkonten eines Fonds nur das in diesem Allgemeinen Verwaltungsreglement, dem Sonderreglement und im Verkaufsprospekt festgesetzte Entgelt.»

VII. In Artikel 10 Ziffer 8 Spiegelstrich 2 Satz 2 wurde der Begriff «geltend» eingefügt. Satz 2 heisst nun wie folgt:

«Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt und verpflichtet, im eigenen Namen Ansprüche der Anteilinhaber gegen die Depotbank geltend zu machen.»

Die vorstehenden Änderungen treten am Tag der Unterzeichnung dieses Beschlusses in Kraft.

Dieser Änderungsbeschluss wurde in zwei Exemplaren ausgefertigt.

Luxemburg, den 5. April 2000.

Verwaltungsgesellschaft

Depotbank

Unterschriften

Unterschriften

(19860/250/49) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 10 avril 2000.

Allianz Horizont Fonds.

Die ALLIANZ ASSET MANAGEMENT LUXEMBOURG S.A. (die «Verwaltungsgesellschaft») hat mit Zustimmung der CREDIT AGRICOLE INDOSUEZ LUXEMBOURG S.A. (die «Depotbank») beschlossen, das Sonderreglement, das am 7. Dezember 1999 im Wege eines Änderungsbeschlusses erstmals geändert wurde, des Sondervermögens Allianz Horizont Fonds, das am 13.10.1999 nach Teil II des Luxemburger Gesetzes vom 30. März 1988 über Organismen für gemeinsame Anlagen aufgelegt wurde, wie folgt zu ändern:

I. Satz 2 des Sonderreglements wird mit dem Zusatz versehen: «sowie am 04.05.2000» und lautet nunmehr wie folgt: «Änderungen des Allgemeinen Verwaltungsreglements wurden am 28.01.2000 sowie am 04.05.2000 im Mémorial veröffentlicht.»

II. In Artikel 2 des Sonderreglements wurde unter Ziffer 2 ein neuer Satz 2 eingefügt, der da lautet:

«Für jeden Teilfonds werden ausschliesslich Investmentanteile und sonstige zulässige Vermögensgegenstände erworben, die Ertrag und/oder Wachstum erwarten lassen.»

III. In Artikel 2 Ziffer 4 Absatz 4 wurde in Satz 6 der Begriff «Sondervermögen» durch den Begriff «Investmentvermögen» ersetzt, so dass der Wortlaut von Satz 6 wie folgt lautet:

«Für den jeweiligen Teilfonds dürfen Anteile an Zielfonds, die mehr als 5% des Wertes ihres Vermögens in Anteilen an anderen Investmentvermögen anlegen dürfen, nur erworben werden, wenn die vom Zielfonds gehaltenen Anteile nach den Vertragsbedingungen des Investmentfonds oder der Satzung der Investmentgesellschaft anstelle von Bankguthaben gehalten werden dürfen.»

IV. In Artikel 4 Ziffer 4 wurde in Satz 1 der Passus «und in der Bundesrepublik Deutschland» ersatzlos gestrichen sowie ein neuer Satz 2 hinzugefügt, so dass der Wortlaut von Ziffer 4 nunmehr wie folgt lautet:

«Bewertungstag ist jeder Bankarbeitstag in Luxemburg. Bankarbeitstag ist jeder Tag, an dem Banken in Luxemburg geöffnet sind.»

V. In Artikel 4 Ziffer 5 Absatz 2 wurde in Satz 1 das Wort «Betriebsländern» durch das Wort «Vertriebsländern» ersetzt, so dass der Wortlaut von Satz 1 wie folgt lautet:

«Der Ausgabepreis kann sich um Gebühren oder andere Belastungen erhöhen, die in den jeweiligen Vertriebsländern anfallen.»

VI. In Artikel 4 wurde in Ziffer 8 Absatz 1:

«Die Rücknahme erfolgt grundsätzlich zum Rücknahmepreis des Bewertungstages, der dem Eingang des Rücknahmeantrages bei der Verwaltungsgesellschaft, der Register- und Transferstelle, der Zahlstelle oder einer Vertriebsstelle folgt.»

ersatzlos gestrichen.

VII. In Artikel 5 Absatz 2 wurde am Ende von Satz 2 das Wort «Allgemeinen» eingefügt, so dass der Wortlaut von Absatz 2 wie folgt lautet:

«Zur Ausschüttung können die ordentlichen Nettoerträge sowie realisierte Kursgewinne kommen. Ferner können die nicht realisierten Kursgewinne sowie sonstige Aktiva zur Ausschüttung gelangen, sofern das Fondsvermögen des Fonds insgesamt im Sinne von Artikel 1 Absatz 4 dieses Sonderreglements aufgrund der Ausschüttung nicht unter die Mindestgrenze gemäss Artikel 1 Absatz 1 des Allgemeinen Verwaltungsreglements sinkt.»

VIII. In Artikel 7 Ziffer 1 Absatz 2 wurde Satz 2:

«Leistungsbezogene Vergütungen und Gebühren für eine Anlageberatung gelten in diesem Zusammenhang als «Verwaltungsvergütung» in vorgenanntem Sinne.»

ersatzlos gestrichen.

IX. In Artikel 7 Ziffer 5 wurde in Satz 2 der Begriff «Teilfonds» durch den Begriff «Zielfonds» ersetzt, so dass der Wortlaut von Satz 2 nunmehr wie folgt lautet:

«Diese Beschränkung ist ebenfalls in den Fällen anwendbar, in denen der einzelne Zielfonds Anteile (Aktien) einer Investmentgesellschaft erwirbt, mit der er im Sinne des vorhergehenden Satzes verbunden ist.»

Die vorstehenden Änderungen treten am Tag der Unterzeichnung dieses Beschlusses in Kraft.

Dieser Änderungsbeschluss wurde in zwei Exemplaren ausgefertigt.

Luxemburg, den 5. April 2000.

Verwaltungsgesellschaft
Unterschriften

Depotbank
Unterschriften

(19861/250/51) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 10 avril 2000.

CARNEGIE FUND, Fonds Commun de Placement.

MANAGEMENT REGULATIONS

Art. 1. The Fund

CARNEGIE FUND (hereafter referred to as the «Fund») which was established on December 6, 1995, is organised and exists under the laws of the Grand Duchy of Luxembourg as an open-ended collective investment fund («Fonds Commun de placement») under Part I of the Luxembourg Law of March 30, 1988 («the Law») and constitutes an unincorporated co-proprietorship of the securities and other assets of the Fund, managed for the account and in the exclusive interest of its co-owners (hereinafter referred to as the «Unitholders») by CARNEGIE FUND MANAGEMENT COMPANY S.A. (hereinafter referred to as the «Management Company»), a company incorporated as a «société anonyme» under the laws of the Grand Duchy of Luxembourg and having its registered office in Luxembourg.

The Management Company issues joint-ownership Units («Units») corresponding to a pool of assets (a «Sub-Fund») as described in these Management Regulations. Each Sub-Fund is represented by a specific portfolio, hence each Sub-Fund operates as a single fund and therefore the value of the Units will depend upon which Sub-Fund they relate to. The Management Company may from time to time decide to create new Sub-Funds as well as liquidate or close any one single Sub-Fund. The Management Company may offer in each Sub-Fund different classes and sub-classes of Units based on specific criteria to be determined.

The assets of the Fund are segregated from those of the Management Company. The Management Company is liable towards the Fund and the Unitholders, except if and to the extent provided for under these Management Regulations. By the acquisition of Units, any Unitholder fully accepts these Management Regulations which determine the contractual relationship between the Unitholders, the Management Company and the Custodian.

Art. 2. The Management Company

The Fund shall be managed on behalf of the Unitholders by the Management Company which shall have its registered office in Luxembourg.

The Management Company is vested with the broadest powers to, in the name and on behalf of the Unitholders, administer and manage the Fund, subject to the restrictions set forth in Article 5 hereafter, including but not limited to the right to purchase, subscribe, sell or otherwise receive or dispose of selected and diversified investments permitted for each Sub-Fund, including, without limitation and where relevant, transferable securities, transferable debt securities

and ancillary liquid assets as may be permitted in the case of each Sub-Fund (the Management Company may from time to time buy from or sell to members of the Carnegie Group wherein so doing would be in the best interests of the Unitholders); to supervise and manage such investments; to exercise, while being the holder of any such investments, all the rights, powers and privileges appertaining to the holding or ownership thereof to the same extent as an individual could do; to conduct research and investigations in respect of investments; to secure information pertinent to the investments and employment of assets of the Sub-Funds; to procure research investigations, information and other investment advisory services from any investment advisor for which remuneration shall be at its sole charge; to do everything, necessary or suitable and proper for the accomplishment of any of the purposes and powers herein above set forth, either alone or in conjunction with others; and to do every other act or thing incidental to the purpose aforesaid, provided the same are not inconsistent with the laws of Luxembourg or of any jurisdiction where the Fund may be registered.

The duties of the Management Company in respect of the Fund shall cease respectively: (i) in the case of withdrawal of the Management Company, provided that it is replaced by another management company within two months; (ii) where the Management Company has been declared bankrupt or has been put into liquidation; (iii) where the supervisory authority withdraws its authorisation of the Management Company.

The board of directors of the Management Company (the «Board») shall determine the investment policy of the Fund for its several Sub-Funds within the restrictions set forth in Article 5 hereafter. The Board may appoint a general manager or managers and/or administration agents to implement on behalf of the Management Company the investment policy and to carry out the day-to-day administration and management of the assets of the Fund.

The Management Company is entitled to receive a management fee of maximum 2.5 per cent per annum of the Net Asset Value (as defined hereinafter) of each Sub-Fund, calculated and accrued on each Valuation Day (as defined hereinafter) and payable monthly.

Art. 3. The Custodian

The custody of the assets of the Fund must be entrusted to a depositary (the «Custodian»).

The Management Company shall appoint the Custodian, and pursuant to this Article has appointed BANQUE CARNEGIE LUXEMBOURG S.A., a limited company organised under the laws of Luxembourg with its registered office in Luxembourg.

Either the Custodian or the Management Company may terminate this appointment at any time upon at least three months' prior written notice delivered by one party or the other, provided, however, that such termination is subject to the condition that a new custodian, which has to be appointed within two months of the termination as aforesaid, assume the responsibility and functions of the Custodian under these Management Regulations and provided further, that the appointment of the Custodian shall continue thereafter for such period as may be necessary to transfer all assets of the Fund to the new Custodian.

In the event that the Custodian terminates its appointment, the Management Company will appoint a new Custodian who assumes the responsibilities and functions of the Custodian under these Management Regulations.

All cash and securities constituting the assets of the Fund shall be held by the Custodian on behalf of the Unitholders of the Fund. The Custodian may entrust other banks and financial institutions with the custody of such assets. The Custodian may hold securities in fungible or non-fungible accounts. It will have the normal duties of a bank with respect to the Fund's deposits of cash and securities. The Custodian may only dispose of the assets of the Fund and make payments to third parties on behalf of the Fund on receipt of instructions from the Management Company or its appointed agents.

Upon receipt of instructions from the Management Company, the Custodian will perform all acts of disposal with respect to the assets of the Fund and make payments to third parties on behalf of the Fund.

The Custodian shall be a party to and sign these Management Regulations. The Custodian shall carry out all operations concerning the day-to-day administration of the assets of the Fund.

The Custodian shall moreover ensure: (i) that the sale, issue, redemption, conversion and cancellation of each Class/Sub-Class of Units are carried out in accordance with the Luxembourg law of 30th March 1988 on collective investment undertaking (the «Law») and these Management Regulations; (ii) that the value of each Class/Sub-Class of Units is calculated in accordance with the Law and the Management Regulations; (iii) to carry out the instructions of the Management Company, unless they conflict with the Law or the Management Regulations; (iv) that in transactions involving the assets of the Fund, the consideration is remitted to it within the usual time limits; (v) that the income of the Fund is applied in accordance with the Management Regulations.

The Custodian is entitled to such fees as will be determined from time to time between the Management Company and the Custodian.

Art. 4. Investment Objectives and Policies

The objective of the Fund is to give investors access to a worldwide selection of markets through a range of diversified and internationally invested Sub-Funds. The investment policy of each Sub-Fund is determined by the Board of Directors of the Management Company in respect of the political, economic, financial or monetary situation prevailing on the markets where the Sub-Fund may invest.

The Management Company may decide to add further Sub-Funds, to discontinue existing Sub-Funds or to vary the investment objective and policy of existing Sub-Funds, subject to prior notice being given to the Unitholders and subject further to the current Prospectus of the Fund being either amended by way of a prospectus supplement or a revised prospectus being issued.

Art. 5. Investment Powers and Limitations

The following investment restrictions are applicable to the Fund as a whole, and therefore to any existing or upcoming Sub-Fund. The expressions «Eligible state», «Regulated Market» and «Eligible Market» used below means respectively a member state of the OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) and any country in Europe, Africa, Asia, Central America and South America; a regulated market which operates regularly and is recognised and open to the public; and an official stock exchange or Regulated Market in an Eligible State.

(I) (A) The Fund shall invest in:

(1) securities admitted to official listing on a stock exchange in any Member State of the European Union («E.U. Member State»);

(2) securities admitted to official listing on an official stock exchange in any Eligible State;

(3) securities dealt in on another Eligible Market and/or on a Regulated Market of an E.U. Member State;

(4) recently issued securities provided that the terms of the issue undertake that application will be made for admission to the official listing in any of the stock exchanges or Regulated Markets referred to above and that such admission is secured within a year of the issue.

All such securities listed under (I) (A) (1) to (4), above, are referred to as «Eligible Transferable Securities».

(B) In spite of what is provided for under (I) (A), above, the Fund may also invest:

(1) in transferable securities other than Eligible Transferable Securities, or

(2) in debt instruments which are traded regularly and have a remaining maturity in excess of 12 months (which are treated, because of their characteristics, as equivalent to transferable securities and which are, inter alia, transferable, liquid and have a value which can be accurately determined on each Valuation Day).

The total of such debt instruments and of investments other than Eligible Transferable Securities shall, however, not exceed 10% of the net assets attributable to the relevant Sub-Fund.

(II) The Fund may hold ancillary liquid assets. Such assets may be kept in short-term money market instruments regularly negotiated, having a remaining maturity of less than 12 months, and issued or guaranteed by first class issuers.

(III) (A) The Fund will invest no more than 10% of the net assets of any or all Sub-Funds (as appropriate) in transferable securities issued by the same issuing body. Moreover, where the Fund holds, on behalf of a Sub-Fund, investments in transferable securities of any issuing body which individually exceed 5% of the net assets of such Sub-Fund, the total of all such investments must not account for more than 40% of the total net assets of such Sub-Fund.

(B) Notwithstanding what is provided for under (III) (A), above, any Sub-Fund may invest up to 35% of its net assets in transferable securities of the same issuing body if the transferable securities are issued or guaranteed by an E.U. Member State, by its local authorities, by another Eligible State or by public international bodies of which one or more E.U. Member States are members.

These transferable securities are not to be included in the calculation of the limit of 40% stated under (III) (A), above.

(C) The limits stated under (III) (A) and (B), above, may not be aggregated and, accordingly, investments in transferable securities issued by the same issuing body effected in accordance with (III) (A) and (B), above, may not, in any event, exceed a total of 35% of any Sub-Fund's net assets.

(D) Notwithstanding what is provided for under (III) (A) and (B), above, where any Sub-Fund has invested in accordance with the principle of risk spreading in transferable securities issued or guaranteed by an E.U. Member State, by its local authorities, by an OECD Member State or by public international bodies of which one or more E.U. Member States are members, the Management Company is authorised to invest up to 100 % of the Net Assets of such Sub-Fund in such securities, provided that the Sub-Fund holds securities from at least six different issues and securities from one issue do not account for more than 30 % of the Total Net Assets of such Sub-Funds.

(IV) The Fund will not:

(A) own more than 10% of the outstanding securities of any class of any one issuer, provided that such limit shall not apply to the securities referred to under (III) (D), above; or,

(B) acquire shares carrying voting rights which would enable the Management Company to take legal or management control or to exercise significant influence over the management of the issuing body; or,

(C) acquire more than 10% of the shares of the same collective investment undertaking; or,

(D) make investments in any assets involving the assumption of unlimited liability.

(V) The Fund will not invest more than 5% of the net assets attributable to any Sub-Fund in securities of other collective investment undertakings of the open-ended type.

Such investments may be made by the Fund provided that:

(A) such collective investment undertaking of the open-ended type is a UCITS within the meaning of the first and second indents of Article 1 (2) of the E.U. Directive 85/611 of December 20, 1985;

(B) in the case of a UCITS linked to the Fund by common management or control, or by a substantial direct or indirect holding, or managed by a management company linked to the Investment Adviser or, if applicable, the Investment Sub-Adviser appointed by the Management Company, the UCITS must be one that in accordance with its constitutional documents specialises in investments in specific geographical area or economic sector and no fees or costs on account of the transaction relating to the shares or Units in the UCITS may be charged by the Fund.

(VI) The Fund will not:

(A) make investments in, or enter into, transactions involving precious metals, commodities or certificates representing these;

(B) purchase or sell real estate or any option, right interest therein, provided that the Management Company may invest in securities secured by real estate or interests therein, or issued by companies which invest in real estate or interests therein;

(C) purchase any securities on margin (except that the Management Company may obtain such short-term credit as may be necessary for the clearance of purchases and sales of securities) or make short sales of securities or maintain a short position; deposits or other accounts in connection with option, forward or financial futures contracts, are, however, permitted within the limits provided for in the law dated March 30, 1988 relating to undertakings for collective investment;

(D) underwrite or sub-underwrite securities;

(VII) The Fund will not:

(A) make loans to, or act as a guarantor for, other persons, or assume, endorse or otherwise become directly or contingently liable for, or in connection with, any obligation or indebtedness of any person in respect of borrowed monies, provided that for the purpose of this restriction (i) the acquisition of Eligible Transferable Securities in fully or partly paid form, and (ii) the lending of Sub-Fund securities subject to all applicable laws and regulations shall not be deemed to constitute the making of a loan or be prohibited by this paragraph;

(B) borrow for the account of any Sub-Fund, other than amounts which in aggregate do not exceed 10% of the total net assets of that Sub-Fund, taken at market value, and then only from banks as a temporary measure. The Management Company may, however, acquire for any Sub-Fund currency by means of a back-to-back loan. The Management Company will not purchase securities for any Sub-Fund while borrowings are outstanding in relation to it, except to fulfill prior commitments and/or to exercise subscription rights;

(C) mortgage, pledge, hypothecate or in any manner encumber as security for indebtedness, any securities owned or held by the Fund, except as may be necessary in connection with the borrowings permitted under (VII) (B), above, and then such mortgaging, pledging, hypothecating or encumbering may not exceed 10% of the relevant Sub-Fund's total net assets.

The deposit of securities or other assets in a separate account in connection with option or financial futures transactions shall not be considered to be a mortgage, pledge or hypothecation or encumbrance for this purpose.

If any of the above limitations are exceeded for reasons beyond the control of the Fund or as a result of the exercise of subscription rights, the Fund must adopt, as a priority objective, sales transactions for the remedying of that situation, taking due account of the interests of its Unitholders.

The Management Company may, for the account of any Sub-Fund, pursuant to the Law:

- employ techniques and instruments relating to transferable securities provided that such techniques and instruments are used for the purpose of efficient portfolio management;
- employ techniques and instruments intended to provide protection against exchange risks in the context of the management of their assets and liabilities.

The Management Company may impose other investment restrictions at any time in the interest of the Unitholders whenever necessary to comply with the laws and requirements of those countries where the Units of the Fund are offered.

Art. 6. Units

The Management Company may offer in each Sub-Fund different Classes of Units. The differences between the Classes of Units are different minimum initial subscription amounts, and different levels of commissions and corresponding management fees as more fully described in the prospectus. Moreover, some Classes of Units may be reserved to certain specific categories of investors (e.g. institutional investors). The Management Company may furthermore issue Sub-Classes of Units within each Class: Capitalisation Sub-Classes (Sub-Class A) and/or Distribution Sub-Class (Sub-Class B). These Sub-Classes differ by their distribution policy, the Capitalisation Sub-Classes capitalise income, the Distribution Sub-Classes pay dividends.

A Unitholder may, at his own expense, at any time, request the Management Company to convert his Units from one Class/Sub-Class to another Class/Sub-Class based on the relative Net Asset Value of the Units to be converted and provided that the conditions of access to the Class of Units are fulfilled.

In each Class/Sub-Class of Units, Units are issued under the form of registered Units, as non-certificated Units only.

Ownership of Units is evidenced by an entry in the Unit register.

Instead of certificates, Unitholders will receive written confirmations of unitholding. Units of any Sub-Fund entitle the holders thereof to a proportionate entitlement to the assets of such Sub-Fund. Unitholders of any Sub-Fund have equal rights among themselves irrespective of the price of the Units. Units of a Sub-Fund have no preferential or pre-emption rights and are freely transferable, safe as provided in these Management Regulations.

Units of each Class/Sub-Class may be issued in fractions up to four decimals. Rights attached to fractions of Units are exercised in proportion to the fraction of a Unit held except for possible voting rights which can only be exercised for whole Units.

The Management Company may register registered Units of each Class/Sub-Class jointly in the names of not more than four holders should they so require. In such case, rights attaching to such Units may be exercised by any of those parties in whose names they are registered unless they appoint one or more persons specifically to do so.

Art. 7. Issue of Units

Each Class/Sub-Class of Units for each Sub-Fund shall be allotted and issued by the Management Company at any time at the relevant price per Unit which is based on the relevant net asset value determined according to article 13 without reserving preferential subscription rights to existing Unitholders. Units in each Class/Sub-Class will be immediately registered upon payment of the issue price to the Custodian within such period as determined by the Management Company. During an initial offer period, Units in each Class/Sub-Class of the Sub-Fund concerned will be allotted at the relevant initial price. Units in each Class/Sub-Class shall be issued by the Management Company denominated in the relevant currency of the Sub-Fund («reference currency»).

The Management Company may appoint a third party as agent for the sale of Units, and likewise may entrust a third party with the exclusive sale thereof.

The Management Company shall observe the laws and requirements of the countries in which Units of each Class/Sub-Class are offered. To comply with such requirements the Management Company may impose additional conditions on the distribution of Units of each Class/Sub-Class outside Luxembourg which may be reflected in the offering documentation in those countries. The Management Company may, at any time and at its own discretion, suspend or limit the issue of Units in each Class/Sub-Class for a particular period or indefinitely for individuals or corporate bodies in particular countries or areas. The Management Company may exclude certain individuals or corporate bodies from the purchase of Units of whatever Class/Sub-Class when such a measure is necessary to protect the Unitholders and the Fund in its entirety.

Moreover, the Management Company may refuse subscription orders at its own discretion and at any time redeem Units in each Class/Sub-Class held by Unitholders prohibited from acquiring or holding such Units.

The allotment of each Class/Sub-Class of Units is conditional upon receipt by the Custodian of the full settlement amount no later than three business days after the Valuation Day (being a day on which banks are open for business in Luxembourg). If timely settlement is not made, the application may lapse and be cancelled. Written confirmations of unitholding shall be delivered by the Management Company, or by the appointed agent(s) to the Fund provided payment has been received by the Custodian. Payment must be made in such currencies as determined from time to time by the Management Company. However, any investor may contact the Custodian in case such investor wishes to subscribe in other currencies than those determined by the Management Company.

Each Class/Sub-Class of Units are offered for sale on each Valuation Day, except in case of suspension of the net asset value determination and of the issue of a Class/ Sub-Class of Units as under Article 14 hereafter. Applications for each Class/Sub-Class of Units shall be irrevocable after they have been made to the Fund, and may be withdrawn only if there is a suspension of the net asset value determination or if the Management Company has delayed or rejected their acceptance.

The Management Company may accept securities as payment for each Class/Sub-Class of Units provided that the securities meet the investment policy criteria of the Sub-Fund concerned. In such case, a report of the Fund's auditor shall be necessary to value the contribution in kind. The expenses in connection with the establishment of such report shall be borne by the subscriber which has chosen this method of payment or, if so agreed, by the Management Company.

Art. 8. Issue Price

The issue price of the Units in each Class/Sub-Class includes the applicable net asset value per Unit to be calculated in accordance with Article 13 hereafter and may include a subscription fee not exceeding 5 per cent of the net asset value in favour of party acting in connection with the sale of the Units.

Art. 9. Redemption of Units

Unitholders may request the redemption of their Units in each Class/Sub-Class at any time. To do so, they must send an irrevocable request in writing for redemption upon the procedure determined by the Management Company. The Management Company may determine conditions and terms upon which redemption request is executed on the relevant Valuation Day. Redemption will be made at the applicable net asset value to be calculated in accordance with the terms of Article 13 hereafter.

Redemption will be effected in the reference currency of the Sub-Fund but investors may indicate the currency in which they wish to receive their redemption proceeds.

A redemption fee of maximum 0.5% in favour of the Management Company may apply.

Redemption proceeds will be despatched by the Custodian, no later than five bank business days after the relevant Valuation Day.

Confirmation of the execution of a redemption will be made by the despatch to the Unitholder of a contract note.

The Management Company shall ensure that the Sub-Fund maintains an appropriate level of liquidity, so that under normal circumstances redemption of the Units of any Class/Sub-Class of the Sub-Fund may be made without undue delay after request by Unitholders.

The Management Company may fix a minimum holding for each Unitholder and may decide that if, as a result of a redemption, the holding of Units in whatever Class/Sub-Class becomes less than the aforesaid minimum, such Unitholder is deemed to have requested redemption of this total holding.

The Custodian must make payment only if no statutory provisions, such as exchange control regulations or other circumstances outside the control of the Custodian, prohibit the transfer of payment of the redemption price to the country from which reimbursement application was made.

If there are substantial redemption requests which cannot be met out of the liquid assets and permissible borrowings by the Sub-Fund, the Management Company may determine the net asset value on the basis of the prices prevailing on the Valuation Day on which it sold securities in order to meet the redemption requests in the relevant Sub-Fund.

The Management Company shall not on any Valuation Day or in any period of seven consecutive Valuation Days, be bound to redeem (or consequently effects a conversion of) more than 10 per cent of the number of Units in a Class/ Sub-Class relating to any Sub-Fund then in issue. If on any Valuation Day, or in any period of seven consecutive Valuation Days, the Management Company receives request for redemptions of a greater number of Units in a Class/Sub-Class, it may declare that such redemptions are deferred until a Valuation Day not more than seven Valuation Days following such time. On such Valuation Day, such requests for redemptions will be complied with, with priority over later requests.

The Management Company may decide to proceed to the compulsory redemption of all Units outstanding in each Class/Sub-Class of a specific Sub-Fund and to close such Sub-Fund. Such closing may arise in case the net assets of one

Sub-Fund fall below a determined amount or in any event the Management Company thinks it necessary for the interest of the Sub-Fund.

The Management Company may, in its discretion, satisfy redemption requests for any Class/Sub-Class of Units of any Sub-Fund in excess of an amount as designated by the Management Company from time to time, and disclosed to the Unitholders with adequate prior notice, by payment in kind by allocating to the Unitholder assets out of the Sub-Fund, equal in value, calculated in accordance with the provisions of the Management Regulations and of the prospectus as at the Valuation Day by reference to which the redemption price of the Units is calculated, to the aggregate Net Asset Value of the Units being redeemed. The nature and type of assets to be transferred in any such case shall be determined by the Management Company, on a fair and equitable basis as confirmed by the auditor of the Fund. The fiscal, redemption and other costs of any such transfers shall be borne by the Unitholder benefitting from the redemption in kind. Redemptions in kind shall only be realized if the Unitholder agrees therewith and under the condition that such redemption in kind does not affect the equal treatment of the Unitholders and that no Unitholder is suffering any damage resulting therefrom.

Art. 10. Conversion of Units

Unitholders are entitled to request conversion of the whole or part of their Units of any Class/Sub-Class of any Sub-Fund into Units of the same or another Class/Sub-Class relating to the same or another Sub-Fund, provided that the conditions of access which apply to the said Classes are fulfilled, by sending a notice to the Management Company. All orders reaching the Management Company on the business day preceding the Valuation Day will be carried out on this Valuation Day.

The basis for conversion will relate to the respective net asset value per Unit of the relevant Class/Sub-Class of the relevant Sub-Funds in accordance with the formula set out in the Fund's current prospectus.

Requests for conversion, once made, may not be withdrawn except in the event of a suspension or deferral of the rights to redeem Units of the Class/Sub-Class of the Sub-Fund(s) from which the conversion is to be made.

A conversion fee of maximum 1% of the net asset value may apply.

The proceeds of Units which are being converted will be reinvested in Units relating to the Sub-Funds into which conversion is made.

Art. 11. Valuation Day and Dealing Times

The net asset value per Unit in each Class/Sub-Class and the price for the issue and redemption of Units in each Class/Sub-Class shall be calculated from time to time by the Management Company (or any agent appointed thereto by the Management Company) at least twice a month at a frequency determined by the Board, such date or time of calculation being referred to herein as the «Valuation Day».

Instructions may be given to the Management Company for the purchase, conversion or redemption of Units of whatever Class/Sub-Class on any bank business day in Luxembourg. However, the Management Company reserves the right to defer all dealings resulting from instructions received after a certain hour such as determined from time to time by the Management Company until the following Valuation Day.

Dealing instructions received by telephone, fax or telex on a day preceding any Valuation Day on which the valuation of Units of the relevant Sub-Fund is suspended will lapse unless the Management Company is specifically advised to hold the orders over until the valuation is no longer suspended.

Dealing orders received by post on a day preceding a Valuation Day on which the valuation of Units of the relevant Sub-Fund is suspended will, in any event, be held over until the valuation is no longer suspended.

Art. 12. Sub-Funds

A. The Management Company shall establish a portfolio of assets for each Sub-Fund in the following manner:

(i) the proceeds from the allotment and issue of Units of each Class/Sub-Class of each Sub-Fund shall be applied in the books of the Fund to the Sub-Fund established for that class of Units, and the assets and liabilities and income and expenditure attributable thereto shall be applied to such Sub-Fund, subject to the provisions of the Management Regulations;

(ii) where any asset is derived from another asset, such derivative asset shall be applied in the books of the Fund to the same Sub-Fund as the assets from which it was derived and on each valuation of an asset, the increase or diminution in value shall be applied to the relevant Sub-Fund;

(iii) where the Fund incurs a liability which relates to any asset of a particular Sub-Fund or to any action taken in connection with an asset of a particular Sub-Fund, such liability shall be allocated to the relevant Sub-Fund;

(iv) in the case where any asset or liability of the Fund cannot be considered as being attributable to a particular Sub-Fund, such asset or liability shall be allocated by the Management Company, after consultation with the auditors, in a way considered to be fair and reasonable having regard to all relevant circumstances; provided that all liabilities, whatever Sub-Fund they are attributable to, shall, unless otherwise agreed upon with the creditors, be binding upon the Fund as a whole;

B. For the purpose of valuation:

(i) Units of each Class/Sub-Class of the relevant Sub-Fund in respect of which the Management Company has issued a redemption notice or in respect of which a redemption request has been received, shall not be treated as existing and taken into account until immediately after the close of business on the relevant Valuation Day, and from such time and until paid, the redemption price therefor shall be deemed to be a liability of the Fund;

(ii) all investments, cash balances and other assets of any Sub-Fund expressed in currencies other than the reference currency of the relevant Sub-Fund shall be valued after taking into account the market rate or rates of exchange in force at the date and time for determination of the net asset value of each Class/Sub-Class of Units;

(iii) effect shall be given on any Valuation Day to any purchases or sales of securities contracted for by the Fund on such Valuation Day, to the extent practicable, and

(iv) where the Management Company is of the view that any conversion or redemption which is to be effected will have the result of requiring significant sales of assets in order to provide the required liquidity, the value may, at the discretion of the Management Company, be effected at the actual bid prices of the underlying assets and not the last available prices.

Similarly, should any purchase or conversion of Units in each Class/Sub-Class result in a significant purchase of assets in a Sub-Fund, the valuation may be done at the actual offer price of the underlying assets and not the last available price.

Art. 13. Net Asset Value Determination

The reporting currency of the Fund is U.S. Dollars («USD»). However, the financial statements of the Fund will be prepared in relation to each Sub-Fund in the reference currency of such Sub-Fund.

The net asset value of each Class/Sub-Class of Units of each Sub-Fund will be expressed in the reference currency of the Sub-Fund concerned and shall be determined on each Valuation Day by aggregating the value of securities and other assets of the Fund allocated to that Sub-Fund. The Management Company may operate equalisation arrangements.

(1) The assets of the Fund attributable to the Sub-Fund(s) shall be deemed to include:

- (i) all cash in hand or receivable or on deposit including accrued interest;
- (ii) all bills and notes payable on demand and any amounts due (including the proceeds of securities sold but not yet collected);
- (iii) all securities, shares, bonds, debentures, options or subscription rights and any other investments and securities;
- (iv) all dividends and distributions due in cash or in kind to the extent known to the Management Company, provided that the Management Company may adjust the valuation for fluctuations in the market value of securities due to trading practices such as trading ex-dividend or ex-rights;
- (v) all accrued interest on any interest bearing securities held except to the extent that such interest is comprised in the principal thereof;
- (vi) the preliminary expenses insofar as the same have not been written off; and
- (vii) all other permitted assets of any kind and nature including prepaid expenses.

(2) The value of the assets shall be determined as follows:

- (i) the value of any cash in hand or on deposit, discount notes, bills and demand notes and accounts receivable, prepaid expenses, cash dividends and interest declared or accrued as aforesaid and not yet received, shall be deemed to be the full amount thereof, unless in any case the same is unlikely to be paid or received in full, in which case the value thereof shall be arrived at after making such discount as the Management Company may consider appropriate in such case to reflect the true value thereof;
- (ii) the value of the Sub-Fund securities which are listed on an official stock exchange or traded on any other organised market will be valued at the last available price on the principal market on which such securities are traded, as furnished by a pricing service approved by the Management Company; if such prices are not representative of the fair value, such securities as well as all other permitted assets, including securities which are not listed on a stock exchange or traded on a regulated market, will be valued at a fair value at which it is expected that they may be resold, as determined in good faith by and under the direction of the Management Company;

(iii) the values expressed in a currency other than the reference currency of a Sub-Fund will be converted at the latest median foreign exchange rate ruling on the Valuation Day.

(3) The liabilities of the Fund attributable to the Sub-Fund(s) shall be deemed to include:

- (i) all borrowings, bills and other amounts due;
- (ii) all administrative expenses due or accrued including the costs of its constitution and registration with regulatory authorities, as well as legal, audit, management, custodial, paying agency and corporate and central administration agency fees and expenses, the costs of legal publications, prospectuses, financial reports and other documents made available to Unitholders, translation expenses and generally any other expenses arising from the administration of the Fund;
- (iii) all known liabilities, due or not yet due including all matured contractual obligations for payments of money or property, including the amount of all dividends declared by the Sub-Fund for which no coupons have been presented and which therefore remain unpaid until the day these dividends revert to the Sub-Fund by prescription;
- (iv) an appropriate amount set aside for taxes due on the date of the valuation and any other provisions or reserves authorised and approved by the Management Company; and
- (v) any other liabilities of the Fund of whatever kind towards third parties.

For the purposes of valuation of its liabilities, the Management Company may duly take into account all administrative and other expenses of regular or periodical character by valuing them for the entire year or any other period and by dividing the amount concerned proportionately for the relevant fractions of such period.

In extraordinary circumstances which make valuation in accordance with the above criteria either impossible or incorrect or inaccurate, the Management Company is empowered to use other valuation principles which can be verified by auditors and are applied on a best endeavour basis, in order to achieve a professional and accurate valuation of the assets of the Fund. In these circumstances the same method of calculation will be used for subscription, redemption or conversion requests submitted on one and the same day.

If, since the close of business of the relevant date, there has been a material change in the quotations on the markets on which a substantial portion of the investments of the Fund attributable to a particular Sub-Fund are dealt in or quoted, the Management Company may, in order to safeguard the interests of the Unitholders and of the Fund, cancel the first valuation and carry out a second valuation. All subscription, redemption, and conversion applications will be processed at the price of this second valuation.

Art. 14. Suspension of the Calculation of the Net Asset Value, the Issue, Conversion and Redemption of Units

The Management Company may temporarily suspend the determination of the net asset value of any Sub-Fund and the issue, redemption and conversion of each Class/Sub-Class of Units relating to all or any of the Sub-Funds:

A. during any period when any market or stock exchange, which is the principal market or stock exchange on which a material part of the Fund's investments of the relevant Sub-Fund for the time being are quoted, is closed (otherwise than for ordinary holidays) or during which dealings are suspended; or

B. during the existence of any state of affairs which in the opinion of the Management Company constitutes a breach of the Unitholders interests or an emergency, as a result of which disposals or valuation of assets attributable to investments of the relevant Sub-Fund is impractical; or

C. during any breakdown in, or restriction in the use of, the means of communication normally employed in determining the prices of any of the investments attributable to such Sub-Fund or the current prices or values on any market or stock exchange, or

D. during any period when remittance of monies which will or may be involved in the realisation of, or in the payment for, any of the Fund's investments is not possible.

The Management Company shall suspend the issue and redemption of Units in each Class/Sub-Class forthwith upon the occurrence of an event causing it to enter into liquidation or upon the order of the Luxembourg supervisory authority.

Unitholders having requested conversion or redemption of their Units in each Class/Sub-Class shall be notified of any such suspension within seven days of their request and will be promptly notified of the determination of such suspension.

The suspension of any Sub-Fund will have no effect on the calculation of the net asset value and the issue, redemption and conversion of the Units of each Class/Sub-Class of any other Sub-Fund.

Art. 15. Charges of the Fund

The following costs are borne directly by the Fund:

- (i) the management fee, calculated and accrued on each Valuation Day;
- (ii) standard brokerage and bank charges incurred by the Fund's transactions;
- (iii) any additional non-recurrent fees, including legal advice, incurred for exceptional steps taken in the interest of the Unitholders may be amortised over a period of 5 years;
- (iv) the Luxembourg tax of 0.06% per annum, payable quarterly on the Fund's assets;
- (v) other operating expenses incurred in the Fund's operations by the Management Company or the Custodian, including V.A.T. wherever applicable for the Fund and the preparing and printing of semi-annual and annual reports, in general, the costs of any steps taken in the interest of the Unitholders.

The expenses of establishing the Fund are amortised over a period of 5 years.

When the Fund incurs any of the above-mentioned expenses which relate to any particular Sub-Fund or to any action taken in connection with a particular Sub-Fund, such expenses shall be allocated to the relevant Sub-Fund.

In the case where any of the above-mentioned expenses of the Fund cannot be considered as being attributable to a particular Sub-Fund, such expenses shall be allocated to all the Sub-Funds pro rata based on the number of Sub-Funds or on the net assets of such Sub-Funds, respectively if the amounts concerned so require.

As an exception to the above, the Management Company may decide to take in charge part or all of the expenses to be borne by the Fund. In such case, expenses so taken in charge by the Management Company will be mentioned in the prospectus of the Fund.

Art. 16. Accounting Year and Audit

The Management Company shall maintain and supervise the records and books of accounts of the Fund. The fiscal year and the books of the Fund will close each year on 31st December.

The accounts and assets of the Management Company and of the Fund will be audited in respect of each fiscal year by an auditor who shall be appointed by the Management Company and who will qualify as an independent public accountant in Luxembourg and act independently. Within four months after the end of each fiscal year, the Management Company shall have prepared and included as part of the annual report of the Fund the audited annual accounts of the Fund and the results of operations for each Sub-Fund.

Art. 17. Distribution Policy

Distributions other than annual distribution may be decided by the Management Company.

No distributions may be made as a result of which the total net assets of the Fund would become less than the equivalent of 50,000,000.- LUF.

Sub-Class A Units (Capitalization Units) do not give the right to dividends.

Sub-Class B Units (Distribution Units) give the right to dividends payment.

Art. 18. Amendment of the Management Regulations

The Management Company may, with the approval of the Custodian, amend these Management Regulations in whole or in part at any time.

Amendments will become effective five days after their publication in the Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations of Luxembourg.

Art. 19. Publications

The price of the Units of each Class/Sub-Class of each Sub-Fund on each Valuation Day will be available in Luxembourg at the registered office of the Management Company and of the Custodian.

In addition, the price of each Class/Sub-Class of Units of each Sub-Fund may be published in various local and international newspapers as deemed appropriate by the Management Company.

The audited annual report and unaudited semi-annual report of the Fund are made available to the Unitholders at the registered office of the Management Company and further as deemed appropriate by the Management Company.

Any amendments to these Management Regulations, including the dissolution of the Fund, will be published in the *Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations* of Luxembourg.

The amendments and any notices to Unitholders may also be published, as the Management Company may decide, in newspapers of countries where the Units of the Fund are offered or sold.

Art. 20. Duration of Fund, Dissolution, Liquidation and Merger

Duration, Dissolution and Liquidation of the Fund

The Fund is established for an unlimited period. It may, without prejudice to the interests of the Unitholders, be dissolved at any time by decision of the Management Company by mutual agreement with the Custodian, subject to a three months' previous notice.

According to article 21 of the Law, the Fund must be dissolved in the following cases:

(i) in the event of cessation of the duties of the Management Company or of the duties of the Custodian, if they have not been replaced within two months in accordance with the provisions of article 2 and article 3 of the present Management Regulations;

(ii) in the event of bankruptcy of the Management Company;

(iii) if the net assets of the Fund have fallen for a continuous period of six months below the equivalent in USD of one fourth of 50,000,000.- Luxembourg francs («LUF»).

Notice of the event giving rise to liquidation shall be published without delay in the *Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations* of Luxembourg, and in at least three newspapers of adequate circulation of which at least one must be a Luxembourgish newspaper, to be determined jointly by the Management Company and the Custodian.

The Management Company shall liquidate the assets of the Fund in the best interest of Unitholders and shall give instructions to the Custodian to distribute the net liquidation proceeds, after deduction of liquidation expenses, amongst Unitholders, in proportion to their rights and to credit their accounts of the amounts so determined. The monies and the securities attributable to each Class/Sub-Class of Units, the holders of which have not presented themselves at the closing of the liquidation procedures, shall be deposited with the «Caisse des Consignations» to the order of whom they shall appertain.

As soon as an event giving rise to liquidation of the Fund occurs, the issue and repurchase of Units in each Class/Sub-Class shall be prohibited, on pain of nullity.

The liquidation or the partition of the Fund may not be requested by a Unitholder, nor by his heirs or beneficiaries.

The liquidation of the Fund or discontinuation of any Sub-Fund will be notified to the Unitholders by appropriate means (teletype, telex or mail).

Dissolution and Liquidation of Sub-Funds

The Management Company may decide to proceed to the compulsory redemption of all Units in each Class/Sub-Class outstanding of a specific Sub-Fund or to liquidate such Sub-Fund.

Such decision may arise in case the net assets of one Sub-Fund fall below USD 2,5 million or in any event the Management Company thinks it necessary for the interest of the Sub-Fund.

In such case, the Management Company shall, upon prior notice to Unitholders, carry out the redemptions process or liquidate and distribute the net liquidation proceeds, after deduction of closing and liquidation expenses, amongst Unitholders, in proportion to their rights and to credit their account of the amounts so determined.

Merger of Sub-Funds

The Management Company may, with the Custodian's agreement, decide to operate the merger from one Sub-Fund into another Sub-Fund or into a sub-fund of a Luxembourg fund or into another Luxembourg undertaking for collective investment in transferable securities. Such merger may arise in case the net assets of one Sub-Fund fall below USD 2,5 million or in any event the Management Company thinks it necessary for the best interest of the Unitholders. In case of merger, the decision must be brought to the attention of the Unitholders (by teletype, telex or mail).

Notification shall (i) provide for the condition of the merger (either redemption of the Units concerned or allocation of Units of the other Sub-Fund) and (ii) indicate the date of implementation of the merger, which date shall not be sooner than one month after the notification.

The merger conditions must be approved by an auditor.

Art. 21. Statute of Limitation

Claims of the Unitholders against the Management Company or the Custodian will lapse five years after the date of the event which gave rise to such claims, except with respect to the proceeds of liquidation.

Art. 22. Applicable Law, Jurisdiction and Governing Language

These Management Regulations are governed by and shall be construed in accordance with the laws of the Grand Duchy of Luxembourg.

Any legal disputes arising among or between the Unitholders, the Management Company and the Custodian or any of them, shall be subject to the jurisdiction of the district Court in Luxembourg, Grand Duchy of Luxembourg, provided that the Management Company and the Custodian may agree to or elect to submit themselves and the Fund to the jurisdiction of the competent courts of the country or countries in which Units of whatever Class/Sub-Class are offered and sold, with respect to claims made by investors resident in such country or countries and with respect to matters relating to the subscription, conversion and redemption of such Units by investors or Unitholders resident in or evidently solicited from such country or countries, to the law of such countries.

English shall be the governing language for these Management Regulations. Furthermore the Management Company and the Custodian may, on their behalf and on behalf of the Fund, by agreement in writing, designate as a governing language a translation of these Management Regulations into any language of a country in which the Units of whatever Class/Sub-Class are offered or sold, with respect to such Units offered or sold to investors or Unitholders resident in or evidently solicited from such country.

Art. 23. Responsibility of the Management Company and of the Custodian

The Management Company and the Custodian shall be responsible in accordance with Articles 14 and 18 of the law of 30th March 1988 respectively.

These Management Regulations will come into force on May 10, 2000.

Luxembourg, April 10, 2000.

CARNEGIE FUND
MANAGEMENT COMPANY S.A.
Signature

BANQUE CARNEGIE LUXEMBOURG S.A.
Signature

Pour copie conforme
Signature

Enregistré à Luxembourg, le 12 avril 2000, vol. 535, fol. 72, case 4. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(20868/275/581) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 14 avril 2000.

SUNIN, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-2763 Luxembourg, 38-40, rue Sainte Zithe.
R. C. Luxembourg B 72.119.

L'an mil neuf cent quatre-vingt-dix-neuf, le vingt décembre.

Par-devant Maître Jean-Joseph Wagner, notaire de résidence à Sanem (Grand-Duché de Luxembourg), soussigné.

A comparu:

La société ALUKI A.E.C., une société de droit de Aruba, dont le siège social est à Newtonstraat 4, Oranjestad, Aruba, enregistrée au registre des sociétés sous le numéro 12.825,

ici représentée par Monsieur Eric Fort, licencié en droit, demeurant à Luxembourg, en vertu d'une procuration donnée à Barcelone (Espagne), le 17 décembre 1999.

Ladite procuration signée ne varietur par le comparant et par le notaire soussigné restera annexée au présent acte pour être soumise avec lui aux formalités de l'enregistrement.

Lequel comparant est le seul associé de la société à responsabilité limitée SUNIN, S.à r.l., ayant son siège social aux 38-40, rue Sainte Zithe, L-2763 Luxembourg, inscrite au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, sous le numéro B 72.119, constituée suivant acte reçu par le notaire soussigné en date du 8 octobre 1999, non encore publié au Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations.

Le comparant agissant en sa susdite qualité, et représentant comme seul associé, l'intégralité du capital social, l'assemblée générale de l'associé unique est régulièrement constituée et peut délibérer valablement, sur les points portés à l'ordre du jour.

Ordre du jour:

1. - Augmentation du capital social jusqu'à vingt-huit millions neuf cent mille francs luxembourgeois (28.900.000,- LUF) par l'émission de deux mille huit cent quarante (2.840) parts ayant une valeur nominale de dix mille francs luxembourgeois (10.000,- LUF).

2. - Modification subséquente de l'article 5 des statuts.

3. - Divers.

L'Assemblée Générale de l'associé unique, après avoir délibéré, prend à l'unanimité des voix les résolutions suivantes:

Première résolution

L'assemblée décide d'augmenter le capital social à concurrence de vingt-huit millions quatre cent mille francs luxembourgeois (LUF 28.400.000,-) pour le porter de son montant actuel de cinq cent mille francs luxembourgeois (LUF 500.000,-) à celui de vingt-huit millions neuf cent mille francs luxembourgeois (LUF 28.900.000,-) par l'émission de deux mille huit cent quarante (2.840) parts sociales ayant une valeur nominale de dix mille francs luxembourgeois (LUF 10.000,-) chacune.

Les deux mille huit cent quarante (2.840) nouvelles parts sont souscrites par la société ALUKI A.E.C., ci-avant définie pour un prix total de soixante dix-huit millions quatre cent quatre mille sept cent dix francs luxembourgeois (LUF 78.404.710,-).

Les parts ainsi souscrites ont été intégralement libérées par apport en nature représenté par dix-huit mille cinquante-quatre (18.054) actions ordinaires de la société SUNINVEST B.V., une société de droit Néerlandais, enregistrée sous le numéro 27231128 dont le siège social est à Martinus Nijhofflaan, 2, NL 2624 ES Delft, Pays-Bas, ayant globalement une valeur de sept cent six mille dollars des Etats-Unis (USD 706.000,-).

La valeur totale de cet apport en nature, sept cent six mille dollars des Etats-Unis (USD 706.000,-), équivaut, par application du taux de conversion 1 USD = 40,23 LUF, à vingt-huit millions quatre cent quatre mille francs luxembourgeois (LUF 28.404.000,-).

La preuve de l'existence et de la valeur de ces actions ces actions a été apportée au notaire soussigné.

L'apport de vingt-huit millions quatre cent quatre mille francs luxembourgeois (LUF 28.404.000,-) correspond à dix mille francs luxembourgeois (LUF 10.000,-) par part, soit un montant global de vingt-huit millions quatre cent mille francs luxembourgeois (LUF 28.400.000,-) pour le capital et un montant de quatre mille francs luxembourgeois (LUF 4.000,-) pour la réserve.

Cet apport se trouve à la disposition de la société ainsi qu'il en est justifié au notaire soussigné.

Après l'apport en nature des actions de la société SUNINVEST B.V., SUNIN, S.à r.l. détient une participation dans cette société de 100 % du capital social.

Dès lors, toutes les conditions prescrites par l'article 4-2 de la loi du 29 décembre 1971, telles que modifiée, sont remplies pour que l'apport soit exonéré du droit d'apport.

Deuxième résolution

Suite à la modification de capital décidée par la présente assemblée, du premier paragraphe de l'article 5 des statuts aura désormais la teneur suivante:

«**Art. 5.** Le capital social est fixé à vingt-huit millions neuf cent mille francs luxembourgeois (LUF 28.900.000,-), représenté par deux mille huit cent quatre-vingt-dix (2.890) parts sociales d'une valeur nominale de dix mille francs luxembourgeois (LUF 10.000,-) chacune.

Chaque part sociale donne droit à une fraction des avoirs et bénéfices de la société en proportion directe au nombre des parts sociales existantes.»

Frais et dépenses

Les frais, dépenses, rémunérations ou charges sous quelque forme que ce soit, incombant à la société et mis à sa charge en raison des présentes, sont estimés à soixante-dix mille francs luxembourgeois.

Plus rien n'étant à l'ordre du jour, la séance est levée.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête.

Et après lecture faite et interprétation donnée au comparant, connu du notaire instrumentant par ses nom, prénom usuel, état et demeure, il a signé avec le notaire le présent acte.

Signé E. Fort, J.-J. Wagner.

Enregistré à Esch-sur-Alzette, le 28 décembre 1999, vol. 847, fol. 19, case 8. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): Ries.

Pour expédition conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Belvaux, le 4 février 2000.

J.-J. Wagner.

(10147/239/78) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 14 février 2000.

SUNIN, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-2763 Luxembourg, 38-40, rue Sainte Zithe.

R. C. Luxembourg B 72.119.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 14 février 2000.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Belvaux, le 24 janvier 2000.

J.-J. Wagner.

(10148/239/8) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 14 février 2000.

SCANDI FINANCE HOLDING S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1537 Luxembourg, 3, rue des Foyers.

R. C. Luxembourg B 49.587.

Le bilan au 31 décembre 1997, enregistré à Luxembourg, le 3 février 2000, vol. 533, fol. 36, case 4, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 14 février 2000.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 11 février 2000.

FIDUCIAIRE BECKER ET CAHEN

Signature

(10128/502/10) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 14 février 2000.

SCANDI FINANCE HOLDING S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1537 Luxembourg, 3, rue des Foyers.

R. C. Luxembourg B 49.587.

Le bilan au 31 décembre 1998, enregistré à Luxembourg, le 3 février 2000, vol. 533, fol. 36, case 4, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 14 février 2000.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 11 février 2000.

FIDUCIAIRE BECKER ET CAHEN

Signature

(10129/502/10) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 14 février 2000.

ACE FASHION S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1370 Luxembourg, 16, Val Ste Croix.
R. C. Luxembourg B 50.182.

Le bilan au 31 décembre 1998, enregistré à Luxembourg, le 4 février 2000, vol. 533, fol. 38, case 7, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 février 2000.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 15 février 2000.

Signature.

(10213/609/9) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 février 2000.

CORDIUS ALLOCATION S.A., SICAV de droit belge - O.P.C.V.M.

Siège social: B-1000 Bruxelles, 6, avenue Livingstone.
R. C. Bruxelles B 543.236.

Les actionnaires sont invités à

l'ASSEMBLEE GENERALE EXTRAORDINAIRE

qui se tiendra le mercredi *10 mai 2000* à 15.00 heures au siège social de la société à 1000 Bruxelles, avenue Livingstone, 6 (1^{er} étage), afin de délibérer et de voter; à l'ordre du jour les points suivants:

Ordre du jour:

1. Absorption par les compartiments «Cash Short», «Cash Plan» et «Cash Plus» par acceptation de l'apport des branches d'activités respectives constituées de tous les éléments actifs et passifs des compartiments «BACOB Cash Short», «BACOB Cash Plan» et «BACOB Cash Plus II», créés au sein de BACOB Investments SA., Sicav selon la deuxième catégorie, dont le siège social se situe à 1040 Bruxelles, Rue de Trèves, 25.
 - 1.1. Documents et rapports: examen des documents ci-après mentionnés, en ce qui concerne les rapports 1.1.2 à 1.1.5 seulement si nécessaire:
 - 1.1.1. la proposition d'apport établie par les Conseils d'Administration de BACOB Investments S.A. et de Cordius Allocation S.A. et déposée au greffe du Tribunal de Commerce, conformément à l'article 174/56 des lois coordonnées sur les sociétés commerciales;
 - 1.1.2. le rapport du Conseil d'Administration de BACOB Investments S.A. portant sur l'apport des branches d'activités concernées, conformément à l'article 174/58 des lois coordonnées sur les sociétés commerciales;
 - 1.1.3. le rapport du Conseil d'Administration de Cordius Allocation SA. portant sur l'apport des branches d'activités concernées, conformément à l'article 174/58 des lois coordonnées sur les sociétés commerciales;
 - 1.1.4. le rapport du Conseil d'Administration de Cordius Allocation S.A. portant sur l'apport en nature à l'apport des branches d'activités concernées, par analogie aux articles 29 bis et/ou 34 des lois coordonnées sur les sociétés commerciales;
 - 1.1.5. le rapport du Commissaire-Réviseur de Cordius Allocation S.A. portant sur l'apport en nature à l'apport des branches d'activités concernées, par analogie aux articles 29 bis et/ou 34 des lois coordonnées sur les sociétés commerciales.
 - 1.2. Proposition d'apport des branches d'activités respectives constituées de tous les éléments actifs et passifs des compartiments «BACOB Cash Short», «BACOB Cash Plan» et «BACOB Cash Plus II», créés au sein de BACOB Investments S.A., et absorption par les compartiments «Cash Short», «Cash Plan» et «Cash Plus» créés au sein de Cordius Allocation S.A., conformément à l'article 174/54 des lois coordonnées sur les sociétés commerciales, selon les conditions et modalités décrites dans la proposition d'apport. Le transfert de chaque compartiment sera fait sur la base d'une situation active et passive établie par compartiment et arrêtée à la date du 15 mars 2000. Toutes les opérations faites à partir du 16 mars 2000 par la société apporteuse pour le compte d'un des compartiments sont censées avoir été réalisées au profit et aux risques du compartiment correspondant de la société Cordius Allocation S.A. qui reçoit l'apport, à charge pour celui-ci de supporter tout le passif du compartiment apporté, d'exécuter tous les engagements et toutes les obligations de ce compartiment, de garantir la société apporteuse contre toute action du chef desdits engagements et obligations et de supporter tous les frais, droits, impôts et charges devant résulter de l'apport des éléments dudit compartiment:

proposition de résolution: approbation de la proposition d'apport de tous les éléments actifs et passifs des branches d'activités respectives des compartiments «BACOB Cash Short» «BACOB Cash Plan» et «BACOB Cash Plus II» et résolution d'absorption de ces branches d'activités par les compartiments «Cash Short», «Cash Plan» et «Cash Plus» créés au sein de Cordius Allocation SA., conformément à l'article 174/54 des lois coordonnées sur les sociétés commerciales, selon les conditions et modalités décrites dans la proposition d'apport. Le transfert de chaque compartiment sera fait sur base d'une situation active et passive établie par compartiment et arrêtée à la date du 15 mars 2000. Toutes les opérations faites à partir du 16 mars 2000 par la société apporteuse pour le compte d'un des compartiments sont censées avoir été réalisées au profit et aux risques du compartiment correspondant de la société Cordius Allocation S.A. qui reçoit l'apport, à charge pour celui-ci de supporter tout le passif du compartiment apporté, d'exécuter tous les engagements et toutes les obligations de ce compartiment, de garantir la société apporteuse contre toute action du chef desdits engagements et obligations et de supporter tous les frais, droits, impôts et charges devant résulter de l'apport des éléments dudit compartiment.

- 1.3. Constitution de la réalisation de l'apport, émission d'actions par les compartiments «Cash Short» «Cash Plan» et «Cash Plus» en échange des apports et impacts sur le capital:
- 1.3.1. émission de nouvelles actions:
proposition de résolution: décision d'émission, en échange de l'apport de tous les éléments actifs et passifs des branches d'activités concernées, de nouvelles actions aux compartiments «Cash Short», «Cash Plan» et «Cash Plus», présentant les mêmes caractéristiques et la même valeur que les actions des compartiments venant de BACOB Investments S.A., dans une proposition telle que, pour chacun des compartiments venant de BABOB Investments S.A., en rémunération de leur apport respectif, des actions soient octroyées, en nombre équivalent au nombre d'actions qui représentaient le capital de l'ancien compartiment concerné;
- 1.3.2. constatation de la réalisation de l'apport:
proposition de résolution: constatation de la réalisation de l'apport des branches d'activités respectives constituées de tous les éléments actifs et passifs des compartiments «BACOB Cash Short», «BACOB Cash Plan» et «BACOB Cash Plus II», créés au sein de BACOB Investments S.A., aux compartiments «Cash Short», «Cash Plan» et «Cash Plus» et du transfert de plein droit des éléments actifs et passifs de ces compartiments apportés, conformément à l'article 174/55 des lois coordonnées sur les sociétés commerciales, moyennant l'attribution des actions mentionnées au point 1.3.1;
- 1.3.3. capital:
proposition de résolution: constatation qu'à la suite de l'apport et de l'émission d'actions dans le chef de chacun des compartiments qui reçoivent l'apport, le capital de ces compartiments et de la société (qui est, par définition, variable) a été majoré d'un montant équivalent à la valeur des actifs nets apportés.
2. Pouvoirs conférés au Conseil d'Administration:
proposition de résolution: pouvoir conféré au Conseil d'Administration de poser tous les actes nécessaires et utiles à l'exécution des résolutions qui ont été prises.

Les actionnaires de la société qui désirent assister à l'Assemblée Générale Extraordinaire ou s'y faire représenter sont priés de se conformer aux dispositions statutaires y afférentes et le dépôt des actions au porteur peut se faire aux guichets des banques suivantes:

BANQUE ARTESIA S.A., BANQUE BACOB s.c., en Belgique;
ARTESIA BANK LUXEMBOURG S.A., au Grand-Duché du Luxembourg;
BANQUE ARTESIA NEDERLAND N.V., aux Pays-Bas;
BANQUE VERNES ARTESIA S.A., en France.

(01981/000/87)

Le Conseil d'Administration.

IMMODOLUX S.A. HOLDING, Société Anonyme.

Siège social: L-1724 Luxembourg, 11A, boulevard du Prince Henri.
R. C. Luxembourg B 20.403.

Messieurs les actionnaires sont priés de bien vouloir assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le jeudi 25 mai 2000 à 11.00 heures au siège social avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapports du Conseil d'Administration et du Commissaire aux Comptes.
2. Approbation des bilan et compte de pertes et profits et affectation des résultats au 31 décembre 1999.
3. Décharge à donner aux Administrateurs et au Commissaire aux Comptes.
4. Elections statutaires.
5. Divers.

(01998/000/16)

Le Conseil d'Administration.

TORRIDE S.A., Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg, 23, avenue Monterey.
R. C. Luxembourg B 69.839.

Les actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE

qui aura lieu le 24 mai 2000 à 16.00 heures au siège social, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapport de gestion du Conseil d'Administration et rapport du Commissaire
2. Approbation des comptes annuels et affectation des résultats au 31 décembre 1999
3. Décharge aux Administrateurs et au Commissaire
4. Nomination d'un Administrateur supplémentaire
5. Divers.

I (00722/795/16)

Le Conseil d'Administration.

15586

TIB HOLDING S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: Luxembourg, 23, avenue Monterey.
R. C. Luxembourg B 8.816.

Les actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE

qui aura lieu le 24 mai 2000 à 10.30 heures au siège social, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapport de gestion du Conseil d'Administration et rapport du Commissaire
2. Approbation des comptes annuels et affectation des résultats au 31 décembre 1999
3. Ratification de la cooptation d'un Administrateur
4. Décharge aux Administrateurs et au Commissaire
5. Nomination d'un Administrateur supplémentaire
6. Divers.

I (00723/795/17)

Le Conseil d'Administration.

AMATI INTERNATIONAL S.A., Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg, 23, avenue Monterey.
R. C. Luxembourg B 41.869.

Les actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE

qui aura lieu le 22 mai 2000 à 9.00 heures au siège social, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapport de gestion du Conseil d'Administration et rapport du Commissaire
2. Approbation des comptes annuels et affectation des résultats au 31 décembre 1999
3. Décharge aux Administrateurs et au Commissaire
4. Divers

I (00885/795/15)

Le Conseil d'Administration.

SIMINTER, SOCIETE IMMOBILIERE INTERNATIONALE S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: Luxembourg, 23, avenue Monterey.
R. C. Luxembourg B 6.546.

Les actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE

qui aura lieu le 24 mai 2000 à 11.00 heures au siège social, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapport de gestion du Conseil d'Administration et rapport du Commissaire
2. Approbation des comptes annuels et affectation des résultats au 31 décembre 1999
3. Décharge aux Administrateurs et au Commissaire
4. Nomination d'un Administrateur supplémentaire
5. Divers

I (00886/795/16)

Le Conseil d'Administration.

FINEZA S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: Luxembourg, 23, avenue Monterey.
R. C. Luxembourg B 68.124.

Les actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE

qui aura lieu le 23 mai 2000 à 15.00 heures au siège social, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapport de gestion du Conseil d'Administration et rapport du Commissaire
2. Approbation des comptes annuels et affectation des résultats au 31 décembre 1999
3. Décharge aux Administrateurs et au Commissaire
4. Nomination d'un administrateur supplémentaire
5. Divers.

I (01004/795/16)

Le Conseil d'Administration.

15587

ANTHYLIS S.A., Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg, 23, avenue Monterey.
R. C. Luxembourg B 50.049.

Les actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE

qui aura lieu le 23 mai 2000 à 14.00 heures au siège social, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapport de gestion du Conseil d'Administration et rapport du Commissaire
2. Approbation des comptes annuels et affectation des résultats au 31 décembre 1999
3. Ratification de la cooptation d'un Administrateur
4. Décharge aux Administrateurs et au Commissaire
5. Nomination d'un Administrateur supplémentaire
6. Divers.

I (01005/795/17)

Le Conseil d'Administration.

C.F.I., COMPAGNIE FONCIERE ET INDUSTRIELLE S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1724 Luxembourg, 31, boulevard du Prince Henri.
R. C. Luxembourg B 10.657.

Messieurs les actionnaires sont priés de bien vouloir assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le 24 mai 2000 à 11.00 heures au 5, boulevard de la Foire, Luxembourg, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Présentation des comptes annuels et des rapports du conseil d'administration et du commissaire aux comptes.
2. Approbation des comptes annuels et affectation des résultats au 31 décembre 1999.
3. Décharge à donner aux administrateurs et au commissaire aux comptes.
4. Nominations statutaires.
5. Autorisation à accorder au conseil d'administration de nommer un administrateur-délégué.
6. Autorisation au conseil d'administration, dans le cadre de la loi du 10 décembre 1998, de procéder aux formalités de conversion du capital social et du capital autorisé en Euro, d'augmenter le capital social et le capital autorisé, d'adapter ou de supprimer la désignation de la valeur nominale des actions et d'adapter les statuts en conséquence.
7. Divers.

I (01452/534/20)

Le Conseil d'Administration.

RANIA HOLDINGS S.A., Société Anonyme Holding.

Registered office: Luxembourg, 23, avenue Monterey.
R. C. Luxembourg B 17.784.

Messrs Shareholders are hereby convened to attend the

EXTRAORDINARY GENERAL MEETING

which will be held on June 5, 2000 at 3.00 p.m. at the registered office, with the following agenda:

Agenda:

Action on a motion relating to the possible winding-up of the company as provided by Article 100 of the Luxembourg law on commercial companies of August 10, 1915.

The Annual General Meeting of April 3, 2000 could not deliberate in due form on this item of the agenda as the quorum required by law was not attained.

I (01496/795/15)

The Board of Directors.

SALUX S.A., Aktien-Holdinggesellschaft.

Gesellschaftssitz: Luxemburg, 23, avenue Monterey.
H. R. Luxemburg B 23.844.

Die Aktieninhaber sind hiermit eingeladen, der

AUSSERORDENTLICHEN GENERALVERSAMMLUNG,

die am 5. Juni 2000 um 10.00 Uhr am Gesellschaftssitz, mit folgender Tagesordnung, stattfindet, beizuwohnen.

Tagesordnung:

Beschlussfassung über die mögliche Auflösung der Gesellschaft gemäss Artikel 100 des Gesetzes vom 10. August 1915 betreffend die Handelsgesellschaften.

Die Generalversammlung von 3. April 2000 hatte keine Beschlussfähigkeit über diesen Punkt der Tagesordnung, da das vom Gesetz vorgeschriebene Quorum nicht erreicht war.

I (01497/795/15)

Der Verwaltungsrat.

15588

INTERNAUTIC S.A., Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg, 23, avenue Monterey.
R. C. Luxembourg B 52.508.

Les actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE EXTRAORDINAIRE

qui aura lieu le 5 juin 2000 à 10.30 heures au siège social, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

Délibération et décision sur la dissolution éventuelle de la société conformément à l'article 100 de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales.

L'Assemblée Générale du 3 avril 2000 n'a pas pu délibérer valablement sur ce point de l'ordre du jour, le quorum prévu par la loi n'ayant pas été atteint.

I (01498/795/15)

Le Conseil d'Administration.

MAZFIN S.A., Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg, 25A, boulevard Royal.
R. C. Luxembourg B 53.303.

Les actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE EXTRAORDINAIRE

qui aura lieu le 5 juin 2000 à 9.00 heures au siège social, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

Délibération et décision sur la dissolution éventuelle de la société conformément à l'article 100 de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales.

L'Assemblée Générale du 4 avril 2000 n'a pas pu délibérer valablement sur ce point de l'ordre du jour, le quorum prévu par la loi n'ayant pas été atteint.

I (01499/795/15)

Le Conseil d'Administration.

INVEST-INDIA S.A., Société Anonyme Holding.

Registered office: Luxembourg, 23, avenue Monterey.
R. C. Luxembourg B 54.128.

Messrs Shareholders are hereby convened to attend the

EXTRAORDINARY GENERAL MEETING

which will be held on June 5, 2000 at 2.00 p.m. at the registered office, with the following agenda:

Agenda:

Action on a motion relating to the possible winding-up of the company as provided by Article 100 of the Luxembourg law on commercial companies of August 10, 1915.

The Annual General Meeting of April 3, 2000 could not deliberate in due form on this item of the agenda as the quorum required by law was not attained.

I (01500/795/15)

The Board of Directors.

MEGATOWN INTERNATIONAL S.A., Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg, 26, rue Louvigny.
R. C. Luxembourg B 54.293.

Les actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE EXTRAORDINAIRE

qui aura lieu le 6 juin 2000 à 13.30 heures au siège social, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

Délibération et décision sur la dissolution éventuelle de la société conformément à l'article 100 de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales.

L'Assemblée Générale du 6 avril 2000 n'a pas pu délibérer valablement sur ce point de l'ordre du jour, le quorum prévu par la loi n'ayant pas été atteint.

I (01688/795/15)

Le Conseil d'Administration.

15589

FINAGRO S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1142 Luxembourg, 10, rue Pierre d'Aspelt.
R. C. Luxembourg B 47.159.

Messieurs les Actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le 23 mai 2000 à 14.00 heures au siège de la société.

Ordre du jour:

1. Rapports du Conseil d'Administration et du Commissaire aux Comptes.
2. Approbation des bilan et compte de Profits et Pertes au 31 décembre 1999.
3. Affectation du résultat.
4. Décharge aux Administrateurs et Commissaire aux comptes.
5. Réélections statutaires.
6. Divers.

I (01725/806/17)

Le Conseil d'Administration.

ELTERBERG S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1142 Luxembourg, 10, rue Pierre d'Aspelt.
R. C. Luxembourg B 48.135.

Messieurs les Actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le 24 mai 2000 à 10.00 heures au siège de la société.

Ordre du jour:

1. Rapports du Conseil d'Administration et du Commissaire aux Comptes.
2. Approbation des bilan et compte de Profits et Pertes au 31 décembre 1999.
3. Affectation du résultat.
4. Décharge aux Administrateurs et Commissaire aux comptes.
5. Divers.

I (01726/806/16)

Le Conseil d'Administration.

SUNBELT INTERNATIONAL RESOURCES S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-1142 Luxembourg, 7, rue Pierre d'Aspelt.
R. C. Luxembourg B 22.554.

Messieurs les Actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le 22 mai 2000 à 17.00 heures au siège de la société.

Ordre du jour:

1. Rapports du Conseil d'Administration et du Commissaire aux Comptes.
2. Approbation des bilan et compte de Profits et Pertes au 31 décembre 1999.
3. Affectation du résultat.
4. Décharge aux Administrateurs et Commissaire aux comptes.
5. Divers.

I (01734/806/16)

Le Conseil d'Administration.

LORRAINE INVESTMENTS LUXEMBOURG S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1840 Luxembourg, 38, boulevard Joseph II.
R. C. Luxembourg B 47.798.

Les actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE ANNUELLE

qui se tiendra au siège social à Luxembourg, 38, boulevard Joseph II, le 20 mai 2000 à 14.00 heures avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapport de gestion du Conseil d'Administration et rapport du commissaire;
2. Approbation des comptes annuels pour l'exercice se terminant au 31 décembre 1999;
3. Affectation du résultat au 31 décembre 1999;
4. Décharge aux administrateurs et au commissaire;
5. Nominations statutaires;
6. Divers.

I (01765/755/18)

Le Conseil d'Administration.

15590

ING INTERNATIONAL, SICAV, Société d'Investissement à Capital Variable.

Siège social: L-8010 Strassen, 224, route d'Arlon.
R. C. Luxembourg B 47.586.

Par le présent avis, les actionnaires sont conviés à assister à

L'ASSEMBLEE GENERALE EXTRAORDINAIRE

de ING INTERNATIONAL, SICAV, qui se tiendra le 5 juin 2000 en l'étude de Maître J. Elvinger, à L-1450 Luxembourg, 15, Côte d'Eich à 14.00 heures, pour délibérer sur l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Changement des statuts et en particulier les articles 5, 7, 8, 9, 11, 14, 24, 25, 27 et 28.
2. Considérer, le cas échéant, toute autre modification des statuts et/ou des changements annoncés au point 1. à la demande de l'autorité de surveillance compétente.
3. Divers.

Le texte complet comprenant les modifications des statuts est disponible au siège social de la Société et auprès des représentants.

L'assemblée générale extraordinaire du 3 mai 2000 n'a pas pu délibérer valablement sur l'ordre du jour susmentionné, le capital minimum représenté prescrit par la loi n'ayant pas été atteint.

La présente Assemblée délibèrera valablement, quelle que soit la portion du capital représentée. Toutefois, l'approbation des 2/3 des voix des actionnaires présents ou représentés est exigée.

Afin d'assister à l'Assemblée, les détenteurs d'actions au porteur devront déposer leurs titres 5 jours francs avant l'Assemblée à une succursale ou bureau de la ING BANK N.V., auprès d'une société associée à ING Group, ou à la ING BANK (LUXEMBOURG) S.A., 224, route d'Arlon, L-8010 Strassen.

I (01855/755/25)

Le Conseil d'Administration.

JOPE FINANCE (LUXEMBOURG) S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-2952 Luxembourg, 22, boulevard Royal.
R. C. Luxembourg B 46.344.

Messieurs les Actionnaires sont priés d'assister à

L'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE

qui se tiendra le lundi 22 mai 2000 à 15.00 heures au siège social

Ordre du jour:

1. Rapport de gestion du Conseil d'Administration et rapport du Commissaire aux Comptes sur l'exercice clôturant le 31 décembre 1999.
2. Approbation du bilan et du compte de pertes et profits au 31 décembre 1999 et affectation des résultats.
3. Délibération et décision sur la dissolution éventuelle de la société conformément à l'article 100 de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales.
4. Décharge à donner aux Administrateurs et au Commissaire aux Comptes.
5. Nomination statutaire.
6. Conversion en EURO (loi du 10 décembre 1998)
autorisation au Conseil d'Administration
 - * de convertir en EURO le capital social
 - * au besoin, de procéder à une augmentation de capital
 - * d'adapter ou de supprimer la valeur nominale des actions
 - * en conséquence d'adapter les statuts de la société
7. Divers.

I (01924/008/25)

Le Conseil d'Administration.

I.T. & C. EUROPE S.A., Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg, 11, boulevard Dr. Charles Marx.
R. C. Luxembourg B 61.122.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

L'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE

des Actionnaires qui se tiendra le 22 mai 2000 à 11.00 heures au siège social à Luxembourg pour délibérer de l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapports du Conseil d'Administration et du Commissaire aux Comptes
2. Approbation des bilan, compte de pertes et profits et affectation des résultats au 31 décembre 1999
3. Décharge aux administrateurs et au commissaire aux comptes
4. Divers

I (01925/788/16)

15591

FAUNE HOLDING S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-2163 Luxembourg, 27, avenue Monterey.
R. C. Luxembourg B 62.514.

Les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra au siège social 27, avenue Monterey, L-2163 Luxembourg, le 22 mai 2000 à 10.00 heures, pour délibérer sur l'ordre du jour conçu comme suit:

Ordre du jour:

1. Présentation des comptes annuels, du rapport de gestion du Conseil d'Administration et du rapport du Commissaire aux comptes
2. Approbation des comptes annuels au 31 décembre 1999
3. Affectation du résultat
4. Décharge à donner aux administrateurs et au commissaire aux comptes
5. Nominations statutaires
6. Divers

I (01926/029/19)

Le Conseil d'administration.

AGESTALUX, Société Anonyme.

Siège social: L-1118 Luxembourg, 14, rue Aldringen.
R. C. Luxembourg B 5.447.

Les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra au siège social 14, rue Aldringen, L-1118 Luxembourg, le 22 mai 2000 à 11.00 heures, pour délibérer sur l'ordre du jour conçu comme suit:

Ordre du jour:

1. Présentation des comptes annuels, du rapport de gestion du Conseil d'Administration et du rapport du Commissaire aux comptes
2. Approbation des comptes annuels au 31 décembre 1999
3. Affectation du résultat
4. Décharge à donner aux administrateurs et au Commissaire aux comptes
5. Ratification de la cooptation d'un nouvel administrateur
6. Nominations statutaires
7. Divers

I (01927/029/20)

Le Conseil d'administration.

HOLKEM, Société Anonyme Holding.

Siège social: L-2163 Luxembourg, 27, avenue Monterey.
R. C. Luxembourg B 53.395.

Les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra au siège social 27, avenue Monterey, L-2163 Luxembourg, le 24 mai 2000 à 10.00 heures, pour délibérer sur l'ordre du jour conçu comme suit:

Ordre du jour:

1. Présentation des comptes annuels, du rapport de gestion du Conseil d'Administration et du rapport du Commissaire aux comptes
2. Approbation des comptes annuels au 31 décembre 1999
3. Affectation du résultat
4. Décharge à donner aux administrateurs et au Commissaire aux comptes
5. Nominations statutaires
6. Décision à prendre conformément à l'article 100 de la loi du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales
7. Divers

I (01929/029/20)

Le Conseil d'administration.

15592

DORAGREN, Société Anonyme Holding.
Siège social: L-1118 Luxembourg, 14, rue Aldringen.
R. C. Luxembourg B 55.051.

Les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra au siège social 14, rue Aldringen, L-1118 Luxembourg, le 24 mai 2000 à 10.00 heures, pour délibérer sur l'ordre du jour conçu comme suit:

Ordre du jour:

1. Présentation des comptes annuels, du rapport de gestion du Conseil d'Administration et du rapport du Commissaire aux comptes
2. Approbation des comptes annuels au 31 décembre 1999
3. Affectation du résultat
4. Décharge à donner aux administrateurs et au Commissaire aux comptes
5. Nominations statutaires
6. Divers

I (01930/029/19)

Le Conseil d'administration.

INVEST INTERNATIONAL HOLDINGS S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1118 Luxembourg, 19, rue Aldringen.
R. C. Luxembourg B 7.656.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le 23 mai 2000 à 11.00 heures au siège social de la Société et qui aura l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Approbation des rapports du Conseil d'Administration et du Commissaire aux Comptes;
2. Approbation des comptes annuels au 31 décembre 1999 et affectation des résultats;
3. Décharge aux Administrateurs et au Commissaire aux Comptes;
4. Fixation des émoluments des Administrateurs et du Commissaire aux Comptes;
5. Nominations statutaires;
6. Décision relative à l'article 100 de la loi du 10 août 1915;
7. Divers.

Pour pouvoir être admis à l'Assemblée, Messieurs les actionnaires propriétaires d'actions au porteur devront avoir déposé celles-ci au moins cinq (5) jours francs avant la date fixée pour l'assemblée générale, auprès de la BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG S.A., au siège social, 69, route d'Esch à Luxembourg.

Cette même condition sera requise à toute assemblée provoquée ou tenue sur deuxième convocation.

I (01943/000/22)

Le Conseil d'Administration.

VIARENTA S.A., Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg, 8, boulevard Joseph II.
R. C. Luxembourg B 58.171.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE

des actionnaires, qui se tiendra au siège social à Luxembourg, 8, boulevard Joseph II, le 22 mai 2000 à 11.00 heures, pour délibérer sur l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Approbation du Rapport du Conseil d'Administration et du rapport du Commissaire aux Comptes concernant l'année financière se terminant au 31 décembre 1999;
2. Approbation du bilan concernant l'année mentionnée ci-dessus et affectation des résultats;
3. Décharge aux administrateurs et au commissaire;
4. Divers.

I (01954/000/17)

Le Conseil d'Administration.

15593

TYRUS S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1453 Luxembourg, 85, route d'Echternach.
R. C. Luxembourg B 59.417.

Les actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

des actionnaires qui se tiendra le *26 mai 2000* à 10.30 heures au siège social de la Société, 85, route d'Echternach, L-1453 Luxembourg avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapports du conseil d'administration et du commissaire aux comptes
2. Approbation du bilan et des comptes de résultats arrêtés au 31 décembre 1999
3. Affectation du résultat de l'exercice 1999
4. Décharge à donner aux administrateurs et au commissaire.

I (02007/000/16)

Le Conseil d'Administration.

TIBUR S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1453 Luxembourg, 85, route d'Echternach.
R. C. Luxembourg B 59.416.

Les actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

des actionnaires qui se tiendra le *26 mai 2000* à 10.00 heures au siège social de la Société, 85, route d'Echternach, L-1453 Luxembourg avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapports du conseil d'administration et du commissaire aux comptes
2. Approbation du bilan et des comptes de résultats arrêtés au 31 décembre 1999
3. Affectation du résultat de l'exercice 1999
4. Décharge à donner aux administrateurs et au commissaire.

I (02008/000/16)

Le Conseil d'Administration.

COMPAGNIE FINANCIERE OTTOMANE.

Siège social: Luxembourg, 23, avenue de la Porte-Neuve.
R. C. Luxembourg B 44.561.

L'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

des actionnaires se tiendra le mercredi *17 mai 2000* à 11.30 heures dans les locaux de PARIBAS LUXEMBOURG, 10A, boulevard Royal, Luxembourg.

Ordre du jour:

- Rapport du Conseil d'Administration à l'Assemblée Générale Ordinaire
- Approbation des comptes arrêtés au 31 décembre 1999
- Rapport du Réviseur d'Entreprises
- Répartition du résultat 1999
- Quitus aux Administrateurs et au Réviseur d'Entreprises
- Nomination et réélection d'Administrateurs
- Prorogation du mandat du Réviseur d'Entreprises
- Divers.

L'actionnaire qui détient toujours des titres au porteur et qui désire assister à l'assemblée générale ou se faire représenter doit déposer ses titres auprès de:

PARIBAS LUXEMBOURG

10A, boulevard Royal, L-2093 Luxembourg
à l'attention de Messieurs G. Hentzen et/ou L. Spailier,
Service Bourse, Opérations sur titres.

Ces actions au porteur seront transformées en actions nominatives conformément aux résolutions prises lors de l'assemblée générale extraordinaire du 23 décembre 1996 modifiant l'article 6 des statuts.

I (02081/009/27)

15594

RACING BETTING SYSTEM HOLDING, Société Anonyme Holding.

Siège social: Luxembourg, 23, avenue Monterey.
R. C. Luxembourg B 65.520.

Les actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE

qui aura lieu le *13 mai 2000* à 9.00 heures au siège social, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapport de gestion du Conseil d'Administration et rapport du Commissaire
2. Approbation des comptes annuels et affectation des résultats au 31 décembre 1999
3. Ratification de la cooptation d'un Administrateur
4. Décharge aux Administrateurs et au Commissaire
5. Nomination d'un Administrateur supplémentaire
6. Divers

II (00878/795/17)

Le Conseil d'Administration.

ARABELLA S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1150 Luxembourg, 291, route d'Arlon.
R. C. Luxembourg B 49.756.

Les actionnaires sont priés de bien vouloir assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra au siège social de la société, le *15 mai 2000* à 11.00 heures avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Présentation et approbation du rapport de gestion du conseil d'administration sur les comptes clôturés au 31 décembre 1999;
2. Présentation et approbation du rapport du commissaire aux comptes sur les comptes clôturés au 31 décembre 1999;
3. Présentation et approbation du bilan et du compte de pertes et profits arrêtés au 31 décembre 1999;
4. Affectation du résultat;
5. Décharge à donner aux administrateurs et au commissaire aux comptes;
6. Elections statutaires;
7. Divers.

II (01296/799/20)

Le Conseil d'Administration.

INDEPENDENCE HOLDING S.A., Société Anonyme.

Registered office: Luxembourg-Kirchberg, 231, Val des Bons-Malades.
R. C. Luxembourg B 58.112.

By this notice, the shareholders are convened to attend the

ANNUAL GENERAL SHAREHOLDERS' MEETING

which will be held on *15th May 2000* at 12.00 o'clock (local time) at the Company's registered office.

Agenda:

1. Approval of the reports of the Board of Directors and of the Statutory auditor.
2. Approval of the balance sheet, the profit and loss account and appropriation of the result as at 31st December 1999.
3. Discharge to be given to the Directors and the auditor.
4. Action on a motion in conformity with Article 100 of the Luxembourg law on commercial companies.

II (01471/521/16)

The Board of Directors.

NORD-SUD INVEST HOLDING S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: Luxembourg, 23, avenue Monterey.
R. C. Luxembourg B 66.453.

Les actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE

qui aura lieu le *13 mai 2000* à 10.00 heures au siège social, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapport de gestion du Conseil d'Administration et rapport du Commissaire.

2. Approbation des comptes annuels et affectation des résultats au 31 décembre 1999.
3. Ratification de la cooptation de deux Administrateurs.
4. Décharge aux Administrateurs et au Commissaire.
5. Nomination d'un Administrateur supplémentaire.
6. Divers.

II (01586/795/17)

Le Conseil d'Administration.

TECHNOLOGY VENTURE PARTNERS S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2311 Luxembourg, 3, avenue Pasteur.
R. C. Luxembourg B 40.985.

Le Conseil d'Administration a l'honneur de convoquer Messieurs les actionnaires par le présent avis, à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui aura lieu le 12 mai 2000 à 11.00 heures au siège social, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Approbation des rapports du Conseil d'Administration et du Commissaire aux Comptes.
2. Approbation des bilans 1998 et 1999 et des comptes de pertes et profits aux 31 décembre 1998 et 31 décembre 1999, et affectation des résultats.
3. Décharge à donner aux Administrateurs et au Commissaire aux Comptes pour l'exercice de leur mandat au 31 décembre 1999.
4. Conversion de la devise du capital de francs luxembourgeois en euros à partir de l'exercice social commençant le 1^{er} janvier 2000, conformément aux conditions d'application de la loi du 10 décembre 1998.
5. Divers.

II (01652/005/19)

Le Conseil d'Administration.

PEGASE S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: Luxembourg, 23, avenue de la Porte-Neuve.
R. C. Luxembourg B 42.741.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE

qui se tiendra le mardi 16 mai 2000 à 10.00 heures au 23, avenue de la Porte-Neuve à Luxembourg, avec pour

Ordre du jour:

- Rapport de gestion du Conseil d'Administration,
- Rapport du commissaire aux comptes,
- Approbation des comptes annuels au 31 décembre 1999 et affectation des résultats,
- Quitus à donner aux Administrateurs et au Commissaire aux Comptes,
- Décision à prendre quant à la poursuite de l'activité de la société.

Pour assister ou être représentés à cette assemblée, Messieurs les actionnaires sont priés de déposer leurs titres cinq jours francs avant l'Assemblée au siège social.

II (01660/755/18)

Le Conseil d'Administration.

ORIFLAME S.A. LUXEMBOURG, Société Anonyme.

Registered office: L-2311 Luxembourg, 3, avenue Pasteur.
R. C. Luxembourg B 41.904.

The shareholders are hereby convened to attend the

ORDINARY GENERAL MEETING

of the company, which will be held at the head office, on 12 May 2000 at 10.00 a.m.

Agenda:

1. To approve the reports of the Board of Directors and of the Statutory Auditor as at 31 December 1999.
2. To approve the balance sheet as at 31 December 1999, and profit and loss statement as at 31 December 1999.
3. Discharge to the Directors and the Statutory Auditor in respect of the carrying out of their duties during the fiscal year ending 31 December 1999.
4. Change of the currency of the share capital from Francs luxembourgeois into Euros from the social year beginning on the 1st January 2000, according to the law dated 10th December 1998.
5. Statutory Elections.
6. Miscellaneous.

II (01719/005/19)

The Board of Directors.

15596

MERCOLEC S.A., Société Anonyme (en liquidation).

Siège social: L-1118 Luxembourg, 14, rue Aldringen.
R. C. Luxembourg B 22.245.

Les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE EXTRAORDINAIRE

qui se tiendra au siège social, 14, rue Aldringen, L-1118 Luxembourg, le 15 mai 2000 à 10.30 heures, pour délibérer sur l'ordre du jour conçu comme suit:

Ordre du jour:

1. Présentation et approbation du rapport du Commissaire-Vérificateur.
2. Décharge à donner aux Liquidateur et Commissaire-Vérificateur.
3. Clôture de la liquidation.
4. Destination à donner aux livres de la société.
5. Divers.

II (01720/029/17)

Le Liquidateur.

CAMBERLEY HOLDING S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2714 Luxembourg, 2, rue du Fort Wallis.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

des actionnaires qui aura lieu le 19 mai 2000 à 11.00 heures au 2, rue du Fort Wallis à Luxembourg avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapports du Conseil d'Administration et du Commissaire concernant les comptes au 31 décembre 1999.
2. Approbation des bilan et compte de profits et pertes au 31 décembre 1999.
3. Décharges aux administrateurs et au Commissaire.
4. Divers.

II (01770/000/15)

Le Conseil d'Administration.

MINETA S.A.H., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-2714 Luxembourg, 2, rue du Fort Wallis.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

des actionnaires qui aura lieu le 19 mai 2000 à 10.00 heures au 2, rue du Fort Wallis à Luxembourg avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapports du Conseil d'Administration et du Commissaire concernant les comptes au 31 décembre 1999.
2. Approbation des bilan et compte de profits et pertes au 31 décembre 1999.
3. Décharges aux administrateurs et au Commissaire.
4. Divers.

II (01771/000/15)

Le Conseil d'Administration.

STANDARD S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-8017 Strassen, 12, rue de la Chapelle.
R. C. Luxembourg B 15.235.

Messieurs les actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE

qui aura lieu le vendredi 12 mai 2000 à 10.00 heures au siège social de la société, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Approbation des comptes annuels et affectation des résultats au 31 décembre 1999;
2. Approbation du rapport de gestion et du rapport du Commissaire aux Comptes;
3. Décharge à donner aux Administrateurs et au Commissaire aux Comptes pour l'exercice de leurs mandats;
4. Divers.

II (01814/000/15)

Le Conseil d'Administration.

PARC MERVEILLEUX, Société Anonyme.

Siège social: Bettembourg.
R. C. Luxembourg B 6.833.

Les actionnaires sont invités à assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE

qui aura lieu le jeudi *11 mai 2000* à 15.00 heures au Restaurant du Parc Merveilleux, route de Mondorf à Bettembourg, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapport de gestion du conseil d'administration et rapport du commissaire aux comptes.
2. Approbation des comptes annuels au 31 décembre 1999 et affectation des résultats.
3. Décharge aux administrateurs et au commissaire aux comptes.
4. Divers.

Pour être admis à l'assemblée, les actionnaires sont priés de déposer leurs actions avant l'assemblée générale au bureau de la direction du Parc Merveilleux.

II (01842/000/18)

Le Conseil d'Administration.

CAPEL-CURE MYERS INTERNATIONAL FUND, Société d'Investissement à Capital Variable.

Registered office: L-1637 Luxembourg, 13, rue Goethe.
R. C. Luxembourg B 25.696.

You are hereby convened to assist at an

EXTRAORDINARY GENERAL MEETING

of Shareholders of CAPEL-CURE MYERS INTERNATIONAL FUND (the «Corporation») which will be held at the registered office of the Company in Luxembourg, at 13, rue Goethe, L-1637 Luxembourg, on *17th May, 2000* at 11.30 a.m. (Luxembourg time) to deliberate and vote on the following agenda:

Agenda:

Extraordinary Resolution

1. Amendment to Article 1 to change the name of the Corporation into CAPEL CURE SHARP INTERNATIONAL FUND;
2. Addition in Article 3 of the reference to «transferable» securities as the Corporation is a Part I (UCITS) Fund under the Luxembourg Law of 30th March, 1988 relating to Undertakings for Collective Investment;
3. Addition to the first paragraph of Article 4 of references to subsidiaries and branches to allow the Corporation to establish, and invest through, wholly-owned subsidiaries and branches;
4. Addition to Article 5 of the possibility for the Board of Directors to decide about the compulsory redemption of a class of Shares if the net asset value of the Shares of such class falls below two million United States Dollars or its equivalent or for other compelling reasons and possibility for the shareholders in a class to decide consolidation or split of Shares;
5. Addition between the second and the third paragraph of Article 6 of provisions relating to conversions of bearer Shares into registered Shares and the absence of any conversion of registered Shares into bearer Shares;
6. Deletion in the current paragraph 4 of Article 6 of the wording stating that the amount paid in on each share should be inscribed in the Register of Shareholders;
7. Deletion in the same current paragraph 4 of the wording stating that every entry regarding a transfer of a share other than a bearer share shall be signed by one or more officers of the Corporation or by person(s) designated by the Board of Directors;
8. Addition to the current fifth paragraph of Article 6 of the words «if so requested by the Company, at its discretion, also signed by the «before the word «transferee» to the conditions for signature of the declaration of transfers;
9. Addition of a new paragraph after the current paragraph 5 of Article 6 providing that in case of bearer Shares the Corporation will consider the bearer and in case of registered Shares it will consider the person in whose name the Shares are registered as the full owner of the Shares;
10. Addition to the current eighth paragraph of Article 6 of a reference to other distributions regarding the entitlement to fractions of Shares;
11. Addition of a reference to joint ownership to the end of Article 6, whereby authority shall be granted to the Corporation to suspend the exercise of any rights until one person shall have been designated as the representative of joint owners, and insertion of a provision whereby the Corporation may pay redemption proceeds, distributions and other payments to either the first registered holder or to all joint holders together;
12. Amendment and completion of the definition of «U.S. person» in the last paragraph of Article 8 by introduction of references to the United States Securities Act of 1933;

13. Inclusion in Article 11 of a reference to notice period, of a disposition granting the shareholders the possibility to appoint another person as his proxy by facsimile and of a sentence that a proxy shall be deemed valid, provided that it is not revoked, for any reconvened shareholder's meeting;
14. Amendment of Article 14 to provide for, in request of Board Meetings, the possibility of using teleconference means, to provide for the possibility for directors to appoint another director as his proxy by facsimile and to provide for the possibility for directors to cast their vote by telegram, telex or facsimile;
15. Amendment of the dispositions of Article 16 (corporate and investment policy, restrictions) by reduction of the disclosure in the Articles to the minimum required, the details being furtheron only disclosed in the sales documents;
16. Replacement in Article 17 of the words «CENTRAL CAPITAL CORPORATION OF CANADA or CAPEL CURE MYERS CAPITAL MANAGEMENT LIMITED» by «OLD MUTUAL»;
17. Amendment of Article 19 to provide for delegation to signatories acting either jointly or individually;
18. Amendment of Article 21 to provide for the possibility of a redemption charge, to provide for the possibility for the Board to determine notice periods required for lodging redemption requests and to provide for further details of the redemption procedure;
19. Amendment of the last but one paragraph of Article 22 to provide for the possibility for the Corporation to restrict the number of conversions on any Valuation Date to 10 % of the total number of the shares of the corresponding class in issue on such date;
20. Amendment of Article 23, B, d) to provide for further flexibility in respect of provisions for future expenses;
21. Amendment of Article 23, C, d) by deleting the mention that all liabilities, whatever pool they are attributable to, unless otherwise agreed upon with the creditors, be binding upon the Corporation as a whole;
22. Amendment of Article 23 by insertion of a new section D. describing the allocation of the relevant proportion of the assets and liabilities of each pool to each specific share class and dealing with class specific assets and liabilities and changes of section D. into section E. and section E. into section F.;
23. Insertion of an Article 23bis to allow for the co-management of assets of various pools;
24. Amendment of Article 24 by deleting the five percent of the subscription price restriction concerning the commission due in case of subscriptions;
25. Addition of two paragraphs at the end of Article 26 providing that dividends may further include an allocation from an equalisation account which may be maintained and which, in such event, will be credited upon issue of shares and debited upon redemption of shares of an amount calculated by reference to the accrued income attributable to the shares in the Corporation and that the Board of Directors may decide that dividends be automatically reinvested unless a shareholder elects for receiving payment of dividends;
26. Amendment of Article 27 by deletion of all the references which are not required by Luxembourg law concerning mainly details about the appointment and duties of the investment adviser and managers;
27. Minor updating, renumberings and grammatical and orthographical corrections.

The quorum required for the meeting is 50 % of the Shares outstanding and the passing of the Extraordinary Resolutions requires the consent of two-thirds of the Shares represented at the Meeting.

If the quorum is not reached a second Meeting will be held on 26th June, 2000 at the same place at 11.30 a.m. (Luxembourg time) to resolve on the same agenda. There is no quorum required for this reconvened Meeting and the Resolutions will be passed by a majority of two-thirds of the Shares represented at such Meeting.

Shareholders may vote in person or by proxy.

Shareholders who are not able to attend this Extraordinary General Meeting, are kindly requested to execute the enclosed Proxy Card and return it to the Registered Office of the Corporation*.

Note:

- * Shareholders in the Fund may appoint a proxy, who need not be another shareholder in the Fund, to attend and vote on their behalf. To be valid, a Proxy Card must be deposited at the registered office of CAPEL-CURE MYERS INTERNATIONAL FUND at 13, rue Goethe, L-1637 Luxembourg by no later than 11.30 a.m. (Luxembourg time) on 15th May, 2000. In the case of an adjourned Meeting such document must be deposited at the registered office of CAPEL-CURE MYERS INTERNATIONAL FUND by no later than 11.30 a.m. (Luxembourg time) on 22nd June, 2000.

II (01848/041/97)

The Board of Directors.

RMF UMBRELLA, SICAV, Investmentgesellschaft mit variablem Kapital.

Gesellschaftssitz: L-1470 Luxemburg, 69, route d'Esch.

H. R. Luxemburg B 53.150.

Die Aktionäre werden hiermit zur

ORDENTLICHEN GENERALVERSAMMLUNG

der Gesellschaft eingeladen, die am 12. Mai 2000 um 11.00 Uhr in Luxemburg am Gesellschaftssitz mit folgender Tagesordnung stattfindet:

Tagesordnung:

1. Vorlage des Berichtes des Verwaltungsrates und des Wirtschaftsprüfers.
2. Genehmigung des Jahresabschlusses sowie Ergebniszuzuweisung per 31. Dezember 1999.
3. Beschlußfassung über die Entlastung des Verwaltungsrates.
4. Neuwahlen.
5. Verschiedenes.

Die Aktionäre werden darauf hingewiesen, daß für die Beschlüsse der Generalversammlung kein Anwesenheitsquorum verlangt wird und daß die Beschlüsse durch die Mehrheit der anwesenden oder vertretenen Aktien der Generalversammlung gefaßt werden.

Um an der Generalversammlung teilnehmen zu können, werden die Aktionäre gebeten, ihre Aktien fünf Arbeitstage vor der Generalversammlung bei der BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG, 69, route d'Esch, L-1470 Luxemburg, zu hinterlegen.

II (01851/584/23)

Der Verwaltungsrat.

ITALINVEST S.A., Société Anonyme

Siège social: Luxembourg, 3, place Dargent.
R. C. Luxembourg B 34.915.

Les Actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE

qui aura lieu le *12 mai 2000* à 15.00 heures au siège social à Luxembourg, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapport de gestion du Conseil d'Administration et rapport du Commissaire.
2. Approbation des comptes annuels et affectation des résultats au 31 décembre 1999.
3. Décharge aux Administrateurs et au Commissaire.
4. Divers.

II (01856/696/15)

Le Conseil d'Administration.

SOFIPUGAS HOLDING S.A., Société Anonyme

Siège social: Luxembourg, 3, place Dargent.
R. C. Luxembourg B 45.794.

Les Actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE

qui aura lieu le *12 mai 2000* à 9.00 heures au siège social à Luxembourg, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapport de gestion du Conseil d'Administration et rapport du Commissaire.
2. Approbation des comptes annuels et affectation des résultats au 31 décembre 1999.
3. Décharge aux Administrateurs et au Commissaire.
4. Divers.

II (01857/696/15)

Le Conseil d'Administration.

PACIFIC FINANCE (BIJOUX) S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: Luxembourg, 23, avenue de la Porte-Neuve.
R. C. Luxembourg B 48.314.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE

qui se tiendra le mardi *16 mai 2000* à 15.00 heures au siège social avec pour

Ordre du jour:

- Rapport de gestion du Conseil d'Administration,
- Rapport du Commissaire aux Comptes,
- Approbation des comptes annuels au 31 décembre 1999 et affectation des résultats,
- Quitus à donner aux Administrateurs et au Commissaire aux Comptes,
- Renouvellement du mandat des Administrateurs et du Commissaire aux Comptes,
- Décisions à prendre quant à la poursuite de l'activité de la Société.

Pour assister ou être représentés à cette assemblée, Messieurs les actionnaires sont priés de déposer leurs titres cinq jours francs avant l'Assemblée au siège social.

II (01887/755/19)

Le Conseil d'Administration.

15600

KARLIX S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1114 Luxembourg, 3, rue Nicolas Adames.
R. C. Luxembourg B 32.887.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

L'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE

qui se tiendra le lundi 15 mai 2000 à 11.00 heures au siège social avec pour

Ordre du jour:

- Rapport de gestion du Conseil d'Administration,
- Rapport du Commissaire aux Comptes,
- Approbation des comptes annuels au 31 décembre 1999 et affectation des résultats,
- Quitus à donner aux Administrateurs et au Commissaire aux Comptes.

Pour assister ou être représentés à cette assemblée, Messieurs les actionnaires sont priés de déposer leurs titres cinq jours francs avant l'Assemblée au siège social.

II (01888/755/17)

Le Conseil d'Administration.

GENERAL INVESTMENTS AND CAPITAL HOLDINGS S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2449 Luxembourg, 3, boulevard Royal.
R. C. Luxembourg B 35.346.

Messieurs les Actionnaires sont priés d'assister à

L'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le jeudi 11 mai 2000 à 10.00 heures au siège social de la société.

Ordre du jour:

1. Rapports du Conseil d'Administration et du Commissaire aux Comptes
2. Approbation des bilan et compte de Profits et Pertes au 31 décembre 1999
3. Affectation du résultat
4. Décharge aux Administrateurs et Commissaire aux Comptes
5. Divers.

II (01960/803/16)

Le Conseil d'Administration.

AJAX S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1150 Luxembourg, 287, route d'Arlon.
R. C. Luxembourg B45.408.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

L'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui aura lieu le 12 mai 2000 à 10.30 heures, au siège social, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapport de gestion du Conseil d'Administration et rapport du Commissaire.
2. Approbation des comptes annuels et affectation des résultats au 31 décembre 1999.
3. Décharge à donner aux administrateurs et au commissaire.
4. Nomination des administrateurs et du commissaire.
5. Divers.

II (04566/660/16)

Pour le Conseil d'Administration.
